



42. Sitzung

Mittwoch, 9. November 2005

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	2133 A	Werner Dobritz SPD	2145 D
Abwicklung und Änderung der Tagesordnung	2133 A	Dietrich Rusche CDU	2146 C
		Dr. Willfried Maier GAL	2147 B
Gedenkworte für die Opfer der Pogromnacht	2133 A	Ole von Beust, Erster Bürgermeister	2148 A
		Michael Neumann SPD	2150 A
Aktuelle Stunde	2133 B	Fraktion der GAL:	
		Hamburger Bildungspolitik: Wer arm ist, wird abgehängt	
		(Nicht behandelt wegen Zeitablaufs)	
Fraktion der CDU:			
Kinder sind Hamburgs Zukunft			
Karen Koop CDU	2133 B	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Carola Veit SPD	2134 A		
Christiane Blömeke GAL	2134 D	Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kommission für Bodenordnung	
Birgit Schnieber-Jastram, Zweite Bürgermeisterin	2135 D	– Drs 18/3106 –	2152 A
Egbert von Frankenberg CDU	2136 B	Ergebnis	2163 B
Dirk Kienscherf SPD	2136 D		
Christa Goetsch GAL	2137 C	Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:	
Thorsten Kausch CDU	2138 C	Kindeswohl schützen – Vernachlässigungen erkennen!	
Uwe Grund SPD	2139 C	– Drs 18/3073 –	2152 B
Manuel Sarrazin GAL	2140 C	und	
Hans-Detlef Roock CDU	2141 A	Senatsmitteilung:	
Fraktion der SPD:		Hamburg schützt seine Kinder	
Hamburg ist mehr als HafenCity – Kein Umzug des Planetariums		– Drs 18/2926 –	2152 B
Jan Quast SPD	2141 D	Dirk Kienscherf SPD	2152 C, 2162 B
Bernd Reinert CDU	2142 D, 2151 A	Egbert von Frankenberg CDU	2155 A
Claudius Lieven GAL	2143 B, 2151 C	Manuel Sarrazin GAL	2156 D, 2161 D
Dr. Karin von Welck, Senatorin	2144 B	Birgit Schnieber-Jastram, Zweite Bürgermeisterin	2158 B
		Britta Ernst SPD	2159 C

Marita Meyer-Kainer CDU	2160 D	Dr. Till Steffen GAL	2175 D, 2178 B
Christa Goetsch GAL	2162 D	Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU	2177 B
Beschlüsse	2163 A	Doris Mandel SPD	2177 D
		Beschlüsse	2178 C

Antrag der Fraktion der CDU:

**Neue Chance für die Neue Große
Bergstraße/Große Bergstraße**
– Drs 18/3068 –

2163 B

dazu

Antrag der Fraktion der GAL:

**Künstler und Kreative für die
Neue Große Bergstraße!**
– Drs 18/3153 –

2163 B

Robert Heinemann CDU

2163 C

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD

2164 B

Claudius Lieven GAL

2165 B

Beschlüsse

2166 B

Große Anfrage der Fraktion der CDU:

**Tourismus und günstige
Flugangebote**
– Drs 18/2937 –

2166 C

Dr. Andreas Mattner CDU

2166 C

Jürgen Schmidt SPD

2167 C

Jens Kerstan GAL

2168 D

Gunnar Uldall, Senator

2169 C

Besprechung erfolgt

2169 D

Bericht des Sozialausschusses:

**Aufbruch in der Opferschutzpolitik
Opferschutz ernst nehmen**
– Drs 18/3070 –

2170 A

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

**Gewalt verhindern, Opfer besser
schützen**
– Drs 18/3150 –

2170 A

Dr. Andreas Dressel SPD

2170 A

Viviane Spethmann CDU

2171 B

Dr. Verena Lappe GAL

2173 A

Petra Brinkmann SPD

2174 C

Beschlüsse

2175 C

Antrag der Fraktion der GAL:

**Konsensuale Streitschlichtung
fördern
Gerichte entlasten, Rechtsfrieden
stärken**
– Drs 18/3006 –

2175 D

A Beginn: 15.01 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, die Plätze einnehmen zu wollen. Die Sitzung ist eröffnet.

Ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Wir gedenken heute der Opfer und der unglaublichen Verwüstungen und Zerstörungen während der Pogromnacht in Deutschland vor 67 Jahren auch in unserer Vaterstadt. Die Bilanz jener Nacht in Deutschland: viele getötete, unzählige gedemütigte und misshandelte jüdische Bürgerinnen und Bürger, über 26 000 Verhaftungen, abgebrannte Synagogen, Tausende zerstörte jüdische Geschäfte, zahllose verwüstete Wohnungen. Der 9. November 1938 war der unübersehbare Auftakt für unermessliches Leid, das über die Juden in Deutschland und Europa einbrach. Die Ereignisse dieses Tages mahnen uns, der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu gedenken, und sie verpflichten uns, für die Zukunft den unschätzbaren Wert eines demokratischen Rechtsstaates nicht aus den Augen zu verlieren, sondern schützend für ihn einzutreten.

– Danke. Ich bitte Sie, wieder Ihren Platz einnehmen zu wollen.

Abweichend von den Empfehlungen des Ältestenrates sind die Fraktionen übereingekommen, dass die Tagesordnungspunkte 25 und 10 gemeinsam debattiert werden sollen.

B Wir kommen zur**Aktuellen Stunde**

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Kinder sind Hamburgs Zukunft

von der SPD-Fraktion

Hamburg ist mehr als HafenCity – Kein Umzug des Planetariums

und von der GAL-Fraktion

Hamburger Bildungspolitik: Wer arm ist, wird abgehängt

Ich rufe das erste Thema auf. Die Abgeordnete Koop erhält das Wort.

Karen Koop CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine wachsende Stadt braucht Menschen. Deshalb sind Kinder Hamburgs Zukunft. Das ist richtig. Niemand im Hause oder draußen in der Stadt wird das ernsthaft bezweifeln. Gerade die Berichterstattung der letzten Tage hat gezeigt, dass wir das mit großer Emotionalität diskutieren. Kinder sind unsere Zukunft, wir wissen aber auch, dass es in Hamburg Kinder gibt, die keine gesicherte Zukunft haben. Wir werden nach der Aktuellen Stunde ausführlich zu diesem Thema Stellung nehmen. Für einen Fünf-Minuten-Stakkato ist mir dieses Thema im Augenblick zu wichtig.

(Antje Möller GAL: Sie haben es doch angemeldet! – Zurufe aus dem Hause)

– Es gibt noch mehr zu berichten, was wir in der Stadt für Kinder und Familien tun. Genau das wollen wir.

(Beifall bei der CDU)

Denn über eines müssen wir uns im klaren sein: Trotz der allgemein positiven Stimmung Kindern gegenüber verzichten noch immer viele Menschen auf eine Zukunft mit Kindern. Das sind hier in Hamburg über 80 Prozent. Wer Politik für Kinder macht, macht eigentlich eine Minderheitenpolitik. Das muss sich ändern.

Ich weiß, dass junge Leute Familie wollen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich stehe diesem intensiv geäußerten Wunsch ein bisschen skeptisch gegenüber, denn ich glaube, viele sind sich über die Elternrolle nicht im klaren. Deswegen wird es auch immer weiter hinausgeschoben. Kinder bedeuten Einbußen in Zeit und Raum und Kinder kosten Geld. Keine Regierung der Welt kann die so genannten Opportunitätskosten, die neben den tatsächlichen Kosten – Lebenshaltungskosten, Wohnraumkosten – entstehen, so ausgleichen, dass wir wirklich eine Gleichstellung zwischen Kinderlosen und Familien hätten. Man kann einen Teil der Aufgaben an private oder staatliche Stellen delegieren, die Verantwortung bleibt aber. Kinder sind nämlich langfristige Zukunftsprojekte. Sie sind nicht berechenbar und wer meint, dass er nach zehn, 15 oder vielleicht auch 18 Jahren aus der Verantwortung entlassen ist, irrt sich. Das wissen die Leute, die mit Kindern leben, und die dennoch auf deren Lebendigkeit und Fröhlichkeit nicht verzichten wollen.

Aber neben der individualistischen Lebensplanung ist es auch die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt, die die Menschen nachhaltig von Familiengründung abhält. Es gibt 5 Millionen Arbeitslose und auch in Hamburg ist ihre Zahl zu groß.

Wir betreiben eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Wir sorgen in Zusammenarbeit mit der Handelskammer und anderen Bereichen dafür, dass in Hamburg Arbeitsplätze entstehen, und dafür, dass die Familienförderung auch in den Betrieben ein wichtiger Standortfaktor wird. Unsere Allianz mit der Handelskammer ist allerdings nicht einfach.

(Gerhard Lein SPD: Konkurrenzunternehmen!)

Das wissen wir auch. Dicke Bretter müssen überall gebohrt werden. Gerade, was die Arbeitszeiten angeht, bin ich der Meinung, dass "verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre" gilt. Wir brauchen veränderte Arbeitszeiten. Wenn ich heute wieder lese, dass von der Wirtschaft die Anklage kommt, 40 Prozent der Akademikerinnen trete in Gebästreik, möchte ich darauf hinweisen, dass erstens auch die Arbeitsplatzsituation dazu beiträgt, dass man heute keine Kinder kriegt,

(Beifall bei Lydia Fischer CDU)

und dass zweitens 60 Prozent der Altersgenossen männlichen Geschlechts zwar nicht im Gebä-, aber im Zeugungsstreik sind.

(Beifall bei Katja Husen GAL)

Wir nehmen die Familienpolitik ernst und sehen sie als gleichwertigen Standortfaktor an neben der Infrastruktur, Flächenausweisung und auch neben der wissenschaftlichen und kulturellen Attraktivität, wie uns eine Studie Hamburg als die Stadt, in der es sich am meisten zu leben lohne, bescheinigt hat. Das ist richtungsweisend.

C

D

- A Es ist nicht immer einfach gewesen, im Politikonzert die Familienstimme zu erheben. Wenn ich mich recht erinnere, haben Sie erst in der Opposition Ihre große Zeit der Familienpolitik. Da kann man nämlich Ideen entwickeln und Konzepte und Berichte einfordern.

(Glocke)

Wenn man regiert

(Michael Neumann SPD: ... kann man es nicht!)

– ich komme zum Schluss – muss man es auch

(Glocke)

bezahlen können.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Frau Abgeordnete, ich habe geklingelt. Das Wort erhält die Abgeordnete Veit.

Carola Veit SPD: Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU! Mit diesem Thema für die Aktuelle Stunde haben Sie wirklich ins Schwarze getroffen. Aktueller geht es kaum.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zum ersten Mal seit Monaten haben Sie ein Thema angemeldet, dass tatsächlich dringend ist in Hamburg. Kinder sind wirklich das Zukunftsthema für unsere Stadt. Schade nur, dass es von Ihnen und Ihrem Senat seit Jahren so beharrlich gegen die Wand gefahren wird.

- B (Beifall bei der SPD und der GAL)

Täglich sind die Zeitungen voll von seitenlangen Berichten über verwahrloste oder sonst zu Schaden gekommene kleine Kinder in Hamburg. Und da geht es nicht um Versäumnisse unserer Regierungszeit, die Sie nicht so schnell abarbeiten konnten, was Sie immer gern ins Feld führen. Ihre zuständige Senatorin betont ja so gern, sie sei fachlich nicht zuständig, in Wahrheit seien Herr Peiner oder auch die Bezirke schuld an all diesem Elend. Sie aber trägt seit vier Jahren die Verantwortung. Die Kinder, um die es in den aktuellen Fällen geht, sind zum größten Teil in Ihrer Amtszeit geboren und auch in Ihrer Amtszeit zu Schaden gekommen. Dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Verantwortung für diese Kinder kommt insbesondere Ihnen zu, da Sie die Politik gestalten. Sie nehmen diese Verantwortung jedoch nicht wahr. Statt zu überlegen, wie es weitergehen soll, fragen Sie nach Zuständigkeiten. Statt sich zu kümmern, kommen Sie mit einer Drucksache über 30 Punkte. Davon kennen wir schon 20, fünf sind ebenfalls alt und fünf weitere können Sie nicht finanzieren. Das kommt eben dabei heraus, wenn ein Erster Bürgermeister öffentlich erklärt, Soziales könnten wir uns wieder leisten, wenn es uns besser gehe, und damit soziale Kälte zum offiziellen Leitbild dieser Regierung erklärt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Koop, ich unterstelle Ihnen keine Böswilligkeit.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Das wäre ja noch schöner!)

Ich glaube aber, dass wir hier von zwei ganz verschiedenen Städten reden, wenn wir von Hamburg sprechen. In

Ihrem Hamburg mag es gut und richtig sein, Familien den Kauf von Eigentumswohnungen durch eine Kinderzulage zu erleichtern. In mein Abgeordnetenbüro in Rothenburgsort kommen eher diejenigen, die nicht wissen, wie sie ihre Miete bezahlen sollen. In Ihrem Hamburg werden ausgerechnet Gymnasien zu Ganztagschulen umgestaltet.

(Karen Koop CDU: Das ist ja nicht wahr. Schauen Sie einmal die Liste an!)

Wir begreifen Ganztagschulen eher als Möglichkeit, gerade den Lernschwächeren eine Chance zu eröffnen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Während wir uns mit Kinderarmut und Verwahrlosung auseinandersetzen, mit Jessica und Michelle und leider vielen anderen, oder versuchen, mit Hilfe eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses Ihr völlig aus dem Ruder gelaufenes Projekt Feuerbergstraße in die Legalität zurückzuholen, ist Ihr Thema eher ein kostenloser Museumseintritt für Kinder.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Verstehen Sie mich nicht falsch: Wir gönnen den Familien ihren Kinderzuschlag für die Eigentumswohnungen. Wir haben auch nichts gegen Ganztagsgymnasien.

(Wolfgang Beuß CDU: Haben Sie etwas dagegen?)

Sie müssten aber auch dazulernen, dass in weiten Teilen der Stadt Ihre Maßnahmen die Familien überhaupt nicht erreichen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Koop und auch Herr Bürgermeister, jahrzehntelang ist Hamburg damit gut gefahren, beide Seiten der Stadt im Auge zu behalten.

(Karen Koop CDU: Sie haben doch gar keine Familienpolitik betrieben!)

Leuchtturmprojekte hat es immer gegeben. Das gebe ich gern zu. Aber früher hat der Senat darauf geachtet, dass möglichst alle Hamburger – und seit einigen Jahrzehnten auch die Hamburgerinnen – daran teilhaben konnten. Das vermissen wir bei Ihnen.

(Wolfgang Beuß CDU: Deshalb sind Sie auch abgewählt worden, weil es so toll war!)

Vielleicht sollten wir uns auch häufiger austauschen, Frau Koop. Sie berichten dann von Ihrem Hamburg und wir von unserem. Dann tauschen wir nicht Schlagworte und Vorwürfe aus und versuchen nicht, das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Kinderlosigkeit in unserem Land in fünf Minuten in der Aktuellen Stunde zu klären, sondern wir suchen gemeinsam nach einer Lösung für Lohbrügge und Lemsahl, für Horn und Hummelsbüttel und für Billstedt und Blankenese. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Koop, ich kann Ihre familienpolitische Märchenstunde hier wirklich nicht mehr hören. Ich denke,

C

D

A dass sie überhaupt nichts mit der Realität in Hamburg zu tun hat.

(Karen Koop CDU: Arbeitsplätze haben etwas mit Realität zu tun!)

Sie reden über Kinderlosigkeit, Gebärmüdigkeit und über alles mögliche, nur nicht über die realen Probleme, die diese Stadt hat und die die Kinder in dieser Stadt haben. Wir leben in einer Zeit, in der die Armut von Kindern zunimmt, immer mehr Kinder vernachlässigt werden, immer mehr Kinder psychisch krank sind und in der Kinder wegen ihres Elternhauses von einem Kita-Besuch ausgeschlossen oder im Schulsystem ausgegrenzt werden und in der Kinder wegen ihrer sozialen Benachteiligung nicht die gleichen Bildungschancen haben. Sie stellen sich hier hin, Frau Koop, und sagen, wie toll Ihre Familienpolitik sei. Das ist zynisch, Frau Koop.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Karen Koop CDU: Nein!)

Unter Ihrer Politik haben in Hamburg doch nur die Kinder eine Zukunft, deren Eltern sich die Zukunft leisten können. So sieht die Realität Ihrer Familienpolitik aus. Sie gehen mit familienpolitischen Scheuklappen durch die Stadt und sehen diesen Teil der Kinder, den ich beschrieben habe. Aber all das Negative, die Realität, die sehen Sie nicht, weil Sie nicht rechts und links schauen können. Sie sehen nicht die Kinder aus den benachteiligten Elternhäusern.

Ich will Ihnen sagen, wie Ihre Familienpolitik aussieht: Arm, ausgegrenzt und chancenlos. Das ist die andere Hälfte der Hamburger Kinder. Sie sind Opfer Ihrer Familienpolitik.

B

(Karen Koop CDU: So, wie Sie nur den anderen Teil sehen. Sie wollen nur das Negative sehen!)

Das ist die andere Hälfte der Kinder, die Sie einfach vergessen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie setzen noch einen oben drauf, indem Sie sich mit Maßnahmen rühmen, die schon vom Ansatz her so unsozial sind wie Ihre hochgelobte Kinderzimmerzulage für Familien – Frau Veit sagte es bereits –, die sich Eigentum leisten können. Für die gibt es eine Unterstützung. Aber sollen die Kinder von Familien in Mietwohnungen keine Zimmer haben? Warum werden diese nicht unterstützt?

(Beifall bei der GAL und der SPD – Barbara Ahrons CDU: Sie haben immer etwas zu meckern. Nun geben Sie endlich zu, dass es gut ist!)

Ich denke, das zeigt deutlich, an welchen Kindern und Familien Ihnen und dem Senat etwas liegt. Wir brauchen hier ganz dringend einen Kurswechsel, bevor es für die ganze Stadt zu spät ist, denn sie tragen die Folgen. Legen Sie endlich Ihre Scheuklappen ab und schließen sich unseren Forderungen an. Wir brauchen nämlich familienpolitische Maßnahmen, die stärker auf die sozialen Gesichtspunkte eingehen. Wir brauchen eine Kindertagesbetreuungspolitik, die nicht ausgrenzt, sondern diejenigen Kinder hinein lässt, die es nötig haben. Sie darf sich nicht nur an der Berufstätigkeit der Eltern orientieren, sondern muss die Lebensumstände der Kinder in den Mittelpunkt stellen.

(Wolfgang Beuß CDU: Wo leben Sie eigentlich?)

– Ich lebe in dieser Stadt, Hamburg, und genau dort sehe ich die Probleme, die Sie nicht sehen.

C

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Kinder aus benachteiligten Familien brauchen natürlich – wir hatten die Debatte hier – die Möglichkeit, einen Ganztagesplatz in der Kita zu erhalten, unabhängig davon, ob der Vater oder die Mutter gerade einmal zu Hause ist. Ich kann auch unsere alte Forderung nach dem Bildungsjahr "5 plus" aufgreifen, das zumindest ansatzweise eine gute Voraussetzung für die gleiche Chance beim Schulstart ist.

Frau Koop, ich kann Ihnen und dem Rest der CDU-Fraktion nur raten, endlich aufzuwachen. Es reicht doch, wenn Sie – wie Frau Veit es gerade sagte – eine Senatorin haben, die nicht weiß, was in ihrem Fachbereich passiert, die sich untätig zurücklehnt, die öffentlich behauptet, der Allgemeine Soziale Dienst sei so gut ausgestattet, dass er keine weitere Unterstützung benötige, und die in Kauf nimmt, dass weitere Fälle von Kindesvernachlässigung in Hamburg auftreten können. Frau Koop, das reicht doch. Legen Sie Ihre Scheuklappen ab und machen Sie eine Politik, die alle Kinder dieser Stadt mitnimmt. Hamburg hat nur eine Zukunft, wenn alle Kinder dieser Stadt beteiligt sind. Das kann unter Ihrer Regierung leider im Moment nicht geschehen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senatorin Schnieber-Jastram.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt nicht Ihr Hamburg, es gibt auch nicht unser Hamburg, sondern es gibt ein Hamburg.

D

(Beifall bei der CDU – Dr. Andrea Hilgers SPD: Ach!)

Kinder sind in dieser Stadt unsere gemeinsame Zukunft. Ich glaube, jeder in dieser Stadt ist hoch erschrocken, dass es möglich ist, dass Kinder in dieser Art und Weise vernachlässigt werden, wie wir es jetzt mehrfach feststellen mussten.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das reicht nicht!)

Das kann nicht toleriert werden.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist ein gemeinsames Bekenntnis zur Würde und zum Recht auf Wohlergehen der Kinder in dieser Stadt unstrittig. Ich glaube, es muss weiter gehen.

(Martina Gregersen GAL: Das glaube ich auch! – Heiterkeit bei der GAL)

Ein Recht auf Zuwendung und Liebe hat jedes Kind. Ich fordere alle Hamburger auf: Wenn Sie Vorfälle registrieren, wenn Sie Verdacht haben – bitte melden Sie das. Uns ist der Zugriff nämlich immer erst dann möglich, wenn es auch Beweise oder einen eklatanten Verdacht gibt. Alle, die sich mit dem Jugendhilferecht auseinandersetzen, wissen, dass es ein reaktives Recht ist. Es erlaubt uns nicht den Zugriff in Familien, sondern es erlaubt uns diesen Zugriff erst, wenn wir eine entsprechende Beweislage haben. Ganz bewusst hat es der Bundesgesetzgeber damals so ausgestattet.

- A Wenn ich Sie hier so reden höre, bleibt mir die Frage nicht erspart, wer in dieser Stadt 40 Jahre regiert hat.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: 44! 44!)

Wer hat Stadtteile wie Wilhelmsburg, Kirchdorf, Steilshoop,

(Zuruf von *Manuel Sarrazin GAL*)

Mümmelmannsberg und so weiter zu verantworten? Ich könnte es beliebig fortsetzen: niemand anders als Sie.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es mehr als fatal, dass Sie heute so tun, als ob Sie nichts damit zu tun hätten.

(*Karen Koop CDU*: Zynisch ist das!)

Sie sagen, in Hamburg ticke eine Zeitbombe kindlichen Elends, und tun so, als hätten Sie die Lösung parat.

(Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD*: Durch ständiges Kürzen wird nichts besser!)

Dem Ernst und der Komplexität dieses Themas müssen Sie schon gerecht werden. Noch einmal, Sie verkennen zweierlei: Das Kinder- und Jugendrecht zum einen ist reaktiv gestaltet,

(*Günter Frank SPD*: Sie müssen Verantwortung übernehmen!)

erst bei Rechtsverletzungen oder konkreter Gefahr ist der Eingriff möglich. Zum anderen unterscheiden sich die Anstrengungen dieses Senates von denen der Vorgängerregierung ganz gewaltig. Es hat bis zu unserem Amtsantritt keine Familienpolitik gegeben.

B

(Beifall bei der CDU)

Programme zur Stärkung der Erziehungskraft der Eltern, Ausbau des Familienhebammenprojektes, Wellcome-Projekte, präventive Projekte gleich nach der Geburt – das ist eine Reihe von Maßnahmen.

(*Petra Brinkmann SPD*: Wenn man die Stellen alle streicht, kann man das nicht kürzen!)

Diese kennen Sie ganz genau und wider diese Kenntnis tun Sie so, als ob man dieses Problem von heute auf morgen lösen und man einen Einzelnen dafür verantwortlich machen könne. Das ist nicht in Ordnung.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte die Damen und Herren von der Opposition zunächst zur Mäßigung aufrufen.

(Beifall bei der CDU)

Was Sie in den letzten Tagen für ein Affentheater aufgeführt haben, ist außerhalb jeder Norm. Ich nehme Ihnen mittlerweile nicht mehr ab, dass es Ihnen um das Wohl der Kinder geht. Ihnen geht es einfach nur darum, hier Krawall zu machen.

(Beifall bei der CDU – Buh-Rufe bei der GAL)

– Ihre Aufgeregtheit zeigt mir, dass ich ins Schwarze getroffen habe. Schönen Dank.

C

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Machen Sie weiter so!)

Die Politik hat in den letzten Jahren viel bewegt in Hamburg, nicht nur in unserer Regierungszeit. Die verlässliche Halbtagsgrundschule ist etwas, auf das auch Sie stolz sein können.

(Zuruf: Damals waren Sie aber dagegen!)

– Trotzdem ist es eine gute Sache. So sehe ich es heute.

Die Politik allein kann es nicht schaffen. Es hängt auch viel von der Einstellung der Menschen ab. Ich denke, wichtig ist, dass spielende Kinder nicht mehr als Lärm empfunden werden – ich denke an unsere letzte Bürgerschaftssitzung. Dazu gehört auch, aufmerksam zuzuhören – nicht mir jetzt,

(*Wilfried Buss SPD*: Das wollen wir nicht!)

das schaffen Sie im Moment nicht, sondern den Kindern.

(Beifall bei der CDU)

Es geht auch darum, Kinder ernst zu nehmen. Ich kann Sie im Moment nicht ernst nehmen, aber unsere Kinder sollten wir ernst nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sollten generell freundlich und einander zugewandt miteinander umgehen. Zu einem freundlichen Miteinander gehören beispielsweise auch Spielecken in Restaurants und mehr Spielecken in Einkaufszentren.

(*Christiane Blömeke GAL*: Worüber reden wir hier eigentlich?)

D

– Wir reden über die Zukunft von Hamburgs Kindern und nicht über Ihren Krawall.

Dazu gehören auch, Wohnraum für Familien zu erhalten, und schöne Spielplätze.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Was für eine peinliche Rede!)

Vieles hängt also mit der Einstellung zusammen.

Ich möchte jemandem meinen Dank aussprechen, an den man vielleicht zunächst gar nicht denkt: unserem Finanzsenator. Denn eines ist ganz klar: Nur mit einem soliden Haushalt haben Hamburgs Kinder auch Zukunft. Vielen Dank dafür, Herr Senator.

(Beifall bei der CDU)

Alles, was Ihnen zur Politik in diesem Bereich einfällt, ist der Weg in weitere Verschuldung. Das ist sicherlich nicht der richtige. Unsere Kinder sind unser größter Reichtum. Sie zu schätzen, zu erziehen, gut auszubilden, für sie da zu sein und sie zu lieben, ist unsere vornehmste Aufgabe. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat heute das Thema "Kinder sind unsere Zukunft" angemeldet.

A (Klaus-Peter Hesse CDU: Das haben Sie gut erkannt!)

Das ist ein wichtiges Thema. Wir tun alle gut daran, den Kindern ihre Zukunft zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das, was ich von Ihnen, Herr von Frankenberg, gehört habe, aber auch das, was ich von der Senatorin gehört habe, macht einen eher betroffen, als dass man darauf wütend reagieren möchte.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

"Ich glaube, die Wirklichkeit ist viel schlimmer und das in vielen unterschiedlichen Bereichen."

Das ist nicht die Kritik der SPD-Fraktion oder eines besorgten Bürgers, das ist ein Zitat der Sozialsenatorin vom gestrigen Tag, der Person, die seit vier Jahren die Verantwortung für die Kinder in dieser Stadt trägt. Dieses Zitat ist bezeichnend für die Politik in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Senatorin, man nimmt es Ihnen doch nicht mehr ab, dass Sie uns Sozialdemokraten, die 44 Jahre die Stadt regiert haben,

(Lachen bei der CDU)

für das, was jetzt geschieht, verantwortlich machen wollen. Sie sind diejenige, die seit vier Jahren die Hauptverantwortung tragen und Sie sind es, die seit sieben Monaten, seit dem tragischen Tod von Jessica, den Auftrag haben, für eine entsprechende Entlastung und den Schutz dieser Kinder zu sorgen. Sie haben diesen Auftrag nicht angenommen.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es kommt einem Offenbarungseid gleich, wenn diese Senatorin am gestrigen Tag angesichts dieser dramatischen Fälle, angesichts der Notwendigkeit, nun zu handeln, erläutert, Sie überlege, ob man vielleicht eine Jugendkonferenz mit Experten einrichten solle.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Dolle Wurst!)

Was gibt es Schlimmeres, als nicht zu handeln, sondern zu demonstrieren, wie unfähig man ist, Probleme anzupacken?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Verantwortung haben Sie hier noch nie übernommen. Das war vor sieben Monaten so. Da war es zuerst die Schulbehörde, die verantwortlich gewesen sein sollte. Dann war es die Finanzbehörde, dann waren es die Bezirke. Und nun – das haben Sie heute wiederum bekräftigt – seien es die Bürger, die verantwortlich sind, denn diese hätten ja keine Hinweise gegeben und deswegen hätten Sie nicht handeln können. Wie lange wollen Sie diese Stadt noch veräppeln, Frau Senatorin?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Alle diese Familien sind doch vom ASD betreut worden und in der Obhut des Jugendamtes gewesen. Es ist doch schlimm, wenn man feststellen muss, dass das Kind auf der Veddel tagtäglich in der Schule mit Zwieback ernährt werden musste, damit es nicht verhungert. Das wussten Sie und auch das Jugendamt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C Kinder sind die Zukunft dieser Stadt. Wir müssen ihnen eine Zukunft ermöglichen, aber diese Senatorin ermöglicht ihnen diese Zukunft nicht. Es ist Zeit, Herr Bürgermeister,

(Rolf Harlinghausen CDU: In der Schauspielerei nennt man das Theatralik!)

dass Sie eingreifen und die Konsequenzen ziehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat unseres Erachtens diese Debatte zu einem völlig falschen Zeitpunkt und mit einem völlig falschen Tenor angemeldet. Die Rede von Frau Koop hat Bände gesprochen. Wenn man in dieser dramatischen Situation, die wir spätestens seit März kennen, von einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit der Handelskammer spricht und das als Kinderpolitik verkauft, dann weiß ich nicht, wie Sie das – Worte wie "Kinder als Standortfaktor" sind gefallen – noch toppen wollen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dass es noch schlimmer kommen kann, zeigt die Replik, die Frau Schnieber-Jastram versucht hat. Das ist natürlich ein Ablenkungsmanöver, um den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Sie fordern dann aber noch dazu auf, dass die Hamburger Bürgerinnen und Bürger mehr aufpassen sollen. Damit wollen Sie Ihre Verantwortung abgeben, weil Sie fachlich – das wird sehr deutlich – anscheinend auf dem falschen Dampfer sind. Sie haben von der Situation vor Ort anscheinend keine Sachkenntnis, aber Sie könnten sich wenigstens vom grünen oder schwarzen Tisch informieren, wie das auszusehen hat und dass zum Beispiel Akten weitergegeben werden. Warum sind denn keine Akten bei einem Umzug weitergegeben worden? Dafür sind Sie doch verantwortlich.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist nach vier Jahren unter Ihrer Ägide dumm gelaufen, das können Sie doch nicht der SPD vorwerfen. Sie tragen dafür die Verantwortung! Wo ist die Anweisung, dass die Ämter verbindlich kooperieren sollen? Das hätten Sie alles seit März machen können. Aber es ist nichts passiert. Sie haben mit einer Ignoranz, gepaart mit Unfähigkeit, nicht agiert. Das hätten Sie alles unabhängig vom Sonderausschuss machen können.

Wenn ein Herr von Frankenberg – ich habe Sie da für ein bisschen solider gehalten – von Affentheater und Spielereien spricht, dann frage ich mich: Wo ist endlich die Ernsthaftigkeit bei diesem wichtigen Thema?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zwischendurch lacht sich dann auch noch der Erste Bürgermeister bei irgendeinem Beitrag kaputt.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Jetzt geht er!)

– Na ja, er hat mit Kindern und Familie sowieso nichts am Hut, das konnten wir in der "Welt am Sonntag" lesen.

(Zurufe von der CDU)

- A – Das ist der O-Ton der "Welt am Sonntag", das hatten wir letzts schon einmal. Lassen Sie mich noch einmal auf die Fakten kommen,

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Sie können schon aufhören! Das ist Bruch, was Sie sagen!)

die vor allem die CDU-Fraktion betrifft.

(Zurufe von der CDU)

– Ich möchte gern Ruhe im Laden haben.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Das Wort hat Frau Goetsch.

Christa Goetsch (fortfahrend): Ich höre hier immer wieder – auch von Frau Koop –, dass die Kinder die Zukunft von morgen und unsere Ressourcen seien. Diese Sonntagsreden kann man nicht mehr hören, wenn Sie nicht in der Lage sind, Zeit, Geld und Konzepte zu investieren. Sonst können Sie diesen großspurigen Ansagen überhaupt nicht entsprechen.

Ich will an dieser Stelle einmal fragen: Wie sieht die Situation – neben diesen dramatischen Vorfällen – in Hamburg wirklich aus? Es gibt Kinderarmut. Jedes fünfte Kind in Hamburg lebt unterhalb der Armutsgrenze, aber die Senatorin verweigert einen Armutsbericht. Das ist die Realität.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- B Ein zweiter zentraler Punkt, weil es mir wichtig ist, auch strukturell an diese ganzen Fragen heranzugehen: Der Zugang zur Bildung.

In der letzten Woche wurde die PISA-E-Studie veröffentlicht, die uns deutlich bestätigte, dass Armut und geringe Bildungschancen zusammenhängen. Wer in Hamburg arm ist, hat weniger Chancen auf Bildung. Insofern sind das doch die Punkte, die besprochen werden müssen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das sind doch Ihre Früchte!)

Der Ausschluss dieser Kinder, die späteren Schüler, zieht sich doch wie ein roter Faden durch ihr Leben: Sie sind Risikoschüler, haben erst geringe Chancen in der Schule, dann geringe Chancen für eine Teilhabe am Erwerbsleben, stehen dann in Abhängigkeit von staatlichen Sozialleistungen. Das ist doch dieses "Willkommen in der Armutsfalle". Wir müssen frühzeitig anfangen, dieses zu ändern. Was macht der CDU-Senat? Er zückt entweder den Rotstift oder er hat überhaupt keine konzeptionellen Alternativen. Wir wissen, dass diese Perspektivlosigkeit, dieses Produzieren von Loosern, von sozial Benachteiligten, einen sozialen Zündstoff in sich birgt. Eine so wohlhabende Metropole wie Hamburg ist nicht in der Lage, im Kinder- und Jugendbereich dem Ausschluss und der Auswahl von Kindern entsprechend entgegen zu treten.

(Glocke)

– Ich komme zum letzten Satz.

Die Grünen wollen, dass Teilhabe an den Kita und an Bildung ermöglicht wird. Das wären die strukturellen Aufgaben. Wir wollen ein Casemangement für die Kinder, die in Risikofamilien geboren werden. Da mangelt es an allen

Ecken und Enden. Die Verantwortung für diese Kinder trägt die Risikosenatorin in dieser Stadt. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Kausch.

Thorsten Kausch CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Veit und Frau Blömeke, Sie sprachen gerade von Ernsthaftigkeit. Auch die Vorwürfe, die Frau Veit an dieser Stelle geäußert hat, entsprechen nicht der vernünftigen Art und Weise, wie wir mit diesem Thema, das uns alle inhaltlich berührt, umgehen sollten. Das ist aus meiner Sicht der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU)

Frau Blömeke, weiterhin haben Sie Ihre Lösungsvorschläge angepriesen. Fangen wir einmal an. Worum geht es im Detail?

Morgen steht ein Antrag auf Besetzung von ASD-Stellen auf der Tagesordnung. Das ist auch nicht der große Wurf, die Besetzung dieser Stellen kann es nicht alleine sein.

(Zurufe von der GAL – *Luisa Fiedler SPD*: Peinlich!)

Dann wird ein Antrag gestellt, die Verwaltungsschritte im Hinblick auf die Kooperation und die Übergabe von Unterlagen zu verbessern. Das ist ohne Zweifel ein richtiger Ansatzpunkt; das will ich gar nicht bestreiten. Aber das ist doch auch nicht der große Wurf, wie wir das ganze Problem angehen können.

(Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD*: Das ist doch Ihr großer Wurf!)

Sie sprechen – hier schaue ich einmal die SPD an – über den Elternführerschein. Das kann doch wirklich nicht ein Ansatzpunkt sein, wie wir dieses Problem lösen können. Ihre Vorschläge können aus meiner Sicht nicht der richtige Ansatz sein.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Nicht alle zugleich und auch nicht alle gleich laut. Das Wort hat Herr Kausch.

Thorsten Kausch (fortfahrend): – Danke, Herr Vorsitzender.

Es gibt viele Vorschläge, die in der einen oder anderen Sache sicherlich unterstützend wirken, aber der große Wurf, wie ihn uns die Opposition heute weismachen möchte, ist es nicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte einen Punkt herausgreifen, der noch nicht auf der Tagesordnung stand und somit auch nicht debattiert wurde, das ist die Kindertagesbetreuungspolitik. An der Stelle werden Sie hoffentlich keinerlei Kritik äußern können, weil das ein erfolgreicher Baustein der Kinder- und Jugendpolitik in dieser Stadt ist.

(Beifall bei der CDU)

In Hamburg ist es in kürzester Zeit gelungen, die Kindertagesbetreuung an die Spitze der westdeutschen Bun-

- A desländer zu bringen. Was haben Sie in den Jahrzehnten Ihrer Regentschaft erreicht? – Gar nichts dergleichen.

Ein zweiter Baustein: Wir haben es erreicht, dass alle berufstätigen Eltern einen Kindertagesbetreuungsplatz bekommen. Dazu kann ich nur sagen, dass das ein wichtiger Baustein ist, wobei ich explizit hinzufügen möchte, dass wir uns natürlich bewusst sind, für diejenigen Kinder, die aus sozialen Brennpunkten und sozial schwachen Familien kommen, natürlich auch eine Lösung anzubieten.

(Wilfried Buss SPD: Genau das, genau das!)

Das möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen.

Über die genaue Entwicklung im Kita-Bereich hatte Frau Strasburger netterweise in der vergangenen Sitzung schon berichtet; insofern ersparen Sie mir, dass ich diese Erfolge noch einmal aufzeige. Ein ganz wichtiger Ansatz ist aus meiner Sicht die Frage, wie wir mit der fünfstündigen Betreuung umgehen.

(Zuruf von Dirk Kienscherf SPD – Glocke)

– Herr Vorsitzender, ich möchte keine Zwischenfrage zulassen.

(Dirk Kienscherf SPD: Bloß nicht auf die Sache eingehen!)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Sie wollen keine Zwischenfrage zulassen?

Thorsten Kausch (fortfahrend): Nein.

- B **Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Im Übrigen heißt der hinter Ihnen sitzende Vorsitzende in diesem Haus Präsident.

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Thorsten Kausch (fortfahrend): Danke, Herr Präsident, für die Richtigstellung.

Mir ist an dieser Stelle wichtig, dass es eine fünfstündige Betreuung – teilweise mit Mittagessen – gibt. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Ansatzpunkt für die Drei- bis Sechsjährigen.

(Beifall bei der CDU)

In Stadtteilen mit sozialen Problemlagen ist dieses fünfstündige Angebot von besonderer Bedeutung. Nach Aussagen der Behörde für Soziales und Familie haben mehr als 60 Prozent dieses Angebot angenommen. Ich glaube, dass das in sozialen Brennpunkten von großer Bedeutung ist.

Aus meiner Sicht – das wurde mir bei meinen bisherigen Aktivitäten immer wieder gesagt – ist für die sozialen Brennpunkte ein ganz zentraler Punkt entscheidend: Wie kommen wir an die Informationen heran, dass Kinder bei der Ernährung mehr Unterstützung bedürfen? Das kann man durch Mitarbeiterinnen der Kindertagesbetreuungseinrichtungen und der Schulen erreichen. Ich glaube, da muss angesetzt werden, um an diese Informationen zu gelangen.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Baustein – den möchte ich an dieser Stelle nicht vergessen – ist die Art und Weise, wie wir mit dem

Thema Bildung im Rahmen der Vorschule beziehungsweise der Kita umgehen. Auch dort hat die Behörde für Soziales und Familie entsprechende Schwerpunkte gesetzt. Ich glaube, dass dies im Zusammenhang mit PISA ein ganz wichtiger Ansatzpunkt ist. Ich kann nur sagen, dass das der richtige Weg für die Kinder und Jugendlichen ist.

Herr Präsident, ich komme zum Ende.

Im Ergebnis bleibt daher für den Kita-Bereich festzuhalten:

Erstens: Es gibt wesentlich mehr betreute Kinder in Hamburg.

Zweitens: Wir haben den bundesweiten Rechtsanspruch umgesetzt. Das haben Sie auch nicht geschafft.

Drittens: Die Startchancen für Kinder durch Bildungsempfehlungen werden verbessert.

Insofern gehen wir den Weg weiter und sind der festen Überzeugung, dass das richtig ist. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD: Meine Damen und Herren!

(Bernd Reinert CDU: So drücken Sie sich um das Problem Vorsitzender – Präsident!)

Frau Senatorin Schnieber-Jastram hat schon Recht, denn es wird im Zusammenhang von Kindern und Armut viel Geld ausgegeben. Das ist richtig. Immerhin ist es so, dass von 230 000 Kindern in dieser Stadt fast 50 000 von der einen oder anderen Art von Sozialhilfeleistungen abhängig sind. Das sind viele Kinder und das kostet viel Geld.

Obwohl wir einen beachtlichen Rang – nämlich den sechsten Platz –

(Karen Koop CDU: Vierter Platz eigentlich!)

in der Armutsstatistik im Bundesgebiet einnehmen und schlechter als Brandenburg und Thüringen dastehen, können wir trotzdem darauf nicht stolz sein, dass es so viele Familien in der Stadt gibt, die auf soziale Hilfeleistungen angewiesen sind.

Mich hat die Diskussion insoweit nachdenklich gestimmt, als wir nun wirklich wissen, dass Armut kein Problem ist, das von heute auf morgen vom Himmel fällt. Welche Ursachen gibt es für die Armut? Ich will es noch einmal sagen.

Es geht um niedrigste Einkommen, um Krankheit, Unfälle und um fremde Herkunft, also Migration. Es geht um Arbeitslosigkeit, Trennung und Scheidung und es geht vor allem natürlich auch um Bildungsdefizite. Das sind die wesentlichen Ursachen. Das wird uns jedenfalls von den Menschen gesagt, die sich ernsthaft mit dem Thema Entwicklung von Armut in Hamburg auseinandersetzen.

Wir Sozialpolitiker kritisieren, dass sich dieser Senat seit Jahren beharrlich weigert, sich mit den Ursachen und Entwicklungen von Armut in dieser Stadt auseinander zu setzen, weil es ihm unangenehm ist.

C

D

A (Beifall bei der SPD und der GAL – *Petra Brinkmann SPD*: So ist es!)

Das kritisieren wir.

Ich will auch nicht den Eindruck erwecken – das wäre auch ziemlich lächerlich –, dass das Armutsproblem das Problem des Senats sei; das ist Unsinn.

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Da sind Sie der erste Redner der Opposition! Vielen Dank!)

Meine Damen und Herren! Es ist doch bekannt, dass Armut auch in dieser Stadt über Generationen hinweg vererbt wird, dass Großväter die Armut an ihre Kinder und diese wiederum an die Enkelkinder der Großväter weitergeben. Wir erleben, dass aus diesem endlosen Kreis von Armut eine Befreiung kaum möglich ist. Das aber wäre die vornehmste Aufgabe von Politik, dass wir diesen elenden geschlossenen Kreis von Armut durchbrechen und denjenigen, die definitiv keine Verantwortung für ihre Armut haben, nämlich den Kindern, die Chance zum Ausstieg aus diesem Teufelskreis ermöglichen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Nun können wir gemeinsam darüber streiten, welcher Weg richtig ist. Wir haben dazu möglicherweise unterschiedliche Konzepte. Aber ich will Ihnen ganz deutlich sagen:

Ich bin der Auffassung, dass der, der die Vorschule teuer macht, der es für sozial schwache, arme und benachteiligte Familien schwieriger macht, ihre Kinder in Kindergärten unterzubringen – Zwischenbemerkung: 30 Prozent der Ganztagsbetreuungsplätze für die Kinder in den Kindertagesstätten auf der Veddel wurden gerade gestrichen –, der eine solche Politik macht und dafür sorgt, dass die Schulbücher Geld kosten und sagt, wer studieren will, müsse künftig Gebühren bezahlen,

B

(*Robert Heinemann CDU*: Und wer bezahlt die Schulbücher für die Armen?)

an die Eltern ein Signal gibt, das heißt: Sie werden es nicht raffan, selbst wenn man Angebote macht und dies alles unterstützen will. Es sollen Unterstützungen und Freistellungen gegeben werden, aber am Ende wird das von den Eltern als Problemberg gesehen, vor dem sie kapitulieren.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Uwe Grund (fortfahrend): Nein.

Die SPD-Fraktion hat am vergangenen Montag in Kirchdorf eine Gesamtschule besucht. Dort hatte ich ein besonderes Erlebnis. Der Leiter der Gesamtschule hat berichtet, dass diese Schule 1100 Kinder habe. Es seien circa 900 Familien quasi mit ihren Kindern in dieser Gesamtschule vertreten. Wenn die Gesamtschule die Eltern einlädt, dann kommen 25 von 900.

Hier stellt sich die Frage: Wie kann es uns gemeinsam gelingen, nicht nur Ansprüche an die Schule zu stellen und zu sagen, die Probleme der mangelnde Erziehung in den Familien zu ersetzen, sondern sie auch in die Lage versetzen, diese Probleme zu lösen?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

Gegenwärtig haben wir es gemeinsam nicht geschafft.

Ich möchte Sie – uns alle – gern einladen, an diesem Problem gemeinsam zu arbeiten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Sarrazin.

Manuel Sarrazin GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kausch, beim ersten Mal ist es häufig schwierig.

(Zurufe von der CDU – *Michael Neumann SPD*: Auch bei Reden!)

– Das meinte ich damit, nichts anderes.

Deswegen etwas zum Mitschreiben: Die GAL ist ausdrücklich dafür, dass Kinder aus sozial schwachen Strukturen, aus armen Familien, in die Möglichkeit einer Kindertagesbetreuung wieder einbezogen werden, die durch Ihre Politik ausgegrenzt worden sind.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Wolfhard Ploog CDU*: Schön vergeigt!)

Zweitens: Wenn Sie sagen, dass der Antrag zum ASD kein großer Wurf sei, dann ist das vielleicht nicht für uns irgendwie interessant, sondern für die Öffentlichkeit.

Lieber Herr Kausch, wissen Sie überhaupt, worum es geht? Kennen Sie die Berichte über Wartelisten vor Ort in den Diensten, die besagen, dass die Mitarbeiter sich nicht mehr in der Lage fühlen, ihre Arbeit verantwortungsvoll zu machen, weil sie mit ihrer Arbeit nicht hinterher kommen? Kennen Sie die Probleme von Mitarbeitern, die die Garantstellung des Jugendamtes ausfüllen müssen, sie aber nicht die Kapazität haben, das zu garantieren, weshalb auch manche Mitarbeiter kündigen.

D

Kennen Sie die Geschichte aus Lurup, wo die Mutter beim ASD um Hilfe für ihr Kind bittet, der aber sagen muss, dass die Ressourcen nicht vorhanden seien, um kurzfristig zu helfen? Wenn Sie das kennen, dann sollten Sie eine solche Bemerkung wirklich sein lassen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aber manchmal hilft nicht nur das Denken, sondern auch das Fragenstellen. Deswegen habe ich drei Fragen an die Senatorin und an Sie.

(*Wolfhard Ploog CDU*: An Sie auch noch!)

Erstens: Frau Senatorin, Sie sprechen im "Hamburger Abendblatt" von einer Jugendkonferenz mit Experten. Hierzu möchte ich die Frage stellen: Warum haben Sie eigentlich nicht die Erkenntnisse, die wir aus den Expertenberatungen im Sonderausschuss gewonnen haben, in Ihre Drucksache ausreichend einbezogen? Das ist eine ganz einfache Frage. Sagen Sie das bitte hier.

Zweitens: Herr Frankenberg, Sie sprechen von Spielecken in Einkaufszentren. In welcher Spielecke eines Einkaufszentrums hätten die Kinder in Wilhelmsburg, deren Kinderzimmertür mit einer Kommode versperrt war, spielen sollen? Das frage ich mich wirklich.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

- A Dritzens: Die Senatorin redet von 44 Jahre SPD- beziehungsweise teilweiser rotgrüner Regierung und sagt, dass es viele Probleme geben würde. Man kann darüber streiten, ob es an der SPD-Regierung oder an etwas anderem lag und was daran vielleicht Ihr Verdienst ist. Aber wenn Sie diese Probleme sehen – das tun Sie anscheinend –, warum tun Sie dann nichts, um diese Probleme anzugehen und warum sagen Sie hier nicht, wie Sie diese Probleme bearbeiten wollen, anstatt nur auf der früheren Regierung herumzuhacken? – Danke sehr.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte das Thema noch einmal unter den bau- und stadtentwicklungspolitischen Gesichtspunkten beleuchten

(*Michael Neumann SPD:* Nach dem Motto: Ich habe eine Rede geschrieben und muss sie halten!)

und Ihnen, Frau Blömeke, und der Opposition insgesamt noch einmal die harten, positiven Fakten nennen, die Sie natürlich immer absichtlich vergessen.

Dabei stehen die klar erkennbare Aufbruchstimmung in der Stadt nach unserer Regierungsübernahme, die Innovationskraft und das Lebens- und Lebenswerte im Mittelpunkt,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

- B denn Hamburg wird nachgesagt – darauf hat Frau Koop gleichermaßen hingewiesen –, die schönste und lebenswerteste Stadt zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Das ist gut so. Ob Sie nun mit den Bürgerinnen und Bürgern reden oder mit den vielfältigen Institutionen, alle sind der gleichen Meinung. Darauf können wir zu Recht stolz sein.

Ich möchte noch einmal kurz auf das Argument Armut eingehen. Ein wichtiges Instrument zur Bestätigung der Armut ist Bildung. Wir kümmern uns um die frühkindliche Sprachförderung. Unser Senat hat das eingeführt und das ist gut so.

(Beifall bei der CDU)

Mit den Leitzielen der wachsenden Stadt hat unser Senat die richtigen Weichenstellungen getroffen. Dabei stehen bei diesem Thema zwei Leitziele im Fokus. Zum einen das Leitziel "Nachhaltige Steigerung der Einwohnerzahl" und zum anderen "Sicherung der Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit der Stadt".

(*Christiane Blömeke GAL:* Und sie haben keine Schuld gehabt!)

Es ist Ihnen sicherlich nicht verborgen geblieben, dass wir mit dem Wohnungsbauprogramm 2005/2006 in der Förderung einen familienpolitischen Schwerpunkt gelegt haben. Damit unterstützen wir insbesondere junge Familien mit Kindern, deren Einkommen nicht so üppig ist. In der Kürze der Zeit will ich Ihnen nur stichpunktartig einige Förderinstrumente nennen:

(*Nebahat Güçlü GAL:* Lassen Sie es!)

C Darlehensförderung für Geschosswohnungen für alle Bauformen, für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Reihenhäuser; Verbesserung der Vergabekriterien seit 2003 für junge Familien mit Kindern; Forderung bei der Vergabe von Grundstücken für den Geschosswohnungsbau im Hinblick auf die Errichtung eines Anteils von größeren, familiengerechten Wohnungen; Förderung von großen Wohnungen mit Mietpreisbindung und Belegungsrechte für Familien mit mindestens vier Kindern;

(*Jan Quast SPD:* Das sind doch alles Nullnummern!)

– Begreifen Sie doch endlich, was wir alles tun.

(*Petra Brinkmann SPD:* Hauptsache, Sie erzählen davon etwas!)

– Nein.

Förderung von Investitionszulagen für den Neubau familiengerechter Wohnungen ohne Mietpreis-, Einkommens- und Belegungsbindung, aber verbunden mit dem Ankauf im Bestand und Anreize zur Schaffung von familiengerechten Wohnungen im Bestand. Hinzu kommen aktuell die Förderung mit 22,2 Millionen Euro – das ist nicht gerade wenig – in den nächsten fünf Jahren aus dem Sonderinvestitionsprogramm für eine Kinderzimmerzulage und eine Umbauprämie für Bürogebäude.

Ich meine, dass dieses insbesondere – Frau Veit hat sich vorhin so eingelassen – eine große soziale Komponente hat.

(*Petra Brinkmann SPD:* Wo denn, wo denn?)

D Als Fazit kann ich nur festhalten, dass wir im Vergleich zu anderen Großstädten oder zu anderen Bundesländern am besten aufgestellt sind.

(*Christiane Blömeke GAL:* Vor allen Dingen in den letzten vier Jahren! Wo haben Sie denn die Zahlen her?)

In den letzten Jahren haben allen Unkenrufen zum Trotz die Zuwanderung zu- und die Abwanderung abgenommen. Erfreulich ist besonders, dass die Haushalte mit Kindern einen Zuwachs erfahren haben. Das sind Erfolge unserer Regierungspolitik – das können Sie nicht wegdiskutieren –, die sich sehen lassen können und von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt dankbar aufgenommen werden. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kienscherf.

(Zuruf: Der will doch gar nicht!)

– Dann habe ich zu dem ersten Thema keine weiteren Wortmeldungen.

Ich rufe nunmehr das zweite Thema auf:

Hamburg ist mehr als HafenCity – Kein Umzug des Planetariums

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Quast bekommt es.

Jan Quast SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Absicht des Senats, das Planetarium aus dem

- A Stadtpark in die HafenCity zu verlagern, hat hohe Wellen der Empörung geschlagen.

(Michael Neumann SPD: Zu Recht!)

Das geschah nicht nur in Winterhude, sondern in ganz Hamburg, denn bei den Hamburgern ist das Signal angekommen: Der Ausverkauf der Stadtteile hat begonnen, der Senat raubt den Stadtteilen die Attraktionen, um die HafenCity zu vergolden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Der Umgang mit dem Planetarium ist exemplarisch für eine fatale Wandlung in der Stadtentwicklungspolitik: Die Abkehr von den traditionsreichen Stadtteilen und die Fokussierung auf die HafenCity. Während in der HafenCity die Leuchttürme entstehen sollen – was im gewissen Umfang sicherlich auch nötig ist –, gehen in den Stadtteilen die Lichter aus. Schulen und Bücherhallen werden geschlossen, Mittel für Grünpflege und Radwege werden gekürzt und jetzt soll eine traditionsreiche Einrichtung – das Planetarium – aus dem Winterhuder Stadtpark in die HafenCity verlagert werden. Was kommt als Nächstes, meine Damen und Herren von der CDU?

Die Empörung der Menschen richtet sich zunehmend gegen die HafenCity. Das aber ist fatal. Die HafenCity ist das wichtigste städtebauliche Projekt unserer Stadt, die Erweiterung der Innenstadt, das Verbindungsstück zum Sprung über die Elbe, sie ist ein Baustein für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Deshalb ist das Vorgehen des Senats so verantwortungslos, weil es den Hamburgerinnen und Hamburgern die HafenCity verleidet.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- B Damit gefährden Sie dieses Zukunftsprojekt. In den Augen der Menschen wird die HafenCity zum Staubsauger, die die Mittel aufsaugt, die dann in den Stadtteilen fehlen. Mit dem Planetarium ist auch eine Einrichtung, die in Winterhude identitätsstiftend ist, von dem Aufsaugen bedroht.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist doch dummes Zeug!)

Sie versuchen uns weiszumachen, dass das Planetarium deshalb in die HafenCity verlagert wird, um ihm dort Perspektiven zu eröffnen, die es im Stadtpark angeblich nicht hat. Tatsächlich ist diese Begründung aber vorgeschoben. Noch vor zwei Jahren wollten Sie der Bürgerschaft weismachen, dass ein Science-Center am Standort HafenCity wirtschaftlich betrieben werden könne; so ist es in der Drucksache niedergeschrieben. Heute verschachern Sie das Planetarium quasi als Morgengabe für die Investoren des Überseequartiers, weil es ohne Planetarium kein Science-Center geben würde.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Das Planetarium soll so zum Sahnehäubchen für ein nach meinem Ermessen ansonsten eher provinziell anmutendes Science-Center werden. Denn allein die faszinierende Architektur eines Rem Koolhaas und ein florierendes Planetarium reichen nicht aus, um ein Science-Center zu schaffen, das den internationalen Maßstäben entspricht, die Sie sonst so gern für die HafenCity einfordern. Hamburg soll in einer Liga mit Toronto und Barcelona spielen und Sie bauen ein Science-Center, das gerade einmal halb so groß werden soll wie das, das in Kürze in Wolfsburg eröffnet wird.

Für uns ist der Umzug des Planetariums noch nicht gelaufen. Ich hoffe, die CDU meint ernst, was sie in ihrem Antrag geschrieben hat, vielleicht noch ein Stück weiter in Richtung für das Planetarium geht und es nicht nur bei der Aussage belässt: Man möge einmal prüfen, ob es auch anders gehen würde. Wir glauben, das Planetarium muss im Stadtpark bleiben und wir glauben auch, dass es dort Entwicklungschancen gibt.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Wilfried Buss SPD: Richtig!)

Dazu müssen die bisher zögerliche Kulturbehörde und der Bezirk Nord sicherlich an einem Strang ziehen, um berechtignte Wünsche des Planetariums umzusetzen. Ich meine, es gibt Spielraum, um die räumliche Situation zu verbessern und die Anbindung zu optimieren. Ich frage mich nur, warum die Kulturbehörde bisher nichts getan hat, wenn in den letzten Jahren – wie man lesen kann – der Streit zwischen dem Bezirk und dem Planetarium eskaliert ist. Aber Sie tun nichts, Sie warten ab und gucken, was kommt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Günther hat in der Bürgerschaftsdebatte um den Standort für das Planetarium im Frühjahr 1929 gesagt: "Wir sind der Meinung, dass das Planetarium im Wasserturm des Stadtparks eine wertvolle Ergänzung des Stadtparks bildet." Heute, 75 Jahre später, sind wir weiter. Das Planetarium und der Stadtpark gehören im Verständnis der Hamburger zusammen. Das Verständnis muss sich nur noch beim Senat durchsetzen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Reinert.

(Michael Neumann SPD: Sternwarte in Bergedorf!)

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! – Pardon, Frau Präsidentin! Irgendwie scheinen heute die Probleme mit der Anrede um sich zu greifen. –

Es gibt eine Reihe von guten Gründen für die Verlagerung des Planetariums, aber es gibt auch eine Reihe von guten Gründen gegen diese Verlagerung.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich gebe meinem Vorredner Recht. In den letzten 75 Jahren sind für viele Hamburger der Wasserturm im Stadtpark und das Planetarium eine Art "gefühlte" Einheit geworden. Hier ist in diesen langen Jahren eine Verbindung entstanden und eine an einem solchen Standort verwurzelte erfolgreiche Einrichtung sollte man nicht ohne Grund verlegen.

Sie sollten aber bei Ihren Worten auch Folgendes bedenken: Wenn eine Einrichtung so erfolgreich ist, dass sie sogar schon vormittags Schulklassen wegschicken muss, weil die Kapazität nicht ausreicht und

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Öffnungszeiten!)

wenn keine Entwicklungsmöglichkeiten im vorhandenen Gebäude mehr gegeben sind, dann glaube ich auch, dass es richtig ist, nach Alternativstandorten zu schauen, denn ein Ausbau im vorhandenen Gebäude ist so gut wie unmöglich und Anbauten an dem vorhandenen Gebäude wird man auch nicht wollen.

C

D

A (Dr. Andrea Hilgers SPD: Schau'n wir mal!)

Wenn in der HafenCity ein neues Science-Center mit Aquarium entsteht, dann ist dieser Standort als eine Alternative zu dem bisherigen Standort angesichts weiterer Entwicklungsnotwendigkeiten sehr realistisch zu prüfen.

(Michael Neumann SPD: Die Probleme sind wohl sehr groß, so wie die in der Fraktion da dreheln!)

Ich glaube, dass der Senat hier ein wenig zu schnell war.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir sehen durchaus die Chancen, die darin liegen. Aber wir sehen nicht nur den zusätzlichen Reiz, der aus dieser Verbindung entstehen kann, sondern wir brauchen, wenn tatsächlich die Gründe für die Verlagerung des Planetariums überwiegen, eine überzeugende Nachnutzung für das vorhandene Gebäude. Und das heißt, nichts in Richtung Wellness, Fitness und was es sonst dergleichen gibt,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Schanzenturm!)

sondern eine qualitativ hochwertige Einrichtung im Sinne der Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Die Entscheidung, ob, beziehungsweise unter welchen Bedingungen, das Planetarium umzieht, steht heute nicht an.

B (Dr. Andrea Hilgers SPD: Haben Sie "ob" gesagt?)

– Ich habe "ob" gesagt.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Zu Protokoll!)

– Liebe Frau Dr. Hilgers, das werden wir in der Ausschussberatung noch deutlicher machen. Für uns steht auch die Frage: "Ob".

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Danke!)

Diese Frage wollen wir in aller Ruhe klären. Wir brauchen hier und heute keine Entscheidung zu treffen.

(Gesine Dräger SPD: Was für ein Glück für Sie!)

Die Entscheidung muss bis zum Herbst 2006 gefällt werden. Bis dahin soll bitte gründlich und gut geprüft werden. Dann werden wir auch eine gute Entscheidung treffen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lieven.

Claudius Lieven GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen wir kurz das Für und Wider der Verlagerung des Planetariums in die HafenCity beiseite und wenden wir uns stattdessen dem überaus eigenartigen Vorgang der Entscheidung und der Veröffentlichung dieser Entscheidung zu.

Seit Dezember letzten Jahres wurden mit dem Investorenkonsortium die Verträge über das Überseequartier ausgehandelt. Wir können beziehungsweise müssen davon ausgehen, dass die Verantwortlichen bei einem so wichtigen Projekt auf dem aktuellen Stand gewesen sind,

insbesondere der Bausenator und ich denke auch der Bürgermeister.

Ende August war das Vertragswerk ausgehandelt und wurde notariell beurkundet. Es enthält selbstverständlich Verpflichtungen des Investors gegenüber der Stadt und auch Verpflichtungen der Stadt gegenüber dem Investor, beispielsweise die Zusicherung, 50 000 Quadratmeter Bürofläche für Behörden, voraussichtlich für die Stadtentwicklungsbehörde und das Bezirksamt Mitte, anzumieten. Eine weitere Verpflichtung bezieht sich auf den Bau der U 4: Fristen, Vertragsstrafen. Das Werk enthält auch einen Erbbaurechtsvertrag für das Science-Center und weiterhin eine Reihe von Bedingungen, die in der Drucksache 18/3054, die dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beratung vorliegt, auch genannt sind.

Am 13. September gab es eine Pressekonferenz, an welcher der Bürgermeister sowie der Bausenator teilgenommen und in der sie die wesentlichen Punkte des Überseequartiers – so dachten wir jedenfalls damals – der Öffentlichkeit hier im Rathaus im großen Rahmen mit Modell, Computeranimation, Plänen und allem, was dazu gehört, vorgestellt haben. Es wurde hierbei auch ausgiebig über das Science-Center und das Aquarium gesprochen.

Der Bürgermeister sagte hierzu, ich erlaube mir, zu zitieren:

"Es muss sich rechnen und es gibt genügend Beispiele in anderen Städten, wo das nicht geklappt hat."

Vielleicht hätten sie hinzufügen sollen: "Daher wollen wir das Planetarium in das Science-Center integrieren". Dann hätte zu diesem Zeitpunkt Klarheit bestanden. Aber Sie haben das Wort "Planetarium" nicht erwähnt. Diese Nachricht wurde erst am 27. Oktober veröffentlicht. Auf einer eigens anberaumten Pressekonferenz wurde der erstaunten Öffentlichkeit die Pläne zum Umzug des Planetariums vorgestellt, einen Tag nach der Entscheidung der Bürgerschaft zugunsten der Elbphilharmonie.

Ich denke, wir müssen uns fragen, warum der Senat seine Absicht zur Verlagerung des Planetariums nicht bereits früher bekannt gegeben hat,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das war Absicht!)

sondern erst einen Tag nach dieser Entscheidung,

(Michael Neumann SPD: In der Morgenpost steht was dazu!)

also am 13. September. Man muss davon ausgehen, dass der Bürgermeister und der Bausenator bei dieser Pressekonferenz über die wesentlichen Vertragsbedingungen zwischen den Investoren und der Stadt informiert gewesen sind.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Da nickt er!)

Wie bereits ausgeführt, wurde am 13. September ausführlich über das Aquarium und das Science-Center diskutiert und Sie, Herr von Beust, haben sich auch persönlich hierzu geäußert. Das Weglassen wichtiger Sachverhalte kommt in diesem Fall einer Täuschung gleich.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das bedeutet, Herr von Beust, Sie haben die Öffentlichkeit bewusst getäuscht. Sie haben am 13. September die Bürger Hamburgs und auch Ihre eigene Partei getäuscht.

A (Beifall bei der GAL und der SPD)

Und Sie haben das Parlament getäuscht.

(*Michael Neumann SPD: Hinters Licht geführt!*)

Man muss sich fragen, was das hier für uns bedeutet. Wir befanden uns zu dem Zeitpunkt gerade mitten in den Beratungen über die Elbphilharmonie. Die erste und zweite Anhörung waren vorbei, aber die Anhörung des Senats hierzu war noch nicht geschehen. Wir befanden uns mitten in der Phase der Meinungsbildung.

Offenbar wollten Sie vermeiden, dass durch eine Kontroverse über das Planetarium ein Schatten auf das Projekt Elbphilharmonie fällt

(*Jürgen Schmidt SPD: So ist es!*)

und voraussichtlich wollten Sie auch im Wahlkampf mit dem Überseequartier glänzen, denn zwei Wochen vor der Bundestagswahl war gerade die heiße Wahlkampfphase.

(*Michael Neumann SPD: Hat ja nicht ganz so funktioniert!*)

Sie wollten zu diesem Zeitpunkt auch verhindern, dass in Ihrer Partei in der heißen Wahlkampfphase eine Kontroverse über die Verlagerung des Planetariums ausbricht. Das wäre alles zur Unzeit gewesen. Aus diesem Grunde haben Sie die Öffentlichkeit, die Bürgerschaft und Ihre Partei getäuscht. Sie haben hiermit den Rubikon in Richtung Selbstherrlichkeit überschritten.

(Glocke)

B

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Lieven, Sie sehen das rote Licht.

Claudius Lieven (fortfahrend): Herr von Beust, nehmen Sie zu diesem Vorgang Stellung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Senatorin von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich ist Hamburg mehr als nur die HafenCity. Ich glaube, hiervon braucht man wirklich niemanden in diesem Haus zu überzeugen. Aber natürlich ist die HafenCity ein enorm wichtiges Zukunftsprojekt für unsere Stadt, das räumt ja auch Herr Quast ein, für dessen Entwicklung wir uns alle zusammen engagieren sollten und müssen.

Also brauchen wir beides. Um Hamburg zukunftsfähig zu machen, brauchen wir die lebendigen, gewachsenen Stadtteile ebenso, wie diesen neuen Stadtbereich, an dessen Verwirklichung wir derzeit arbeiten.

(*Michael Neumann SPD: Nehmen Sie doch das Museumsdorf! – Beifall bei der CDU*)

Natürlich ist auch mir klar, dass, wenn das Planetarium aus dem Wasserturm im Stadtpark herausgeholt und in das Science-Center in der HafenCity überführt wird, man eine schlüssige Nachnutzungsidee für den Wasserturm benötigt. Der Wasserturm ist ein eingetragenes Kulturdenkmal und muss vernünftig genutzt und gepflegt werden, um auch noch in 100 Jahren die schöne und weithin

sichtbare Landmarke im Stadtpark zu sein, so wie wir das Gebäude kennen.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Mit dem Planetarium!*)

Es ist eine Binsenweisheit, dass Gebäude nur dann Bestand haben, wenn sie mit Leben gefüllt sind. Ich bin mir sicher, dass wir zu diesem Problem eine überzeugende Lösung finden werden. Hierzu werde ich gleich noch ein paar Sätze sagen, aber lassen Sie mich zunächst noch einmal aus meiner Sicht erläutern, warum der Vorschlag, das Planetarium in das Science-Center umzusetzen, nicht nur eine faszinierende, sondern auch eine gute und richtige Idee sein könnte.

Das Planetarium Hamburg hat sich unter der Leitung von Thomas Kraupe zu einer Einrichtung entwickelt, deren Ruf weit über Hamburg hinaus reicht. Während der Stadtpark eine regionale Bedeutung hat, hat das Planetarium mittlerweile eine überregionale, ja internationale Bedeutung.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Der Stadtpark auch!*)

– Aber ich bitte Sie!

Im Jahre 2004 hatte die Einrichtung 380 000 Besucher zu verzeichnen. Somit erhöhte sich die Besucherzahl gegenüber den Jahren vor der 2002 erfolgten Modernisierung um das Dreifache. Dieser gewachsenen Bedeutung des Planetariums werden der ehemalige Wasserturm als Domizil und der aktuelle Standort im Stadtpark nicht mehr gerecht. Der große Erfolg ist zum großen Problem des Planetariums geworden.

Es fehlen Ausstellungsflächen und Veranstaltungsräume für vertiefende thematische Auseinandersetzungen, denn anbauen dürfen wir dort nicht, wie Sie vielleicht wissen, Lager- und Werkstätten zur Verbesserung der internen Logistik, Flächen für eine Nachrüstung der Medientechnik, Gastronomie und ein größerer Shop für ein besseres Marketing.

Was die Verkehrsinfrastruktur betrifft, ist das Planetarium deutlichen Einschränkungen unterworfen. Ungepflasterte, unbeleuchtete Wege und die Lage im Stadtpark wirken sich insbesondere bei Dunkelheit oder schlechtem Wetter ebenso nachteilig aus, wie das Fehlen von Parkmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe.

Und, lieber Herr Quast, das Bezirksamt Nord hat es uns nicht gerade leicht gemacht. Wir haben wirklich versucht, für viele Probleme Lösungen zu finden, aber es ist eigentlich gar nichts möglich gewesen.

Eine Integration des Planetariums in den Kulturbau Stein des Überseequartiers böte dem Planetarium jedoch nicht nur räumliche Entwicklungschancen, sondern im Zusammenwirken mit Science-Center und Aquarium auch erhebliche konzeptionelle Perspektiven, von denen letztlich alle drei Einrichtungen und damit ganz Hamburg profitieren könnten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir es denn schaffen,

(*Werner Dobritz SPD: Dann schaffen Sie sie doch!*)

auch Sie von dieser Idee zu überzeugen, könnte aus der Verbindung zweier Publikumsmagneten, Aquarium und Planetarium, unter dem Dach des Science-Centers mit dem Schwerpunkt Planet Erde eine Institution mit schier

C

D

- A unerschöpflichem Potenzial erwachsen. Es könnte ein Kompetenzzentrum für Hamburg im Bereich der Wissenschaft, Kultur und Bildung entstehen, also ein Ort, an dem die Einbindung und Verbindung der Hafenstadt Hamburg in die Systeme von Flüssen, Meeren und der Atmosphäre in das erstaunliche Gefüge unseres Planeten und des Kosmos zum Erlebnis wird.

(Jan Quast SPD: Das ist Schwachsinn!)

Sie merken, ich bin davon überzeugt, dass der Plan vernünftig und tragfähig ist. Tragfähig auch in wirtschaftlicher Hinsicht, denn das Science-Center darf natürlich mit seinen Betriebskosten auf keinen Fall den ohnehin nicht gerade üppigen Kulturetat schmälern. Durch die Verbindung Planetarium und Science-Center aber können hier genau die Synergien gewonnen werden, die notwendig sind, um einen Betrieb der Einrichtung finanzierbar zu machen,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Des Science-Centers!)

wobei wir jetzt bei den Zahlen angekommen sind. Eine wesentliche Voraussetzung für den derzeitigen Erfolg des Planetariums war die für insgesamt 10,6 Millionen Euro in den Jahren 2002 und 2003 vorgenommene Erneuerung. Von dieser Summe entfielen 6,2 Millionen Euro auf die Bau- und Baunebenkosten sowie 4,4 Millionen Euro auf den Hauptprojektor und die Medientechnik. Die Investitionen in den Bau waren dringend notwendig, um das Bau- und Kulturdenkmal zu erhalten. Der Hauptprojektor und die Medientechnik können jedoch in das Science-Center im Überseequartier transferiert werden.

- B Nun zurück zum Wasserturm: Ich ganz persönlich kann mir dort eine ganze Reihe von Nachnutzungen vorstellen, am liebsten natürlich kulturelle, die an diesem besonderen Ort den Erfordernissen des Denkmals, aber auch den Erfordernissen des Stadtparks und des Stadtteils gerecht werden.

Da Sie alle mittlerweile meine Überzeugung kennen, dass die kulturelle Förderung von Kindern und Jugendlichen entscheidend für die Entwicklung unserer Gesellschaft ist, werden Sie sich nicht darüber wundern, dass ich mir beispielsweise ein Kinderkulturhaus im Wasserturm bestens vorstellen kann.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das ist ja niedlich!)

Ein Kinderkulturhaus, das Freude für Sprache, Musik und Bewegung eröffnet und das gleichermaßen Sprachlabor, Literatursalon, musikalischer Tanzpalast, Töpferschmiede sowie Gewächshaus ist, also ein Kinderkulturhaus für das Ausprobieren, Erfahren und Entdecken, das zudem in wunderbarer Symbiose mit dem Stadtpark gedeihen könnte.

(Jenspeter Rosenfeldt SPD: Wie soll das denn gehen ohne Beleuchtung?)

Aber da es hier sicherlich noch viele andere Möglichkeiten gibt, könnte ich mir vorstellen, in Zusammenarbeit mit der hamburgischen Kulturstiftung einen Wettbewerb auszuloben, in welchem Ideen für die sinnvolle und denkmalgerechte Nachnutzung des Wasserturms gesucht werden.

Natürlich sollten wir auch sozusagen im Umkehrschluss noch einmal prüfen, ob das Science-Center ohne Verlagerung des Planetariums oder gemeinsam mit einer anderen bestehenden Einrichtung realisiert werden kann.

(Glocke)

C

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Senatorin, ich hatte gehofft, es tritt hier Besserung ein. – Zurzeit hat das Wort die Senatorin.

(Michael Neumann SPD: Die Rede wird nicht besser!)

Senatorin Dr. Karin von Welck (fortfahrend): – Lieber Herr Neumann, Sie brauchen sich auch nur noch wenige Sätze anzuhören, aber ich würde mich freuen, wenn Sie zuhören würden.

Ich kann Ihnen zwar versichern, dass wir diese Prüfung von alternativen Möglichkeiten bereits in den vergangenen Monaten mit Nachdruck vorgenommen haben, wobei wir feststellen müssen, dass die Planetariumsverlagerung aus unserer Sicht die richtige Lösung ist, aber auch hier sind wir für gute Ideen offen.

(Gesine Dräger SPD: Seit wann wissen Sie das denn?)

Ich bitte Sie alle im Sinne des konstruktiven Miteinanders, welches über die Parteigrenzen hinweg in der Kulturpolitik schon häufig zu guten Lösungen geführt hat, auch in diesem Fall um Zusammenarbeit, um mit uns gemeinsam gute Ideen sowohl für die attraktive Gestaltung des neuen Science-Centers als auch für die Weiterentwicklung des Planetariums zu finden. – Vielen Dank.

(Gesine Dräger SPD: Seit Monaten wissen Sie das! – Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dobritz.

D

Werner Dobritz SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In den Fünfzigerjahren hat es einen Schauspieler gegeben, der nur drei Filme gedreht hat: "Giganten", "Jenseits von Eden" – jetzt wissen Sie, von wem ich rede – und der dritte Film hieß "...denn sie wissen nicht, was sie tun".

(Martina Gregersen GAL: Das hat er aber jetzt nicht verdient!)

Der Zufluchtsort von Judy und Jim in diesem Film ist im Übrigen ein Planetarium in Los Angeles, als der Verlauf der Geschichte sozusagen tragisch wird. Den tragischen Ausgang dieses Films will ich Ihnen ersparen, allerdings den tragischen Ausgang Ihrer Entscheidung, das Planetarium umzuverlagern, das erspare ich Ihnen nicht.

Ich sage Ihnen einmal als geborener Hamburger: Ihr geschichtsloses Handeln im Zusammenhang mit dem beliebten Planetarium im Hamburger Stadtpark trägt auch diesen Filmtitel. Ihre Handlungsweise läuft jeder Vernunft zuwider.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der Architekturglanz der HafenCity macht leider Ihre Kreativlosigkeit und vor allen Dingen Ihre Investorenunwürdigkeit immer sichtbarer.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erst wird die Verpackung gekauft und dann nach dem Inhalt gesucht. Wir haben jetzt das zweite Anwendungsbeispiel.

- A Das erste war die HafenCity U-Bahn mit 255 Millionen Euro, egal, ob vom Bund oder aus dem Hamburger Haushalt. Das ist der schlechteste Kostennutzungsgrad einer ÖPNV-Anbindung in Deutschland seit 1949. Und warum? Weil es die Investoren so wollen!

Und genauso ist es hier beim Planetarium.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie reißen dem beliebten und lebendigen Stadtpark mit dem Planetarium das gesunde Herz aus dem Körper und legen es wirtschaftlichen Investoreninteressen zur eigenen Transplantation aufs Bett.

(*Dietrich Rusche CDU*: Nein, war das schön, richtig schön!)

Und das nur, weil diese Leute sagen, dass sich ansonsten die 800 Millionen Euro nicht rentierten. Und warum sind Sie so abhängig? Weil Sie sich entschieden haben, das Überseezentrum ausschließlich mit einem und nicht mit mehreren Investoren zu realisieren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich fasse einmal alle kleinteiligen Argumente zusammen, Frau Senatorin, und bringe es auf einen Punkt.

(*Lars Dietrich CDU*: Sie gehen auf die Argumente ja nicht ein!)

Sie sagen: Die Nachfrage im Planetarium ist so groß, hier gibt es Warteschlangen. Mein Gott, ich wünsche mir in dieser Stadt, dass es bei jeder Kultureinrichtung Warteschlangen gibt. Dann sind wir erfolgreich. Warteschlangen sind Ausdruck von Erfolg.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Nun bin ich nicht so ein Weltbürger wie die CDU-Fraktion, die jährlich einmal in der Welt herumreist.

(*Lars Dietrich CDU*: Quatsch!)

Aber ein paar Kultureinrichtungen auf der Welt habe auch ich gesehen. Ich will Sie jetzt nicht mit allen belangen, aber beispielsweise in den Uffizien in Florenz haben Sie Warteschlangen von einem halben Tag. Nun stellen Sie sich einmal vor, Sie würden den Florentinern empfehlen, die Uffizien in Florenz zu verlagern, weil ein Investor sie für seine Investoreninteressen benötigt. Wissen Sie, was die Florentiner machen würden? Sie würden die Roten Brigaden wieder begründen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Bei Ihrer Durchführung findet etwas statt, was ich als Einstieg der Privatisierung des Stadtparks bezeichne. Und hier sage ich Ihnen: Schauen Sie zum Schanzpark und zu dem Dilemma, was uns 15 Jahre begleitet. Das werden Sie dann auch an dieser Stelle haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte mich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Planetariums wenden. Lassen Sie sich bei Ihren verständlichen Wünschen nach besseren Arbeitsbedingungen nicht vor das planlose Handeln des Kultursenats spannen. Auch an dem heutigen Standort sind sachgerechte Arbeitsbedingungen zu realisieren, wenn man denn will.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

C Ich will jetzt nicht den Schlenker zur Elbphilharmonie machen. Hier müsste ich dann doch ein paar Bemerkungen von Herrn Maier anführen, aber die bewahre ich mir auf sowie auch meine Argumente und vor allen Dingen eine schöne Übersicht.

Herr Maier hat in seiner letzten Debatte an die SPD gewandt gesagt: Bleibt Hamburg-Partei! Gegen die Wünsche des damaligen Ersten Bürgermeisters, Henning Voscherau, und der versammelten CDU-Opposition haben wir entschieden, dass das "Museum der Arbeit" nicht in der Speicherstadt, also in der heutigen HafenCity, landet, sondern in Barmbek. Dieses Museum hat sich einen Mythos erarbeitet und ist heute in der Museumslandschaft Hamburgs das Museum mit dem höchsten Kostendeckungsgrad aller Museen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

In dieser Kontinuität sagen wir daher als Hamburg-Partei hier und heute: Beenden Sie den geschichtslosen und kulturellen Beutezug durch Hamburg. Kurzfristige Investoreninteressen kommen und gehen. Das Planetarium bleibt dort, wo es für alle Hamburgerinnen und Hamburger zu einer beliebten und anerkannten Kulturstätte geworden ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Rusche.

Dietrich Rusche CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei der Rede soeben war ich mir nicht ganz sicher, ob ich lachen oder weinen sollte. Aber die Theatralik war wenigstens gekonnt. Das muss ich Ihnen lassen, Herr Dobritz.

D

(*Bernd Reinert CDU*: Das war aber auch das einzig Gekonnte!)

– Ja, das war auch das Einzige.

Aber wie wäre es denn, wenn wir ein bisschen sachlicher über dieses Thema reden würden.

Worum geht es eigentlich? Hier ist von Ihnen und von Herrn Quast dargelegt worden, dass die Arbeitsbedingungen im Planetarium gar nicht so schlecht seien und mit gutem Willen alles noch zu regeln ist. Wer so redet, hat sich nicht die Mühe gemacht, sich mit der Thematik richtig zu befassen. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU)

Reden Sie doch einmal mit Herrn Kraupe.

(*Petra Brinkmann SPD*: Dass der das will, ist doch klar!)

– Es wäre nett, wenn Sie auch mal zuhören würden!

Reden Sie doch einmal mit demjenigen, der hier als erfolgreicher Unternehmer ein Planetarium in unglaublich schneller Art und Weise nach vorn gebracht hat.

Sie haben sich doch offenbar mit der Thematik befasst, wie ich anfänglich entnehmen konnte, aber leider nicht gründlich genug. Hätten Sie das getan, dann wüssten Sie, dass dieses Planetarium nach dem erfolgreichen Start durch den Umbau jetzt wirklich an seine Grenzen gekommen ist. Wenn man das Planetarium für die Hamburgerinnen und Hamburger wirklich weiter und internati-

- A onal beachtenswert entwickeln will, dann muss etwas geschehen. Dass das dort nicht geht, weiß jeder, der sich wirklich mit dieser Thematik befasst hat. Leider haben das offensichtlich ein Teil meiner Vorredner nicht getan. Hier hilft das Geschrei überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wer sich die Mühe macht, mit Herrn Kraupe hierüber einmal intensiv zu reden und das habe ich getan, der weiß, worum es hier geht.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Rusche, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dietrich Rusche (fortfahrend): Nein, ich möchte jetzt nicht gestört werden. Vielen Dank. –

Wer sich mit diesem Thema befasst, weiß ganz genau, wie Entwicklungsfähig diese Institution ist. Wer das nicht will, denkt provinziell und kleinkariert. Man kann das nicht nur aus der Sicht von Winterhude sehen. Man muss das über ganz Hamburg hinweg sehen.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Genau! – Katja Husen GAL: Global denken!*)

Wenn sich hier die Chance ergibt, in der HafenCity gemeinsam mit einer anderen Institution nicht nur ein größeres Instrument zu bauen, sondern hierbei auch noch Kosten zu senken – verflxt noch einmal –, wer dann hier nicht zumindest an die Prüfung dieser Angelegenheit herangeht, dem ist wirklich nicht zu helfen. Wie wäre es, wenn die Kritiker einmal anfangen würden, etwas unternehmerischer zu denken.

B

Wir müssen hier nichts übers Knie brechen. Das ist nicht notwendig und ist auch deutlich gesagt worden. Wir müssen in Ruhe prüfen und jeder, der eine bessere Idee hat, sollte diese vortragen. Bisher ist aber noch keiner gekommen, sondern bislang ist Ihr Reden immer nur, dass alles beim Alten bleiben soll.

(*Petra Brinkmann SPD: Wir haben das doch gerade erst erfahren!*)

So kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Wenn man Herrn Rusche, aber auch die Senatorin, hört, hat man den Eindruck, dass die Idee zu dieser Verlagerung aus den Entwicklungsbedingungen des Planetariums gekommen sei. Von daher sei die ganze Sache motiviert.

Wenn man die Entwicklung des Vorganges ansieht, hat man den Eindruck, dass die Motivation von ganz woanders herrührt. Und so stellen Sie das auch in Ihrer Drucksache dar. Die Motivation kommt daher, dass Sie den Plan, ein Science-Zentrum in der HafenCity zu verwirklichen, nicht ohne öffentliche Zuschüsse realisieren können. Daraufhin haben Sie überlegt, was man tun könnte. Könnte man vielleicht einen Frequenzgeber von außen einführen? Und jetzt erzählen Sie uns die ganze Zeit,

dass das sozusagen aus immanenten Motiven der Weiterentwicklung des Planetariums herrühren würde.

C

Die Verursachung liegt offenkundig ganz woanders. Und darin steckt ein dickes Problem, und zwar erstens ein sachliches Problem. Wenn der Frequenzbringer aus dem Stadtpark weggenommen wird und Sie, Herr Reinert, dann sagen, dass dort eine qualitativ hochwertige Einrichtung entstehen soll und kein Wellness-Center – hiermit höre ich, es soll eine Einrichtung sein, die auch einen öffentlichen Rahmen hat und kulturell bedeutsam ist –, dann haben Sie auch dort das Zuschussproblem. Das heißt, Sie haben bloß eine Verlagerung. Und ich erinnere Sie, wir haben schon einen Wasserturm mit einer fünfzehnjährigen Geschichte und Versprechen von kulturellen Nutzungen, städtebaulichen Verträgen sowie 50 Prozent Kultur.

(*Bernd Reinert CDU: Aber was hatten wir damals für einen Senat!*)

– Hören Sie auf, das liegt nicht am Senat, sondern das liegt daran, dass für diesen Wasserturm keine selbsttragende kulturelle Entwicklung zu finden war, weswegen später dann eine kommerzielle hereingekommen ist und wir als Stadt sozusagen ein Ablassgeld erhalten haben, um das halbwegs zu akzeptieren.

(*Olaf Ohlsen CDU: Das ist eine ganz andere Geschichte, Herr Maier!*)

– Das ist keine ganz andere Geschichte. Das ist die gleiche Sorte Wasserturm im Park.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Und hier im Stadtpark handelt es sich auch noch um ein Baudenkmal, wo Sie keine Dachverglasung vornehmen und ein Hotel hineinsetzen können.

D

Sie haben die entscheidende Aufgabe, das Problem der Finanzierung zu lösen. Sie verlagern jetzt das Problem von der HafenCity, wo keine Finanzierung steht, auf den Stadtpark, wo ebenfalls keine Finanzierung steht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Hiermit zerstören Sie tatsächlich etwas im Stadtpark. Das ist Ihnen auch alles bewusst gewesen und hiermit komme ich wieder zur Informationspolitik des Senats.

Wie kann man hergehen, eine Großpressekonferenz veranstalten und ein tolles Projekt vorstellen, genau wissend, dass das mit einer Sache verbunden ist, die allen Hamburgern nahe gehen wird. Und diese Sache wird verschwiegen. Man verschweigt sie sogar der eigenen Fraktion, ja sogar dem eigenen Parteivorsitzenden gegenüber. Wenn das nicht extrem trickreich ist – das Wort Täuschung ist bereits erwähnt worden –, finde ich auch, dass das dermaßen trickreich ist, dass der Trick auf die Füße fallen muss.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Und ich fürchte noch etwas Schlimmeres. Der Vertrag mit dem Investor ist wahrscheinlich unter der Bedingung Planetarium schon vorher notariell unterschrieben worden.

Das heißt, im Moment besteht möglicherweise sogar die Gefahr, weil Sie das damit hineingebracht haben, dass wir die Existenz einer Kultureinrichtung in der HafenCity riskieren, weil nicht darüber nachgedacht worden ist, wie man die hinkommt, und eine Einrichtung aus einem

- A anderen Stadtteil abziehen will. Damit gefährdet man am Ende beide Standorte und zwingt den Investor nicht, sich in Bezug auf die HafenCity etwas einfallen zu lassen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir wollen dort das Science-Center und wir wissen auch – im Unterschied zu Herrn Dobritz –, dass sich ein Investor normalerweise nicht nach einem Science-Center drängelt, wenn er ein 800-Millionen-Euro-Projekt plant, und die Stadt ihn dazu drängen muss, wenn sie es haben will. Wir wollen auch, dass Sie das tun, aber wir wollen es nicht auf Kosten eines anderen Stadtteils. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Bürgermeister von Beust.

(*Christiane Blömeke GAL:* Heute ist ein denkwürdiger Tag!)

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich über Ihre Begeisterung, mich reden zu hören. Das ist reizend, vielen Dank.

Meine Damen und Herren, es sind einige Dinge angesprochen worden, die der Erläuterung bedürfen.

Es wurde gesagt, hier sei dem Investor ein großartiges Geschenk gemacht worden, weil seine Bedingungen erfüllt worden sind. Das ist Blödsinn. Tatsache ist, der Investor hätte alles gebaut, auch das Science-Center. Das Problem ist nur, wer das Risiko trägt, wenn der Betrieb nachher nicht läuft. Das ist dem Investor egal. Das Risiko hätten wir gemeinsam getragen und es hätte bei 1 bis 3 Millionen Euro im Jahr gelegen. Das Geld können wir nicht einfach drucken, meine Damen und Herren. Darum geht es.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der GAL)

– Sie sind heute ein bisschen kreischig. Ich weiß nicht, woran das liegt, vielleicht bekommt Ihnen der Herbst nicht.

(*Dr. Andrea Hilgers und Jenspeter Rosenfeldt, beide SPD:* Sie sind arrogant, wie immer!)

Vielleicht liegt Ihnen ja auch die Große Koalition auf den Stimmbändern. Wir werden zusammenarbeiten müssen, meine lieben Sozialdemokraten, und wir freuen uns schon darauf. Sie macht das anscheinend nervös.

(Beifall bei der CDU)

Im Masterplan für die HafenCity, der noch unter Ihrer Ägide entworfen wurde, ist dieses Areal in der HafenCity mit einer Mischung aus Kultur, Freizeit, Unterhaltung und Einzelhandel beschrieben worden. Das heißt, die Idee der Festsetzung, was dort hinkommen soll, haben wir übernommen, weil sie richtig ist.

Nun stellt sich die Frage, was dort hinkommen soll. Diskutiert wurde in der Tat ein Science-Center. Im Zuge des Verfahrens ist untersucht worden, wie sich die Science-Center, die es in vielen verschiedenen Städten und Orten gibt – nicht zuletzt in Bremen – in Bezug auf Besucherzahlen und Betriebskosten entwickelt haben. Das Bedauerliche ist, wenn man sich das sehr kritisch ansieht, dass Science-Center alleine nicht die Erwartungen erfüllt ha-

ben – egal, wie sie ausgestattet waren –, um die Betriebskosten mit Sicherheit zu decken. Das Risiko der Betriebskosten hätte also, wenn man sagt, wir bauen ein Science-Center – welcher Art auch immer –, was nicht automatisch verspricht, auch ein Publikumsmagnet zu werden, nicht beim Investor gelegen, sondern letztlich bei der Stadt.

(*Ingo Egloff SPD:* Lassen Sie es!)

Man hätte es sich vermutlich dann, wenn es nicht gelaufen wäre, als Stadt nicht leisten können, diesen wichtigen Punkt dicht zu machen nach dem Motto: Gebaut, aber nichts geworden, schließen wir also diesen strategisch wichtigen Punkt. So kann man keine verantwortliche Kultur- und Stadtentwicklungspolitik machen.

(Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD:* Seit wann wissen Sie das?)

Es wäre also die Frage gewesen, ob man dieses Risiko sehenden Auges eingeht und sagt, dafür müssen wir im Jahr Betriebskosten in Höhe von 1 bis 3 Millionen Euro auf uns nehmen. Das hätte man natürlich machen können. Ist das bei der Finanzlage, die wir in der Stadt in vielen Kulturbereichen und Sozialbereichen haben, bei den vielen Problemen, die wir finanzieren müssen – Sie haben vorhin von den Kindern gesprochen – verantwortlich zu sagen, hier kommt ein weiteres Kostenrisiko in Höhe von bis zu 3 Millionen Euro auf uns zu? Dieses Risiko ist nicht tragbar, man muss es minimieren. Genau das haben wir geprüft.

(*Gesine Dräger SPD:* Also gibt es auch keine Kultureinrichtung im Stadtpark!)

Dabei haben wir verschiedene Möglichkeiten diskutiert. Eine Variante war, ob man durch die Verlagerung einer interessanten Kultureinrichtung aus der Stadt in die HafenCity dieses zusätzliche Risiko minimieren könnte. Gleichzeitig bestand die berechtigte Hoffnung – das wird die Diskussion zeigen –, an einer anderen Stelle mit privater, aber kultureller Unterstützung etwas anderes Attraktives machen zu können.

(*Christiane Blömeke GAL:* Und dann haben Sie schnell den Vertrag aufgestellt!)

Dann haben wir verschiedene Varianten überprüft. Die letzte Festlegung, was politisch passiert – wobei das Prüfung heißt –, ist am 25. Oktober im Senat erfolgt. Richtig ist, dass ich auf der von Ihnen angesprochenen Pressekonferenz, als gefragt wurde, ob ein Science-Center alleine die Kosten trägt, aufgrund dessen, was ich Ihnen gesagt habe, in unzähligen Gesprächen, die wir gehabt haben, in der Tat diese Skepsis gehabt habe. Darum habe ich diese Worte gewählt. Sie haben mich richtig zitiert. Wir haben verschiedene Möglichkeiten diskutiert. Wir haben geguckt, welche Kultureinrichtungen es gibt, die man – theoretisch – verlagern könnte, nicht will, und haben die Stück für Stück in einem Prozess geprüft. Wir haben davon gesprochen, ob man das Altonaer Museum oder das Völkerkundemuseum verlagern könnte.

(Zurufe)

Ja, das haben wir geprüft. Wir haben es ja nicht getan. Sie regen sich über irgendetwas auf, was wir nicht gemacht haben. Das ist eine Scheinheiligkeit sondergleichen.

C

D

A (Beifall bei der CDU – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Erzählen Sie doch noch mal mehr!)

Wir haben also geprüft, welche Kultureinrichtung es sein könnte. Bei diesem Prozess ist herausgekommen, dass die Nachfrage nach Besucherplätzen im Planetarium und der Wunsch der Bediensteten nach einer größeren Einrichtung so groß waren, dass nun die Möglichkeit besteht, dem Wunsch der dort Arbeitenden, der Leitung und der hohen Nachfrage nach diesem Sujet entgegenzukommen und damit gleichzeitig das Risiko von bis zu 3 Millionen Euro jährlich im Betriebskostenrisiko abzuschöpfen.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Genau, abzuschöpfen!)

– Das Risiko nicht einzugehen.

Das ist eine verantwortliche und richtige Entscheidung. Natürlich bleibt das Bauwerk im Stadtpark, natürlich wird es weiter instand gehalten.

Sie tun so, als wenn es dort beseitigt werden sollte. Das ist der Unsinn, den Sie versuchen, den Leuten klar zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn die Fraktion so entscheidet – das werden wir diskutieren, man muss es noch abwägen –, können mehr Menschen als bisher die Leistungen des Planetariums – beispielsweise pädagogische Angebote – in Anspruch nehmen. Das hielten wir für die richtige Entscheidung und die meisten von uns im Senat ebenso. Die Fraktion wird es prüfen. Das ist der Hintergrund.

B Sie wollen das Planetarium behalten, wo es bisher war, wo Sie es angeblich so sehr lieben, Ihr verehrter Bezirksamtsleiter – von der SPD – und Ihre Mehrheit in der Bezirksversammlung – Rotgrün – haben aber jede Bemühung des Planetariums, am Standort expandieren zu können, konterkariert. Auch das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Das Planetarium hat sich bemüht – ich habe eine wunderbare Liste –, Außenwerbung zu machen. Das wurde vom Bezirk abgelehnt.

Das Planetarium hat gesagt, wir brauchen bessere Parkmöglichkeiten für die Besucher. Auch das wurde vom Bezirk abgelehnt.

Das Planetarium hat gesagt, es braucht Ausnahmegenehmigungen,

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Es gab keinen Antrag, Sie lügen!)

damit Lieferanten und Caterer besser und schneller be- und entladen können. Der Bezirk hat es abgelehnt.

Das Planetarium wollte eine Jubiläumsveranstaltung stattfinden lassen mit Bewirtung im Freien. Das wurde vom Bezirk abgelehnt.

Das Planetarium wollte, damit die wartenden Besucher nicht im Regen stehen müssen und draußen etwas konsumieren können,

(*Tanja Bestmann SPD*: Wer macht denn die Fach- und Sachaufsicht!)

Zelte für Gastronomie aufstellen lassen. Das wurde vom Bezirk abgelehnt.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Sie lügen!)

C Jetzt weinen Sie hier Krokodilstränen. Das ist – Heuchelei, darf man, glaube ich, nicht sagen – nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, jetzt waren sie wieder zu hören, die kreischigen Stimmen der Sozialdemokraten. Wenn man sie erwischt hat, fangen sie an zu kreischen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

– Sehen Sie, schon wieder.

Sie können auch gleich klatschen. Herr Neumann hat sich schon reflexartig gemeldet.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung, meine Damen und Herren. Herr Quast, Sie haben vorhin gesagt, hier würde zugunsten der HafenCity ein Ausverkauf der Stadtteile stattfinden. Darf ich Sie – bei allem Respekt – darauf hinweisen, welche Entscheidung hier für die Stadtteile getroffen wurde, die Sie über Jahre, teilweise über Jahrzehnte nicht in Gang gekriegt haben, die mit der HafenCity überhaupt nichts zu tun hat?

Der Spielbudenplatz: Entscheidung von uns – Renovierung, Neubau –, von Ihnen wurde sie über 15 Jahre verschleppt. Wir investieren in St. Pauli. Das ist nicht in der HafenCity.

Wir investieren in die Reeperbahn-Umgestaltung, Sie haben über zehn Jahre nichts gemacht. Das ist nicht in der HafenCity.

Neubau des ZOB in Bergedorf. Sie haben das nicht auf die Reihe gekriegt, wir machen das. Bekanntlich liegt Bergedorf nicht in der HafenCity.

D Ich könnte Ihnen zig Beispiele nennen, von Studentenwohnungen auf der Veddel, über aktive soziale Stadtentwicklung mit 39 Millionen Euro oder 20 Millionen Euro für familiengerechtes Wohnen – nicht in der HafenCity –, bis hin zu 10 Millionen Euro für die Leichtathletik-Halle in Alsterdorf, nicht in der HafenCity. Millionenbeträge gehen für Investitionen in Viertel, in die Quartiere dieser Stadt, die mit der HafenCity überhaupt nichts zu tun haben, Investitionen, die Sie über 10, 15, 20 Jahre verschoben haben. Sie haben Kommissionen eingesetzt, die nicht entschieden haben, wir haben es für die Menschen in den Vierteln getan.

(*Claudius Lieven GAL*: Am grünen Tisch!)

Dieses ist die richtige Politik.

(Beifall bei der CDU)

Erlauben Sie mir einen letzten wichtigen Punkt, weil Herr Dr. Maier ihn angesprochen hat. Natürlich wäre die Sache unsinnig, wenn man das Betriebskostenrisiko von A nach B verlagerte. Das Risiko bleibt. Der Senat wird Vorschläge machen, die gemeinsam mit der Fraktion besprochen und erarbeitet werden. Wir wollen keine Kommerzialisierung des Bauwerks Planetarium im Stadtpark, weil wir die Risiken sehen und auch zu der Verantwortung stehen. Wir wollen für einen vernünftigen kulturellen Zweck im Stadtteil – auch mit privaten Sponsormitteln, aber ohne kulturelle Abhängigkeiten –, etwas schaffen, was für die Stadt und für die Menschen gut ist. Sie haben Recht, wenn es eine Betriebsmittelverlagerung von A nach B gäbe, dann wäre es unsinnig. Wir werden von uns erarbeitete Konzepte vorlegen, Sie werden uns daran messen können.

- A Natürlich muss man für eine vernünftige Nachnutzung sorgen, auf hohem Niveau, für die Menschen im Stadtteil. Es darf keine oberflächliche Kommerzialisierung geben. Ich gebe Ihnen Recht, das ist in Ordnung. Sie sagen, wir brauchen eine kulturelle und eine Unterhaltungsinstitution in der HafenCity, bieten aber zur Finanzierung überhaupt nichts an. Bei anderen Entscheidungen sagen Sie aber, der Staat soll es nicht bezahlen, möglichst die Sponsoren, oder wir machen es gar nicht. Gleichzeitig vermischt Herr Quast wunderbar Investitionen mit Betriebskosten. Auf Deubel komm raus, mit Verlaub, Ihre Kompetenz geht hier mindestens gegen null, sie liegt darunter.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Nach Paragraph 22 Absatz 3 haben jetzt die drei Fraktionen noch einen Redebeitrag offen. Herr Neumann hat das Wort.

Michael Neumann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Sehr geehrter Herr von Beust, Sie haben am Anfang von der Herbstdepression gesprochen. Nachdem ich Ihrer Rede gefolgt bin, muss ich sagen, dass sie sich bei Ihnen besonders tief niederschlägt.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe nach vier Jahren feststellen müssen, der Lack ist langsam ab. Haben Sie darauf geachtet – ich weiß nicht, ob Sie es tun –, wann Sie Applaus von Ihrer Fraktion bekommen haben?

(Karen Koop CDU: Ach, nee!)

- B – Sie haben dann Applaus bekommen,

(Bernd Reinert CDU: Fast immer!)

wenn sie in relativ schlichter Manier auf Rotgrün eingedroschen haben. Als Sie inhaltlich argumentiert haben, war hier eisiges Schweigen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Frank-Thorsten Schira CDU: Das stimmt gar nicht!)

Ich stelle mir die Frage, was Sie als Bürgermeister dieser Stadt diesen Investoren versprochen haben, dass Sie hier so scheinbar engagiert gegen die Interessen und gegen die Meinung Ihrer eigenen Fraktion argumentieren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben richtigerweise gesagt, die HafenCity soll eine Mischung aus Kultur, aus Wohnen, aus Büro, aus Arbeiten sein. Wir warten ab, wo die 40 000 Menschen dann im Ergebnis arbeiten werden, ob es neue Arbeitsplätze sind oder ob es nur zu 90 Prozent Umzüge innerhalb Hamburgs sind. Wir warten ab, wer wirklich später in der HafenCity wohnen wird. Aber als es um Kultur ging, war der Gedanke der Sozialdemokraten, auch der grünen Koalitionspartner, nicht, dass wir etwas in die HafenCity verpflanzen, sondern dass in der HafenCity etwas Neues, etwas Spezielles, entstehen wird und nicht die Stadtteile geplündert werden,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wie lächerlich, Herr Neumann!)

damit Sie dort rechtzeitig zum Wahlkampf einweihen und Bänder durchschneiden können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

An welcher Stelle haben Sie – das ist auch symptomatisch – nach langer Zeit wieder einmal im Plenum gesprochen? Bemerkenswerterweise nicht zu dem Thema "Kinder", sondern Sie haben sich genötigt gefühlt, etwas zum Thema HafenCity zu sagen.

(Dr. Andreas Mattner CDU: Wovon sprechen Sie denn?)

Das macht deutlich, was Ihnen und Ihrer Fraktion wichtig ist. Es sind jedenfalls nicht die Menschen in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Lachen bei der CDU)

Sie haben einige Vorwürfe gegen den Bezirk und die Bezirksversammlung in Hamburg-Nord erhoben. Soweit meine Recherchen bisher ergeben haben, gab es keinen einzigen Antrag des Planetariums, weder an das Bezirksamt noch an die Bezirksversammlung. Also kann folgerichtig nichts abgelehnt werden. Selbst wenn es so wäre, sehr geehrter Herr Bürgermeister, frage ich mich, wer eigentlich Bürgermeister in dieser Stadt ist?

(Beifall bei der SPD – Rolf Harlinghausen CDU: Jämmerlich!)

Wer hat denn die Weisungsbefugnis?

Dass Sie sich hier nicht zu schade sind, sich hinter einem Beamten, einem Bezirksamtsleiter, zu verstecken, sondern die Verantwortung zu übernehmen, weil Sie seit vier Jahren Bürgermeister dieser Stadt sind! Wenn das alles so dramatisch ist, wie Sie es dargestellt haben, wieso haben Sie nicht gehandelt, wieso haben Sie vier Jahre lang im Tiefschlaf im Senat verharret?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie sprechen davon, wir könnten es der Stadt nicht zumuten, ein weiteres Betriebskostendefizit von 3 Millionen Euro zu finanzieren. Die 77 Millionen Euro Zuschuss, die Sie als Blankoscheck ausgefüllt haben für die Investition der Elbphilharmonie wird uns jährlich auch schlappe 3,5 Millionen Euro Zinsen kosten. Da war es offensichtlich kein Problem, 3,5 Millionen Euro freizumachen.

Wenn ich den Debattenbeitrag richtig verstanden habe, haben Sie sich mit der Art und Weise auch die Zustimmung dieses Parlaments durch die Zurückhaltung der notwendigen Informationen des Planetariumsumzuges in weiten Teilen erschlichen. Ich weiß nicht, ob es in diesem Hause heute noch einmal eine so breite Mehrheit dafür gäbe, wenn diese Information vorher bekannt gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben durch Ihr politisches Taktieren – man würde es umgangssprachlich mit einem Wort bezeichnen, dass mit "L" anfängt und mit "üge" aufhört –

(Zurufe von der CDU – Bernd Reinert CDU: Also, Frau Präsidentin!)

dazu beigetragen, das Konzept der HafenCity und auch die großartige Idee der Elbphilharmonie ein weiteres Mal zu erschüttern. Sie haben nicht wohl an Hamburg getan, sondern haben mit Ihrer Taktiererei und Ihrer Geheimniskrämerei, mit Ihrem Verschweigen und Ihrem Vertuschen dazu beigetragen, dass erheblicher Schaden für das große Konzept der HafenCity entstanden ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- A Zu guter Letzt: Ich habe natürlich keinen Hospitantenstatus in der CDU-Fraktion,

(*Bernd Reinert CDU*: Das werden Sie auch nie kriegen!)

gleichwohl ich zugeben möchte, ich bin sehr darauf gespannt, wenn der Landesvorsitzende öffentlich darüber Klage führt, dass er Informationen über so wesentliche Teile des Regierungshandelns aus der Wochenzeitung, aus der täglichen Lektüre der Hamburger Zeitungen erfährt, wie nach dem Debattenbeitrag, den Sie hier gehalten haben, die Debatte in der CDU-Fraktion laufen wird.

Haben Sie Mut, lassen Sie sich nicht alles gefallen. Ich kann Ihnen sagen, wo das endet. Wir haben diese Fehler auch einmal gemacht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Reinert.

(*Erhard Pumm SPD*: Herr Reinert, jetzt haben Sie es aber schwer!)

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Neumann, ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie uns durch Ihren Zuspruch vor der Herbstdepression bewahren.

(*Michael Neumann SPD*: Bei den Problemen brauchen Sie den auch!)

- B Ansonsten war das wirklich schon "Absurdistan". Sie sagen, das Planetarium habe beim Bezirksamt Hamburg-Nord nie Anträge gestellt und außerdem hätte der Senat die ja evozieren müssen. Ja, was denn nun? Wenn keine gestellt wurden, dann kann der Senat auch nichts evozieren. Trotzdem machen Sie das dem Senat zum Vorwurf. Es spottet wirklich jeder Beschreibung.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Peinlich!)

Ihre Fähigkeiten zur Worttrennung sind wirklich bemerkenswert. Hier ist ein neuer Trick offensichtlich geworden, dass man unparlamentarische Wortwahl durch unpassende Worttrennung ungerügt von sich geben darf. Es war bei Ihnen auch inhaltlich daneben, als Sie festgestellt haben wollen, dass der Bürgermeister von dieser CDU-Fraktion nur an bestimmten Stellen Beifall bekommen hätte. Der Bürgermeister hat an allen Stellen Beifall bekommen, und zwar den Beifall, der inhaltlich angemessen war.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der GAL – *Erhard Pumm SPD*: Sie könnten bei Alma Hoppe auftreten!)

Ich hätte es gar nicht erwartet, dass es in dieser Debatte noch einmal Beifall aus dem ganzen Hause gibt. Das ist doch etwas Schönes.

Wir stehen – das ist auch in der Rede des Bürgermeisters deutlich geworden – vor einer Entscheidung. Für den Vorschlag, den der Senat auf den Tisch gelegt hat, gibt es gute Gründe. Es gibt auch gute Gründe, diese Entscheidung noch einmal zu überprüfen und möglicherweise zu einer anderen zu kommen. Das hat der Bürgermeister gesagt, das habe ich gesagt. Dabei bleibt es und wir nehmen uns die Zeit zur Entscheidung.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Nun eiern Sie mal nicht so herum wie beim Wahlrecht!)

C

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Als letzter Redner in der Aktuellen Stunde bekommt das Wort Herr Lieven.

Claudius Lieven GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Reinert, ich möchte Sie zitieren:

"Getretener Quark wird breit, nicht stark."

Das waren Ihre Worte und das ist die Qualität Ihrer Argumentation eben gewesen.

(*Bernd Reinert CDU*: Das war Goethe, nicht Reinert!)

– Gut, das war sozusagen Reinert frei nach Goethe.

Zu Herrn von Beust. Das ist wesentlich entscheidender. Sie haben eben zugegeben, Sie hatten bei der Pressekonferenz am 13. September ein großes Maß an Skepsis, dem Sie auch Ausdruck verliehen haben, weil Ihnen klar war, dass das Science-Center das Planetarium benötigt, um wirtschaftlich tragfähig zu sein. Offensichtlich hat Sie diese Skepsis bewegt, aber Sie haben es nicht geschafft, es auszudrücken und die Wahrheit zu sagen: Weil wir das Science-Center machen wollen, werden wir das Planetarium verlagern.

Positiv war die Klarstellung, dass die Stadt, dass Sie, dass Ihr Senat – vielleicht erklären Sie uns, ob es von Frau von Welck kam oder von Ihnen selbst – den Investoren das Angebot gemacht hat, das Planetarium in das Science-Center zu integrieren. Das war wichtig.

D

Falsch ist allerdings, dass Sie jetzt gesagt haben, wir mussten es tun, weil alles ein Paket ist, ein großes Geschäft, und wir unter Zeitdruck stehen. Das ist mitnichten so. Sie hätten anders vorgehen können. Es ist für diese Kultureinrichtung, separat vom Kaufvertrag, ein separater Erbbaurechtsvertrag für 100 Jahre vorgesehen. Das Programm kann erst 2011 gebaut werden, nach der U-Bahn. Vor Ende 2006 passiert überhaupt nichts. Sie hätten sich die Zeit nehmen können, diesen Punkt abzulösen und zu sagen, wir wollen diesen Kulturbaustein, wir wollen das Aquarium – das wollen wir auch, wir wollen auch den Kohlhaas-Entwurf –, wir müssen aber am Konzept feilen, wie das wirtschaftlich tragfähig gemacht werden kann. Ich denke, die Investoren sind auch offen und bereit dazu. Das haben Sie nicht getan. Sie haben den anderen Weg gewählt, nämlich die Öffentlichkeit zu täuschen, Ihre Partei zu täuschen und alles in einem Paket zu belassen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Frau von Welck, Sie sagten, in Hamburg sei es so schön, weil es in kulturpolitischen Fragen häufig einen Konsens gäbe. In der Tat, das war in der Vergangenheit häufig ein Qualitätsmerkmal der Politik. Aber, für Konsens braucht man erst einmal eine Diskussion, man braucht Transparenz und Offenheit. Wenn man sich in die Irre geleitet und getäuscht fühlt, dann kann es schwerlich einen Konsens geben, denn sonst ziehen Sie hinterher, nachdem Konsens gefunden worden sind, wie der Zauberer das Kaninchen aus dem Hut und sagen: Seht her, das ist jetzt auch Teil unseres Konsens. Das kann es wohl nicht sein.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- A Deshalb ist dieser ganze Vorgang ein absoluter Tiefpunkt Ihres politischen Handelns bisher in Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Damit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde und wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3 a, der Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kommission für Bodenordnung.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kommission für Bodenordnung – Drucksache 18/3106 –]

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält je ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf dem Stimmzettel nur ein Kreuz machen, mehrere Kreuze beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen machen den Stimmzettel ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig.

Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich bitte die Schriftführerinnen die Stimmzettel einzusammeln.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird jetzt ermittelt und ich werde es Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.*

- B Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 25 und 10, dem gemeinsamen Antrag der SPD und der GAL-Fraktion: Kindeswohl schützen – Vernachlässigungen erkennen! Vorsorgeuntersuchung U 1 bis U 9 für Kinder zur Pflicht machen! und der Senatsmitteilung: Hamburg schützt seine Kinder.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Kindeswohl schützen – Vernachlässigungen erkennen!]

Vorsorgeuntersuchungen U 1 bis U 9 für Kinder zur Pflicht machen! – Drucksache 18/3073 –]

[Senatsmitteilung:

Hamburg schützt seine Kinder – Drucksache 18/2926 –]

Die Drucksache 18/3073 möchte die CDU-Fraktion federführend an den Gesundheitsausschuss und mitberatend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen.

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag auf Überweisung dieser Drucksache an den Sonderausschuss Vernachlässigte Kinder gestellt.

Die Drucksache 18/2926 möchte die CDU-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Wer begehrt das Wort? – Herr Kienscherf.

Ich sage schon vorbeugend, es wäre nett, wenn die Lautstärke und der Stimmenpegel, der eben geherrscht hat, etwas heruntergefahren wird. Das dient der Debatte.

Dirk Kienscherf SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr von Frankenberg, Sie haben vorhin etwas zum Thema Krawall, zum Thema Zusammenarbeit, zum Thema Ehrlichkeit gesagt. Ich glaube, wir können anhand der beiden Drucksachen, die wir vorliegen haben, dieses Thema sehr gut abarbeiten. Worum geht es?

Nach dem tragischen Tod am 1. März von Jessica waren wir uns alle einig, dass wir gemeinsam daran arbeiten müssen, dass sich in dieser Stadt etwas tut. Von daher war es gut, dass sich alle Fraktionen einig darin waren, einen entsprechenden Sonderausschuss Vernachlässigte Kinder zu gründen, um aufzuarbeiten, was schief läuft in der Stadt, und um Lösungen zu erarbeiten.

Dass wir das getan haben, ist an sich positiv, meine Damen und Herren. Heute können wir eine erste Bilanz ziehen, heute können wir feststellen – oder auch nicht feststellen –, ob sich etwas verändert hat.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Eine Zwischenbilanz, Herr Kienscherf!)

Das eine oder andere haben wir schon in der Aktuellen Stunde vorweggenommen.

Herr von Frankenberg, deswegen bin ich etwas verwundert über Ihre Aussagen, die Sie vorhin getroffen haben. Im Ausschuss ist relativ schnell deutlich geworden, dass wir neben verbesserten präventiven Maßnahmen und neben zusätzlichen Hilfestellungen für die betroffenen Familien vor allen Dingen eine bessere Erkennbarkeit von Vernachlässigung brauchen. Alle Experten waren sich darin einig, dass verbindliche U-Untersuchungen einen Beitrag dazu leisten können. Wir alle wissen, dass diese Gesundheitsuntersuchungen bisher freiwillig sind, dass aber insbesondere durch diese Freiwilligkeit die Kinder durch das Netz huschen und letztendlich nicht berücksichtigt werden, die es eigentlich besonders notwendig haben. Es sind die Kinder aus problematischen Familien.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen war es gut, dass uns Ihr Kollege Weinberg im Mai im RTL-Fernsehen unter anderem gesagt hat, als es darum ging, ob wir einen gemeinsamen Antrag einbringen oder eine gemeinsame Initiative ergreifen sollten, wir sollten uns auf keinen Fall auf den Senat verlassen

(Michael Neumann SPD: Zu Recht, zu Recht!)

– das können wir heute, denke ich, alle nachvollziehen –, sondern uns aufforderte, gemeinsam als Bürgerschaft dieses Thema voranzutreiben. Ich habe mich damals für unsere Fraktion bereit erklärt, einen entsprechenden Antrag auszuarbeiten mit dem Ziel, dass wir es schaffen, verbindliche U-Untersuchungen in Hamburg einzuführen, dass wir es schaffen, Leid von Kindern abzuwenden.

Es täte gut, wenn es ein entsprechendes Signal am heutigen Tag geben würde.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

So weit, so gut. Wir haben diesen Antrag den beiden anderen Fraktionen vorgelegt. Die GAL hat natürlich gesagt, dass sie dieses selbstverständlich unterstützen werde. Von der CDU gab es das Signal, grundsätzlich ja, aber wir müssen erst einmal die nächsten Expertenanhörungen abwarten; die haben wir dann auch abgewartet.

* Ergebnis siehe Seite 2163 B

A (Klaus-Peter Hesse CDU: Senatsanhörung heißt das, Herr Kienscherf!)

– Die Expertenanhörung zu diesem Thema.

Ich habe die Gespräche mit Herrn von Frankenberg geführt, das ist Ihr Sprecher. Wenn Sie das Amt gleich persönlich übernehmen wollen, Herr Hesse, dann machen Sie das, aber bisher war es Herr von Frankenberg.

(Michael Neumann SPD: Hesse ist omnipotent!)

Die Expertenanhörung kam und danach hieß es dann, das sei zwar alles ganz schön und gut, jetzt komme aber die Sommerpause und wir sollten noch einmal warten. Wir haben wieder gewartet und wieder wurde dieser Antrag nicht in die Bürgerschaft eingebracht. Nach der Sommerpause dasselbe. Die CDU-Fraktion sagt, gar kein Problem, das unterstützen wir, wir würden aber gerne das eine oder andere noch einmal klären. Wieder gingen einige Wochen ins Land und als wir ihn vor drei Wochen einbringen wollten, kam erneut das Signal von Ihrer Seite, wir würden es gerne unterstützen, warten sie aber noch bis zur nächsten Bürgerschaftssitzung und hiermit sagen wir ihnen zu, dass es durchgeht.

Heute müssen wir feststellen, dass Sie sich an Ihre Zusagen nicht mehr erinnern können. Ich finde das sehr schade, denn das geht zulasten der Kinder unserer Stadt. Die Bürgerinnen und Bürger werden nicht verstehen, warum Sie auf der Zielgeraden umkehren und diese sinnvolle Maßnahme nicht mehr unterstützen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

B Dabei ist das, was wir Sozialdemokraten wollen und was auch die GAL unterstützen wird, nicht das, was Sie zum Beispiel in Berlin machen wollten. Sie haben einen entsprechenden Antrag nach dem Motto eingebracht: Ab morgen soll das verbindlich sein und nun sieh mal zu Senat, wie du das umsetzt.

Unser Prüfungsersuchen an den Senat war da sehr differenzierter. Er gab zwei mögliche Wege vor, zum einen eine Gesetzesänderung, wo der eine oder andere zu Recht sagt, das könne gesetzlich schwierig sein, das sei ein Eingriff in das Elternrecht, und zum zweiten die Möglichkeit, dass Krankenkassen diejenigen Kinder melden, die nicht an diesen Untersuchungen teilnehmen und sich die Jugendämter dann darum kümmern. Also: Der Senat soll planen, soll prüfen und dann hier berichten.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ein Kessel Buntess!)

Ich weiß nicht, was man dagegen haben kann.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Von daher zeigt dieser Vorgang ganz deutlich, dass wir Sozialdemokraten alles getan haben, um mit Ihnen gemeinsam die richtigen Weichenstellungen zu vollziehen. Sie sind von diesem Weg abgewichen, das ist schade. Besonders ärgerlich ist und letztendlich ist es auch ein Zeichen Ihrer Wertschätzung gegenüber dem Ausschuss, dass dieser Ausschuss, der sich seit sechs Monaten mit dieser Thematik befasst hat, diesen Antrag noch nicht einmal zur Prüfung vorgelegt bekommt, denn Sie wollen diesen Antrag hier nicht beschließen, sondern ihn an den Jugend- beziehungsweise Gesundheitsausschuss überweisen,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Da gehört er hin, Herr Kienscherf!)

C die Ausschüsse, die sich die letzten sechs Monaten mit dem Thema nicht befasst haben. Auch das ist ein deutliches Zeichen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hesse, der Antrag gehört natürlich in den Sonderausschuss, aber wir wollen ihn da gar nicht haben, sondern dieser Antrag gehört heute hier beschlossen; das muss das Votum sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Michael Neumann SPD: Genau!)

Sie drücken sich vor Verantwortung und, Herr Hesse, was ich besonders schlimm finde, Sie wissen doch selbst, dass es der Senat war, der sich an Sie gewandt und gesagt hat, wir müssen auf jeden Fall verhindern, dass es in diesem Haus einen interfraktionellen Antrag gibt, dass die Initiative von der Bürgerschaft ausgeht. Wir als Senat wollen diejenigen sein, die initiativ dastehen. Sie sind doch letztendlich dazu verdonnert worden, nicht mitzustimmen.

(Michael Neumann SPD: Schon wieder! Schäbig, schäbig!)

Dass Sie dieses Spiel mitmachen, ist das Schlimme.

(Beifall bei der SPD)

Wie Sie vorgehen, zeigt auch dieses schöne Papier, das die Senatorin vorgelegt hat. Wir haben in den letzten Monaten im Sonderausschuss diverse Beratungen führen wollen und uns relativ frühzeitig auf eine entsprechende Terminplanung verständigt. Herr Hesse, falls Sie nicht da waren,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ich war da!)

kann ich Ihnen das auch noch einmal hier erläutern. Wir haben gesagt, angesichts der Problematik, die es zurzeit gibt und die uns noch einmal verdeutlicht worden ist, müssen wir schnell handeln und deswegen wollten wir im Herbst die Ausschussarbeit abschließen. Deswegen war auch vorgesehen, nach den vielen Expertenanhörungen im September die Senatsanhörungen durchzuführen. Das war breiter Konsens aller Fraktionen und als es dann im September so weit war, hieß es auf einmal, die Senatorin und andere Senatoren auch hätten Terminschwierigkeiten

(Michael Neumann SPD: Nicht nur die, sie hat auch noch andere Schwierigkeiten!)

und könnten deswegen nicht teilnehmen. Die Probleme brennen der Stadt unter den Nägeln, wir alle müssen tagtäglich miterleben, dass Kinder vernachlässigt werden und dann kommen wir nicht zu Potte, weil die Senatoren Terminschwierigkeiten haben und Sie machen dieses Spiel auch mit. Wo leben wir eigentlich?

(Beifall bei der SPD und der GAL – Klaus-Peter Hesse CDU: Sie wollen doch nur den Ausschuss verlängern!)

Als es um das sensible Thema Allgemeine Soziale Dienste ging, über die wir in diesem Ausschuss diskutieren wollten, sollten die dann an einer anderen Stelle diskutiert werden, nämlich im Jugendausschuss.

(Petra Brinkmann SPD: Da wird sowieso nichts diskutiert!)

- A Dann haben Sie sich hingestellt und gemeinsam mit der Senatorin diese Anhörung verhindert. Sie haben ebenfalls verhindert, dass über dieses Thema gesprochen wird und das damit begründet, man müsse sich erst einmal darüber im Klaren werden, was mit dem ASD werde. Das ist die Politik der Regierungsfraktion, meine Damen und Herren.

Während gleichzeitig – und das ist das Erstaunliche – alles abgesagt worden ist, während die Ausschussarbeit nicht mehr fortgesetzt werden konnte, kam die Senatorin und präsentierte ihr tolles Papier "Hamburg schützt seine Kinder".

(Klaus-Peter Hesse CDU: Zumindest erkennen Sie an, dass das toll ist, Herr Kienscherf!)

Es gab dann ein entsprechend großes Presse-Tohuwabohu, aber dieses Papier ist nicht das, was diese Stadt braucht. Es ist nicht das, was die Kinder in dieser Stadt brauchen, was hilft, um Kindervernachlässigung letztendlich zu verhindern, sondern es sollte der Senatorin nur ein wenig Luft verschaffen. Letztendlich ist alles nur Stückwerk, es sind Halbwahrheiten, die Sie hier präsentiert haben, Frau Senatorin, und es sind Andeutungen und Altbekanntes.

(Wolfhard Ploog CDU: Unfug!)

Man kann einige Beispiele nennen. Sie verweisen in Ihrer Drucksache unter anderem auf das Thema Schulpflichtverletzung. Das haben wir im Frühjahr breit diskutiert und damals schon gesagt, Sie hätten mit den Schulpflichtverletzungen ganz anders umgehen können; das haben Sie aber nicht. Wir haben es im Frühjahr abschließend diskutiert und Sie bringen es in Ihre Drucksache wieder hinein, weil Sie nichts anderes haben.

B

(Wilfried Buss SPD: Hört, hört!)

Dann haben Sie das Thema KICK hineingebracht, die Reform des Jugendhilfegesetzes auf Bundesebene; auch altbekannt, auch gelaufen, nichts Neues, Frau Senatorin. Auch in diesem Fall war die Bundesregierung besonders initiativ, aber Sie haben es immer geschafft, sich mit fremden Federn zu schmücken.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

Auch eine wunderschöne Sache – das haben Sie am Montag auf Ihrer Pressekonferenz noch einmal dargestellt – sei die Hotline des Kinder- und Jugendnotdienstes, die es ab Januar in Hamburg geben werde. Liebe Senatorin, seit mehreren Jahren gibt es eine Hotline in Hamburg

(Klaus-Peter Hesse CDU: Haben Sie das immer noch nicht verstanden, Herr Kienscherf?)

und deswegen brauchen Sie die Stadt nicht zu veräppeln. Sie schaffen keine neue Hotline, Sie schaffen nur eine andere Art der Telefonvermittlung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Hesse, Sie haben nicht verstanden, dass man nicht nur eine Hotline braucht, sondern auch eine entsprechende PR-Kampagne, damit diese Hotline auch bekannt wird. Aber über diese PR-Kampagne steht nichts in dieser Drucksache und das ist schade.

Frau Senatorin, Sie haben auch das Thema ASD angesprochen und da ist es in der Tat überraschend, dass Sie gestern zum Fazit gelangten, der ASD hätte bei den ak-

tuellen Fällen gut funktioniert; das muss ich irgendwie missverstanden haben. Bisher habe ich es so verstanden, dass die Polizei funktioniert hat, denn die Polizei war es, die die Kinder befreit hat und nicht der ASD. Frau Senatorin, das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Deswegen ist die Forderung der Sozialdemokraten richtig, eine zentrale Polizeistelle einzurichten, damit Kindern entsprechend schnell geholfen werden kann. Der ASD funktioniert nicht, Frau Senatorin. Das haben die Bürger begriffen, das müssen wir tagtäglich erleben und die Kinder in unserer Stadt erleiden.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wer ist denn dafür verantwortlich?)

Und was tun Sie? Sie sagen, zukünftig soll es zehn Stellen geben, befristet auf zwei Jahre, und das vor dem Hintergrund, dass heute schon 20 Stellen unbesetzt sind und schon 300 Fälle darauf warten, bearbeitet zu werden. Frau Senatorin, was soll in dieser Stadt eigentlich noch alles passieren, damit Sie endlich bereit sind zu handeln?

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ganz tragisch wird es dann beim Thema Kita; das haben wir vorhin auch schon angesprochen. Jetzt heißt es auf einmal, die Kindergärten seien aufgefordert, besser zusammenzuarbeiten, vielleicht sollte man da auch einmal etwas machen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Alle Beteiligten, alle!)

Sie waren doch auch da, Herr Hesse, als uns im Sonderausschuss berichtet worden ist, welche fatalen Folgen es hatte, als Frau Schnieber-Jastram die Ganztagsplätze auf der Veddel und in Neuwiedenthal reduziert hat. Sie ist es doch, die der Kindervernachlässigung in dieser Stadt durch ihre verfehlte Politik Vorschub leistet.

(Beifall bei der SPD – Wolfhard Ploog CDU: Das ist ungeheuerlich!)

– Das ist nicht ungeheuerlich, das ist eine Tatsache.

(Wolfhard Ploog CDU: Das ist unglaublich, was Sie sagen!)

Von daher wurde auch dort zu kurz gesprungen.

Wenn Sie das Thema Fortbildung in Ihrer Drucksache ansprechen, dann nennen Sie keine konkreten Maßnahmen und wenn wir dann im Sonderausschuss bei der Schulsensorin nachfragen, wie es denn mit den Lehrern sei, wie es mit den Sozialpädagogen sei, ob die denn eine rechtliche Unterstützung bekämen, dann ist Ihre lapidare Antwort, das haben die alle während ihrer Berufsausbildung gehabt und das muss langen. Das ist Ihre Politik, Frau Senatorin.

(Beifall bei der SPD und bei Manuel Sarrazin GAL)

Meine Damen und Herren! Was wir in dieser Stadt brauchen,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Ist eine neue Opposition!)

ist keine neue Opposition, Herr Hesse,

(Michael Neumann SPD: Sie sind die neue Opposition!)

sondern eine neue Sozialsensorin.

C

D

A (Lachen bei der SPD und der GAL)

Was wir brauchen, ist eine unvoreingenommene Diskussion über die Missstände in dieser Stadt, ist eine klare Analyse, aber auch klare Handlungen. Das bedeutet, wir müssen die Jugendämter besser ausstatten, wir müssen die präventiven Hilfen ausbauen, wir müssen niedrigschwellige Hilfesysteme schaffen, aber wir müssen auch eine neue Verbindlichkeit schaffen und wir müssen es schaffen, dass die Jugendämter frühzeitiger agieren und nicht nur reagieren.

Wir Sozialdemokraten fordern Sie daher auf, unseren Antrag zur Einführung verbindlicher U-Untersuchungen zu unterstützen. Frau Senatorin, fangen Sie endlich an zu handeln, beenden Sie das Leid von Kindern in dieser Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen einmal, was wir ganz sicher nicht in dieser Stadt brauchen. Das sind populistische Schnellschüsse und populistische Politiker.

(Beifall bei der CDU)

Eine Kindheit in Hamburg ist nicht für alle Kinder eine Zeit des behüteten Aufwachsens in einer intakten Familie.

(*Christiane Blömeke* GAL: Jetzt kommt die Fortsetzung!)

B Der Tod der kleinen Jessica Anfang dieses Jahres hat uns alle sehr erschüttert – das ist gar keine Frage –, mich persönlich als Vater von zwei Töchtern, von denen eine ähnlich alt war wie die kleine Jessica, auch sehr. Ebenso als Lehrer im Stadtteil Jenfeld ist mir die ganze Sache sehr nahe gegangen. Aber an dieser Stelle möchte ich einmal ausdrücklich sagen – es wird immer viel über Stadtteile wie Jenfeld geredet –, dass der Stadtteil mit Sicherheit besser ist als der Ruf, der zum Teil herbeigeredet wird, denn es ist durchaus ein Stadtteil mit Lebensqualität, mit netten Menschen; das erlebe ich tagtäglich.

(Beifall bei der CDU)

Ganz klar ist, dass gehandelt werden muss und es wurde sofort gehandelt. Bereits am 18. Mai haben wir in der Hamburger Bürgerschaft das Schulgesetz zur Einführung des Schulzwangs beschlossen. Bis September wurden 16 Fälle auf diese Art und Weise betreut. Unser Grundsatz zu handeln ist angemessen, zielorientiert, pragmatisch und kompetent; so kennen wir unsere Senatorin und Zweite Bürgermeisterin Frau Schnieber-Jastram.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Gibt es Neues?)

Es wird natürlich weiter gearbeitet. Die Drucksache "Hamburg schützt seine Kinder" ist ein Schritt in diese Richtung.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Ein Flickenteppich!)

Es wird weitere Verbesserungen geben. Ich möchte Ihnen noch einmal erläutern, dass nicht nur seit dem traurigen Fall von Jessica an diesem Thema gearbeitet worden ist, sondern das Problem vorher schon in Augenschein getreten ist.

(*Carola Veit SPD*: Ach so!)

C

Wir haben mit FIT schon frühzeitig reagiert und mit der Viereinhalbjährigen-Untersuchung ist ein ganz wichtiger Schritt unternommen worden. Weitere Beispiele sind: Seit 2003 hat das Familieninterventionsteam mittlerweile 25 Stellen und die Personalausstattung der Allgemeinen Sozialen Dienste in den Jugendämtern ist verstärkt worden, nicht nur durch FIT, sondern auch durch weitere Stellen. Ich unterstreiche auch, was die Senatorin gestern gesagt hat, dass die Allgemeinen Sozialen Dienste so gut arbeiten wie noch nie.

(Beifall bei der CDU)

Die Probleme, unter denen wir heute leiden, sind – das muss ich noch einmal deutlich sagen, auch wenn Sie die Zahl 44 nicht hören können – unter 44 Jahren SPD entstanden.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das wollen sie jetzt leugnen! – *Michael Neumann SPD*: Der lange Schatten der Geschichte!)

– Der lange Schatten der Geschichte holt Sie immer wieder ein, das ist wohl wahr.

(*Dr. Till Steffen* GAL: Sie haben lange geschlafen!)

– Geschlafen hat hier wohl jemand ganz anderes.

Fakt ist auch, dass durch die Viereinhalbjährigen-Untersuchung in den Schulen ein ganz wichtiger Meilenstein für die Kinder in unserer Stadt gelegt wurde. Die Überprüfung der geistigen, körperlichen und sprachlichen Entwicklung ist ein ganz, ganz wichtiger Schritt. Da haben Sie zu Anfang auch ein bisschen rumgenörgelt, aber nun haben Sie festgestellt, dass es doch eine gute Sache ist. Aber nichtsdestotrotz ist es halt so wie es ist: Unsere Erfolge wollen Sie nicht wahrhaben und ansonsten hört man von Ihnen hauptsächlich Genörgel.

D

Wir planen zurzeit eine Untersuchung der Dreijährigen im Zusammenhang mit den Kindertagesstätten und Kindergärten, wenn sie sich dort anmelden; auch das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Der Unterschied zwischen Ihren und unseren Planungen besteht darin, dass es nicht nur Ankündigungen sind wie zu Ihrer Zeit, sondern dass auch etwas folgt.

(Beifall bei der CDU)

Die Ankündigungssenatoren kamen von Ihrer Seite. Bei uns folgen den Ankündigungen Taten; das ist ein ganz deutlicher Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

2004 sind auch Handlungsempfehlungen für die Mitarbeiter, ist der Leitfaden für Hausbesuche erlassen worden. Das sind ganz wichtige Sachen zur Verwaltungsverbesserung und zum Ablauf der verschiedenen Handlungen. Verbessert wird auch die Zusammenarbeit zwischen Kita und Jugendamt. Das wischen Sie natürlich alles irgendwo vom Tisch, aber nichtsdestotrotz ist es ein ganz wichtiger Bereich, den ich noch einmal ausdrücklich unterstreichen möchte. Weiterhin ist geplant, durch die Verbesserung des Datenerfassungssystems PROJUGA die so genannte Elternakte einzuführen und ich nenne den Modellversuch "Baby im Bezirk".

Unsere Bürgermeisterin wird weiterhin viel anschieben. Sie hat schon viel angeschoben, sie ist auf dem richtigen Weg und hat unser uneingeschränktes Vertrauen.

A (Beifall bei der CDU – *Doris Mandel SPD*: Sie schieben und schieben, aber Sie kommen nie an!)

Ich möchte ein paar Worte zur Glaubwürdigkeit sagen. Herr Kienscherf hat erzählt, was ihm so alles nicht gefalle und wie traurig er das alles finde. Was die Zusammenarbeit mit Ihrer Fraktion anbetrifft, ist es aber so, dass, wenn es gerade passt, irgendwie versucht wird, etwas gemeinsam zu machen, wenn sich aber die Möglichkeit für eine kleine Schlagzeile ergibt, alles Schnee von gestern ist.

(Beifall bei der CDU)

Zum Schreiben Ihrer Erklärung von vor rund sechs Monaten – das waren wohl ein paar weniger – über die mangelnde Kooperationsbereitschaft des Senats: Die SPD hat ein interfraktionelles Prüfungersuchen vorgelegt, der Senat solle prüfen, ob die freiwillige Gesundheitsuntersuchung für Kinder verbindlich vorgeschrieben werden könne. Jetzt geben Sie als inoffizielle Begründung bekannt: Der Senat dulde keine interfraktionellen Anträge. Als ich das gelesen habe, habe ich mich sehr gewundert. Ich weiß nicht, ob Sie immer bei den Debatten oder Anträgen, die wir hier beschließen, dabei sind. Aber ich habe bei der Schnelldurchsicht 19 interfraktionelle Anträge gefunden! Unter anderem haben wir – das haben Sie selber gesagt – den Sonderausschuss interfraktionell eingereicht. Beim letzten Mal haben wir uns interfraktionell über Kinderlärm unterhalten. Das ist also alles nicht sehr glaubwürdig, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU)

B Was die U 1- bis U 9-Untersuchung der Kinder angeht, sind wir Ihrer Meinung; insofern verstehe ich auch das ganze Theater nicht.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Und warum unterstützen Sie das dann nicht?)

Wir wollen auch mehr Verbindlichkeit. Das Ziel ist klar, das Anliegen ist erkannt, wir wollen im Prinzip das Gleiche. Ich verweise noch einmal auf die Senatsmitteilung zum Schulzwang, Bürgerschaftsdrucksache 18/1962, dass der Senat dies bereits seit geraumer Zeit prüft. Sie brauchen nicht den Eindruck zu erwecken, Sie müssten irgendwie den Senat zum Arbeiten antreiben, sondern der Senat arbeitet fortlaufend.

Problematisch an dem Antrag ist, so gut wir ihn finden – aber es wäre auch unehrlich, dies zu verschweigen und dann einen interfraktionellen Antrag zu machen, wenn es Probleme gibt –, die Verpflichtung zu den U 1- bis U 9-Untersuchungen. Dies ist ein bundesweites Thema und betrifft auch die Kassenselbstverwaltung. Insofern haben wir keine landesrechtliche Kompetenz, diesen Punkt einfach ad hoc zu regeln. Da stehen wir durchaus auf Ihrer Seite, aber es gibt auch keinen Zusammenhang, der hundertprozentig besagt, dass es einen positiven Nachweis zwischen den U-Untersuchungen und der Kindeswohlgefährdung gibt. Auch das müssen wir noch einmal genauer problematisieren.

Der Antrag ist in der Tat – ich will das noch einmal unterstreichen – eine vernünftige Sache; insofern überweisen wir ihn auch gerne. Das heißt nicht, dass wir ihn irgendwo im Ausschuss verscharren wollen,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Warum dann nicht in den Sonderausschuss?)

C sondern wir wollen konstruktiv daran mitarbeiten und wenn es Probleme gibt, dann ist der Ausschuss genau das richtige Gremium dafür. Es stellt sich die Frage, an welchen Ausschuss wir das Ganze überweisen wollen. Am sachgerechtesten, am dichtesten am Thema ist der Gesundheitsausschuss. Natürlich ist klar, dass dies auch den Bereich Kinder, Jugend und Familie betrifft, deswegen auch eine Überweisung an den Kinder-, Jugend- und Familienausschuss. Nun stellen Sie die Frage, warum nicht an den Sonderausschuss. Der Sonderausschuss ist, wie der Name schon sagt, ein Sonderausschuss. Wir haben vereinbart, dass wir den Sonderausschuss zum Ende des Jahres beenden wollen. Wenn wir jetzt wieder Überweisungen tätigen, macht das keinen Sinn. Insofern überweisen wir es an den Ausschuss, der dafür am geeignetsten ist.

(*Michael Neumann SPD*: Einfach beschließen!)

– Beschließen können wir es deshalb nicht, weil es noch Probleme in der Umsetzung gibt; deshalb muss die Arbeit in den Ausschüssen erfolgen und keine Schnellschüsse im Parlament.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Langsam ärgern mich Ihre Halbwahrheiten, die Sie hier verbreiten. Es ist immer wieder die gleiche Methode, die Sie anwenden. Zum einen beschäftigen Sie die Verwaltung mit relativ nutzlosen Anfragen, um Datenfriedhöfe zu erarbeiten, deren Sinn Sie selber nicht erfassen, und dann wird das Ganze mit Statistiken, Daten, eigenen Aussagen, Bewertungen und so weiter noch einmal zusammengekocht und fertig ist die SPD-Presseerklärung. So können wir nicht miteinander umgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Als nächstes hat der Abgeordnete Sarrazin das Wort.

Manuel Sarrazin GAL: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Abgeordnete Karen Koop, Abgeordnete der CDU-Fraktion und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, hat im ersten Redebeitrag an diesem Tag gesagt, sie möchte sich mit dem Thema "Vernachlässigte Kinder" nicht in der Aktuellen Stunde auseinander setzen, sondern unter diesem Debattenpunkt. Ich möchte Sie fragen: Wo ist Karen Koop?

(Beifall bei der GAL)

Trinkt sie gerade einen Tee oder einen Kaffee oder hat sie gerade einen Plausch oder will sie uns hier für doof verkaufen. So komme ich mir gerade vor. Ich möchte mit ihr gerne darüber diskutieren.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – *Dr. Andreas Mattner CDU*: Das verstehen noch nicht einmal Ihre eigenen Leute! – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, darf ich Sie kurz unterbrechen?

Meine Damen und Herren hinten an den Wänden und auch die Herren links von mir. Es ist eine unheimliche Unruhe. Ich möchte Sie bitten, wenn Sie etwas zu besprechen haben, dass dann draußen weiter zu führen. – Vielen Dank.

A **Manuel Sarrazin** (fortfahrend): Danke, Frau Präsidentin.

Die Regierungsfraktion erhört den Ruf der Opposition. Wenn das doch öfter so wäre. Danke, Frau Koop.

Herr von Frankenberg, Sie haben gesagt, den Zusammenhang zwischen den verbindlichen U-Untersuchungen und den vernachlässigten oder misshandelten Kindern sähen Sie nicht. Dabei wissen wir alle, dass gerade die Kinder, die unter Vernachlässigung oder Misshandlung leiden, meistens nicht von ihren Eltern zu den freiwilligen Angeboten mitgenommen werden, weil diese Eltern kein Interesse daran haben, dass diese Vernachlässigungen und Misshandlungen festgestellt werden. Wenn Sie hier diesen ganz deutlichen, einfach verstehbaren Zusammenhang nicht sehen wollen, so frage ich mich, ob Sie denn glauben, U 1 bis U 9 seien irgendwelche U-Bahn-Stationen in der HafenCity, wo das Planetarium, über das gerade geredet wird, stehen soll. Ich glaube, U 1 bis U 9 heißt für Sie schlichtweg unterirdisch und Ihre Rede war eher U 9 als U 1, nämlich ganz weit unten.

Aber ich möchte nicht zu sehr polemisieren, weil das Thema es eigentlich nicht verdient. Ich ärgere mich nur gerade ein bisschen über die Atmosphäre, die hier herrscht, nachdem das Planetarium anscheinend bei der Regierungsfraktion das wichtigste Thema am heutigen Tag war und die vernachlässigten Kinder kein Interesse mehr hervorrufen.

Wir diskutieren heute das Versagen von Menschen und Familien. Wir diskutieren, was wir dagegen tun können und auch dagegen tun müssen, damit in Zukunft keine Kinder mehr unter Vernachlässigung leiden. Dieses Versagen – das möchte ich ganz klar sagen – ist ein Versagen der Gesellschaft, nicht nur der Politik, aber auch der Politik, nicht nur einzelner Parteien, es ist zunächst ein Versagen der Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns alle in diesem Hause ist in den Sitzungen des Sonderausschusses wahrscheinlich am Deutlichsten geworden, dass wir hier und heute das Versagen von Politik diskutieren; das haben uns die bekannten Fälle vor Augen geführt. Die politisch geschaffenen Strukturen in dieser Stadt sind nicht hinreichend, um die Kleinsten auch nur vor dem allergrößten Leid zu bewahren. Deswegen sind wir alle, aber auch Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, aufgefordert, diese Strukturen zu verändern. Wir müssen zielsicher, schnell, aber auch schlagkräftig und hinreichend reagieren.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Der erste Schritt, Herr Sarrazin!)

Herr Hesse, der Senat hat eine Drucksache vorgelegt. Sie sagen, damit reagierten Sie. Ich möchte Ihnen heute nachweisen, dass Ihre zuständige Senatorin, Frau Schnieber-Jastram, und ihre Behörde diese Aufgabe weder schnell genug noch zielsicher, aber vor allem nicht hinreichend angeht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Für uns, Frau Senatorin, war die Arbeit des Sonderausschusses sehr aufschlussreich. Der Sonderausschuss hat deutlich gezeigt, dass in Hamburg beim Kinderschutz sehr viel im Argen liegt. Die Allgemeinen Sozialen Dienste sind unterbesetzt, die Behörden sind schlecht vernetzt, es fehlt ein verbindlicher Umgang mit Anzeichen von Kindeswohlgefährdung. Das alles sind fehlende Ma-

schon, sodass man in Hamburg wohl kaum von einem Netzwerk Kindeswohl reden kann, sondern viel eher von einem Stückwerk Kindeswohl reden muss – leider.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

In Hamburg gibt es beim Schutz vor Kindeswohlgefährdung große strukturelle Defizite. Die Arbeit des Sonderausschusses hingegen war erkenntnisreich. Es wurden viele Vorschläge von Experten und Betroffenen gemacht und diese Vorschläge haben auch enthalten, wo und wie etwas besser zu machen ist. Deswegen sagen wir als Grüne, als Ergebnis des Sonderausschusses ist es notwendig, umfassende strukturelle Verbesserungen und Veränderungen vorzunehmen. Aus diesem Stückwerk Kindeswohl muss ein Netzwerk Kindeswohl gemacht werden und dazu bedarf es politischer Handlungen. Diese politischen Handlungen – jetzt komme ich zurück zu Herrn Hesse – fallen zu einem wesentlichen Teil in die direkte politische Regelungskompetenz sowohl des Parlaments als auch der Regierung. Wir machen deswegen Vorschläge.

Der Fall in Wilhelmsburg letzte Woche, der so sehr an die schrecklichen Umstände, unter denen Jessica gestorben ist, erinnert, zeigt uns, dass wir in Hamburg mit den vorhandenen Maßnahmen nicht in der Lage sind, Kinder effektiv vor Vernachlässigung und Misshandlung zu bewahren. Wenn Problemlagen und das, was in Familien passiert, in den Behörden bekannt sind, aber gleichzeitig die Behörden nicht in der Lage sind, rechtzeitig dagegen einzugreifen, dann ist es Aufgabe der Senatorin, strukturell dafür zu sorgen, dass zukünftig besorgniserregende Informationen, auf die mit behördlichem Handeln reagiert werden muss, im Rahmen eines professionellen Case-Managements nicht nur aufbewahrt, sondern auch stets an die geeigneten Stellen weitergegeben werden.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Da sind wir ja zusammen!)

Auch hierzu wurden im Sonderausschuss konkrete Vorschläge gemacht, nur Frau Schnieber-Jastram scheint den Handlungsbedarf bisher nicht zu sehen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Warten Sie ab, bis wir die Senatsanhörung haben!)

Wir fordern noch ein Weiteres, was Herr Kienscherf schon angesprochen hat. Wir sagen, die verbindlichen U-Untersuchungen sind eine wesentliche Möglichkeit, um zukünftig Merkmale von Vernachlässigung und Misshandlung zu erkennen. Deswegen wollen wir dieses Instrument gemeinsam mit Ihnen schaffen, auch wenn uns nicht klar ist, warum Sie das nicht wollen. Für uns Oppositionelle darf nach dem Erkennen nicht Schluss sein. Deswegen fordern wir in Hamburg außerdem die Anwendung eines Projekts wie "Fangnetz" in Amsterdam, das nach einer erfolgten oder auch nach einer nicht erfolgten Untersuchung, weil die Eltern mit den Kindern nicht gekommen sind, nachhakt und versucht, mit positiven Angeboten in die Familien zu gehen.

Nun können Sie sagen, das finde ich berechtigt, die GAL hat alles in allem praktikable Vorschläge gemacht, dem würde ich zustimmen. Ich möchte Sie aber in der Hoffnung, dass die Senatorin zu diesem Thema hier gleich reden wird, bitten, sich bei der Rede der Senatorin ein paar Fragen zu stellen. Ich möchte Sie bitten, sich zu fragen, was sagt Frau Schnieber-Jastram zu den wesent-

- A lichen Aufgaben, die ich beschrieben habe, der Verbesserung der Vernetzung der Zusammenarbeit.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Haben Sie nicht zugehört? – Karl-Heinz Warnholz CDU: Wozu gibt es Kleine Anfragen?)

Was sagt Sie zur Verbindlichkeit im Umgang mit erkannten Vernachlässigungen und Misshandlungen und vor allem, welche Erkenntnisse zieht die Senatorin aus dem existierenden Stückwerk Kindeswohl? Welche strukturellen Änderungen will die Senatorin vornehmen, um der Lage endlich Herr zu werden?

Um meine Gedanken noch an ein paar Beispielen deutlich zu machen: Prüfen Sie einfach mal, ob Sie wirklich davon überzeugt sind, dass diese Frau die so drängenden Probleme angehen und lösen wird, wenn im Senatskonzept mit dem schönen Namen "Hamburg schützt seine Kinder" das so drängende Problem der Unterbesetzung der Allgemeinen Sozialen Dienste noch nicht einmal mit der Besetzung aller vorgesehenen Planstellen beantwortet wird,

(Beifall bei der GAL)

gleichzeitig aber dieser ASD nach Auskunft desselben Senats in dem eigenen Senatskonzept das Kernstück der zukünftigen Vernetzung aller Beteiligten darstellen soll. Ich halte das schlicht und einfach für fahrlässig, das so zu machen.

- B Die Frage ist aber auch: Glauben Sie, dass diese Frau die so drängenden Probleme angehen und lösen wird, wenn das Problem, dass die wichtigen Informationen innerhalb der Verwaltung unserer Stadt nicht von einem Amtszimmer ins nächste kommen, damit beantwortet wird, dass man, wie mit dem Konzept Elternakte vorgelegt, Akten länger aufbewahrt und sie nicht besser weitergibt? Die Frage, wie die Informationen, bei welcher Familie eigentlich Handlungsbedarf besteht, von einem Amtszimmer ins nächste kommen soll, ist von Ihnen nicht beantwortet worden und das ist wirklich fahrlässig. Das ist eine dringende Aufgabe, die sofort gelöst werden müsste.

Glauben Sie, dass diese Senatorin die Probleme lösen wird, wenn man den Senat auf Modellprojekte anspricht, wie zum Beispiel das bestehende Bundesmodellprojekt in Magdeburg, und der Senat dann darauf antwortet, das, was in anderen Städten passiere, sei grundsätzlich auch nicht besser als das, was in Hamburg passiere und deswegen auch nicht besonders interessant.

Ich möchte Sie bitten: Stellen Sie sich diese Fragen, wenn Frau Schnieber-Jastram gleich redet und prüfen Sie für sich, ob Sie glauben, dass sie in der Lage ist, diese Probleme zu lösen. – Danke sehr.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Bürgermeisterin Schnieber-Jastram.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Sarrazin, einfach zuhören oder manchmal lesen, denn in der vorliegenden Senatsdrucksache "Hamburg schützt seine Kinder" hat der Senat die Maßnahmen zusammengestellt, die er nach dem Tod der kleinen Jessica beschlossen hat, im Grunde natürlich auch nach den langen Anhörungen, nach den langen Diskussionen im zuständi-

gen Sonderausschuss, eine Gefährdung des Kindeswohls so frühzeitig zu erkennen wie irgend möglich, so frühzeitig notwendige Hilfen bereitzustellen wie irgend möglich und solche Vernachlässigung wie wir sie in Wilhelmsburg erlebt haben, möglichst zu vermeiden. Das ist unser aller und eine gemeinsame Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Dass dieses Thema so breit wahrgenommen wird in der Stadt, dass es inzwischen die Bürger in der Stadt umtreibt, wird, glaube ich, zumindest daran sehr, sehr deutlich, dass die Zahl der Hinweise steigt. Wir haben es schon nach dem Fall von Jessica sehr deutlich gemerkt. Es bleibt nicht aus, dass mehr Fälle bekannt werden und dass die Behörden dann dadurch auch in die Lage kommen, zu intervenieren. So unerfreulich diese Fälle jeweils sind, so gut ist es doch, dass sie erkannt werden, und zwar möglichst frühzeitig.

Bei allen Diskussionen um die jüngsten Fälle lassen Sie mich noch einmal darauf hinweisen, dass es ein Irrglaube wäre zu meinen, der Staat sei in der Lage, jede Vernachlässigung von Kindern zu verhindern. Das wissen Sie auch ganz genau. Sie kennen die Verhältnisse doch auch. Dem ist nicht so. Dem ist auch nicht so, wenn Sie ständig den Eindruck erwecken wollen. Es wird dadurch nicht anders. Das Erziehungsrecht der Eltern genießt verfassungsrechtlichen Schutz und in dieses Recht – ich wiederhole es noch einmal – kann der Staat nur eingreifen, wenn er sicher ist und wenn er auch beweisen kann, dass die Eltern ihre Pflichten verletzen.

(Zurufe von der GAL – Doris Mandel SPD: Dann muss mal einer gucken gehen!)

Ich sage das vor dem Hintergrund, dass die Opposition dem Senat und auch mir persönlich vorgeworfen hat, wir seien bei Kindeswohlgefährdung nur reaktiv tätig und würden den Gedanken der Prävention vernachlässigen.

(Dirk Kienscherf SPD: Ist ja auch so!)

Noch einmal: Die geschlossene Tür einer Familie dürfen wir nicht aufbrechen, es sei denn, es liegt ein großer Verdacht vor.

(Dirk Kienscherf SPD: Aber wenn schon zwei Kinder herausgenommen worden sind?)

Ich finde es wirklich maßlos, dass Sie glauben, Sie würden schon im Vorfeld immer genau wissen, was los ist. Dann empfehle ich Ihnen: Gehen Sie durch die Stadt und kleben Sie den Leuten etwas auf die Stirn, damit wir es auch erkennen.

(Beifall bei der CDU)

Unser Kinder- und Jugendhilferecht ist bezogen auf die Tätigkeit der Jugendämter in geradezu klassischer Weise reaktiv gestaltet.

Erstens: Erst wenn eine Rechtsgutverletzung vorliegt oder eine ganz konkrete Gefahr für die Rechtsgutverletzung besteht, ist das Jugendamt befugt, zu intervenieren, dann ist das Jugendamt befugt, hoheitlich zu handeln.

Zweitens: Es wird immer übersehen, welche Anstrengungen gerade dieser Senat unternommen hat und noch unternimmt, um die Erziehungskraft der Eltern zu stärken.

(Beifall bei der CDU)

- A Wir setzen hier wirklich ganz früh an, ob es HIPPY-Projekte in Billstedt sind, ob es Wellcome-Projekte über die ganze Stadt verteilt sind, ob es Hebammen-Projekte im ganzen Stadtgebiet sind, die niedrig schwelligen präventiven Hilfen sind in einer Art und Weise ausgebaut, dass wir damit viele erreichen, nicht alle und das ist unser Problem.

Im Übrigen erlaube ich mir noch einmal den Hinweis, dass wir mit dem Modellversuch "Baby im Bezirk" eine Maßnahme ergreifen, die auch präventive Hilfe entfaltet. Im Bezirk Altona wird, sobald diese technischen Voraussetzungen geschaffen sind, im kommenden Jahr probenhalber jede Geburt und jeder Zuzug eines kleinen Kindes an das Jugendamt übermittelt. Herr Sarrazin, Sie können dann gerne mal ein Praktikum im Bezirk machen. Dann werden Sie wissen, wie die Arbeit dort funktioniert und die Akten hin und her transportiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Solch ein Verfahren gibt es übrigens bei keinem deutschen Jugendamt. Wir sind an dieser Stelle vorbildlich und das ist gut und wichtig.

Der zweite wichtige Punkt ist, dass jeder, der sich in Verwaltung etwas auskennt, weiß, dass die Aufbewahrungsfristen für bestimmte Jugendakten auf zehn Jahre verlängert werden. Auf diese Weise entsteht das, was man eine elektronische Elternakte nennt. Das heißt, die Informationen über Eltern, die schon einmal auffällig geworden sind, gehen nicht mehr verloren. Eine entsprechende Regelung in den Dienstvorschriften der Jugendämter ist jetzt ausgearbeitet. Sie geht in das formale Verfahren zur Inkraftsetzung.

- B Jetzt noch ein Wort zum ASD. Da gibt es immer wieder die Mär von dieser ganz schlechten Stellenausstattung. Ich weiß nicht, ob das in den letzten Legislaturperioden auch solch eine Rolle gespielt hat.

(Dirk Kienscherf SPD: Heute, heute!)

Aber ich darf Ihnen nur eine Zahl sagen: Im Jahre 2000: ASD-Stellenausstattung 213,58, im Jahre 2005: 250,38. Das ist die Situation und das ist der ASD heute.

(Beifall bei der CDU – Klaus-Peter Hesse CDU: Aber damals war ja alles besser!)

Wie kein Vorgängerserrat hat dieser Senat Entlastungen für die Allgemeinen Sozialen Dienste geschaffen. Durch das FIT 25 Stellen, 20 weitere Stellen in 2004, 10 weitere Stellen in 2005. Da können Sie getrost aufhören, sich zu beklagen. So etwas haben Sie nicht zustande bekommen.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang noch etwas Wichtiges, was es früher auch nie gegeben hat: Unsere Behörde hat eine exzellente Zusammenarbeit mit der hamburgischen Polizei. Ich glaube, ich kann mir zu Recht etwas darauf einbilden, dass ich die erste Sozialsenatorin in dieser Stadt war, die jemals ein Gespräch mit dem Polizeipräsidenten dieser Stadt hatte.

(Erhard Pumm SPD: Wie bitte? – Dr. Willfried Maier GAL: Mit diesem?)

Das klassisch schlechte Verhältnis zwischen Jugendbehörde und Innenbehörde ist aufgelöst. Es ist daraus ein konstruktiver, guter Dialog entstanden,

(Beifall bei der CDU)

der auch in diesem Fall wichtig ist, denn etliche nicht erkannte Fälle von Kindesvernachlässigung sind nur gemeinsam mit der Polizei zu bewältigen. Wir sind auf diese gute Kooperation angewiesen.

Ich finde es schon interessant, dass die SPD nicht möchte, dass die Bürger hier mitarbeiten.

(Zuruf von Uwe Grund SPD)

– Das haben Sie sehr wohl gesagt.

(Dirk Kienscherf SPD: Sie verlagern Verantwortung! – Gesine Dräger und Uwe Grund beide SPD: Sie wollen die Bürger verhaften, um Ihre Missstände zu kaschieren!)

– Sie haben sehr wohl in Ihrer Rede gesagt, Herr Kienscherf, es sei peinlich, die Bürger aufzufordern, mitzuarbeiten. Ich wiederhole hier noch einmal: Ich fordere alle Hamburgerinnen und Hamburger auf, hier Sensibilität zu zeigen zum Wohle der Kinder, die in Gefahr sind.

(Beifall bei der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Die Verantwortung überzuwälzen, das ist peinlich!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, wir führen hier in der Tat eine etwas seltsame Debatte. Ich bin erstaunt darüber, mit welcher Aggressivität,

(Bernd Reinert CDU: Ihrerseits stimmt das!)

mit welchen unwahren Behauptungen und herbeikonstruierten Spitzen hier gegen die Opposition argumentiert wird. Ich glaube, dass diese Aggressivität wenig mit dem zu tun hat, was die Opposition an Arbeit bei diesem Thema geleistet hat, sondern viel damit zu tun hat, dass Sie acht Monate, nachdem Jessica gestorben ist, vor der Situation stehen, dass Sie nichts in die Wege geleitet haben und es Kindern in dieser Stadt nach wie vor schlecht geht, die eigentlich die Hilfe des Staates brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben hier am 9. März mit einem großen Konsens diskutiert, als Jessica gestorben ist. Wir wollten auf die große Betroffenheit in der Stadt reagieren, dass in dieser Stadt so etwas passiert. Wir haben uns gemeinsam darauf verständigt, im Sonderausschuss zu arbeiten und uns Gedanken zu machen, wie wir hier besser werden können und wie wir unser Hilfesystem so verändern können, dass diese Kinder erreicht werden.

Ich meine, es gab auch einen Konsens zu sagen, dass Jessica die Spitze eines Eisberges war. Ich habe es so verstanden, dass der Konsens auch darin lag, dass wir diesen Eisberg erreichen wollen. Da reicht es nicht, Frau Senatorin, wenn Sie hier sagen, wir können nicht hinter die geschlossene Tür gucken. Wer so etwas sagt, verzichtet auf Aufklärung all der Kinder, die wir mit dem Bild des Eisberges versucht haben, zu erfassen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Auch wenn man Ihre Drucksache liest, finde ich wenig über die Debatten wieder, die wir im Ausschuss ganz

C

D

- A intensiv geführt haben. Wir haben uns immer wieder gefragt, wie wir diese Familien erreichen können. Da haben wir uns nicht mit Grundsatzabwägungen befasst, die Familie sei zuständig und der Staat könne nicht handeln. Uns interessiert, wie wir diesen Kindern helfen können. Der eine Weg, den wir besprochen haben, ist, dass wir etwas brauchen, womit wir alle Kinder ansprechen können. Da waren sich alle Expertinnen und Experten einig – auch der Kollege Weinberg, der Ihre Fraktion verlassen hat – und haben gesagt: Die Verbindlichkeit dieser U-Untersuchungen wäre das beste Instrument, um alle Kinder in dieser Stadt zu erreichen, damit sie wenigstens in bestimmten Abständen einmal beim Arzt vorgestellt werden. Wenn die Ärzte so geschult sind, dass sie Vernachlässigung erkennen können, dann wäre das ein wirksames Mittel. Sie haben aber in den letzten Monaten eine Posse um diese Forderung aufgeführt, die eigentlich konsensual war. Herr von Frankenberg, was Sie hier gesagt haben, war wirklich unwürdig. Unsere Fraktion hat an Ihren Fraktionsvorsitzenden einen Brief geschrieben mit der Bitte, diesen Antrag zu unterstützen. Sie haben uns zwei Monate mit falschen Aussagen hingehalten und uns Woche um Woche vertröstet und die Zustimmung der CDU-Fraktion in Aussicht gestellt.

Es findet sich in dem Antrag sogar eine Passage, die ausdrücklich auf Ihren Wunsch in diesen Antrag hineinformuliert wird und trotzdem können Sie sich hier nicht durchringen, diesem Antrag zuzustimmen. Ich bedauere das wirklich, weil wir bundesweit eine hohe Aufmerksamkeit haben, wie Hamburg nach diesem Todesfall reagiert. Ich glaube, es wäre eine angemessene Reaktion gewesen, wenn in der Stadt, in der Jessica zu Tode gekommen ist, diese Initiative ergriffen wird, die über Hamburg hinaus vielen Kindern in Deutschland helfen könnte und diese Chance haben Sie vertan.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte über einen zweiten Debattenpunkt berichten, der auch nichts damit zu tun hat, dass die staatliche Hilfe an der Tür enden muss, was Unsinn ist. Wir haben diskutiert, wie wir Eltern erreichen können und sind übereingekommen, dass wahrscheinlich nicht alle gleichermaßen ihre Kinder vernachlässigen, sondern dass es bestimmte Risikogruppen gibt.

Die eine Risikogruppe taucht auch in den Fällen auf, die jetzt wieder diskutiert werden: Das sind suchtabhängige Menschen, das sind alkoholabhängige Menschen, das sind Menschen, die von harten Drogen substituiert sind. Diese Gruppe taucht besonders häufig auf, wenn es um Kindesvernachlässigung geht. Da ist unser Staatsverständnis, sich nicht damit zufrieden zu geben und zu sagen, wir können nichts machen, wenn kein Nachbar angerufen hat, die Hilfe endet an der Tür, sondern wenn wir Hinweise auf eine Suchterkrankung von Eltern haben, dann muss das ein Anlass für Jugendämter sein, von sich aus aktiv zu handeln. Dieser Gedanke findet sich überhaupt nicht in Ihren Überlegungen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ein weiterer Punkt der Kooperation. Auch dazu haben Sie viel geschrieben, aber sie sind doch durch die Realität widerlegt worden. Die Fälle, die in Zeitungen zu lesen sind, sind dadurch entstanden, weil Behörden nicht in der Lage sind, die Akte von einem Bezirksamt zum anderen weiterzugeben. Das sind doch unhaltbare Zustände, über die wir uns schon vor acht Monaten entrüstet haben und

bei denen immer noch keiner versteht, warum das in dieser Stadt nicht abgestellt wird, Kinder durch das Netz fallen, weil eine Akte nicht von einem Bezirksamt zum anderen getragen wird und das finde ich unerhört.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich glaube, der letzte Punkt ist dann auch der kontroverseste. Wir sind davon überzeugt, dass wir vernachlässigten Kindern in dieser Stadt nur helfen können, wenn das Hilfesystem auch ausgebaut wird. Deshalb muss der Abbau von Ganztags-Kita-Plätzen, den Sie betrieben haben, rückgängig gemacht werden und müssen die Einrichtungen qualifiziert werden, um auch Eltern ein Angebot zu machen. Das ist das, was wir machen müssten und was auch in Großbritannien mit den Early Excellence Centern erfolgreich gemacht wird. Wir brauchen natürlich einen ASD, der in der Lage ist, die Probleme zu bewältigen. Wir haben uns im Ausschuss viel über die Arbeit des ASD angehört, die dort sehr positiv dargestellt wird. Alle, die mit offenen Augen und Ohren durch die Stadt gehen und sich mit Einrichtungen von Kindern und Jugendlichen über die Arbeit des ASD austauschen, bekommen diese positive Rückmeldung nicht, Frau Senatorin. Sie haben im Ausschuss zugegeben, dass dort ein bestimmter Widerspruch ist. Dieses Thema gehen Sie nicht an. Stattdessen haben Sie den ASD-Mitarbeitern einen Maulkorb erteilt, damit darüber nicht im Ausschuss diskutiert werden kann. Sie haben mit Terminen getrickst, damit das nicht erörtert werden kann und damit fehlt erneut ein wesentlicher Baustein, mit dem Kindern in dieser Stadt besser geholfen werden könnte.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zum Schluss will ich noch einmal sagen, dass sich der Prozess Jessica dem Ende nähert. Ich hätte es angemessen gefunden, wenn solch ein Vorschlag wie die U-Untersuchungen verbindlich zu machen zeitgleich mit dem Ende des Prozesses von diesem Parlament verabschiedet worden wäre. Sie werden sich in den nächsten Tagen von einer bundesweiten Öffentlichkeit fragen lassen müssen, was der Senat in den letzten acht Monaten getan hat und Ihre Bilanz sieht erschreckend aus.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Meyer-Kainer.

Marita Meyer-Kainer CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Schutz der Kinder vor Vernachlässigung und Gewalt ist die wichtigste Aufgabe des Staates, der Gesellschaft insgesamt. Es erfüllt uns alle mit Trauer und Entsetzen, dass es in unserer scheinbar so modernen Zeit, in der wir alle jederzeit erreichbar sind, Kinder gibt, die für uns nicht erreichbar sind, von deren Existenz und Leiden wir nichts wissen oder zu spät davon erfahren. Einseitige Schuldzuweisungen sind hier ebenso fehl am Platz wie der Verweis auf gute Taten. Wir sitzen alle in einem Boot und es gibt nur ein Ziel: Unsere Kinder mit aller Kraft und ohne Einschränkung zu schützen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der Opposition! Ich möchte nun auf einige Punkte eingehen, die Sie hier heute kritisieren. Stichwort: ASD. Der Senat hat die Personaldecke ASD mehrmals verstärkt.

A (Dirk Kienschurf SPD: Das haben Frau Schnieber-Jastram und Herr von Frankenberg gesagt! – Bernd Reinert CDU: Das waren die Bezirksämter!)

Mit insgesamt 25 Stellen wurden die Jugendämter deutlich entlastet. Der Senat hat zudem im Rahmen der Neuausrichtung der Jugendhilfe 20 Stellen aus dem Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung in die Allgemeinen Sozialen Dienste verlagert und wird dem ASD darüber hinaus nochmals zehn Fachkräfte für zwei Jahre zusätzlich zur Verfügung stellen.

(Zuruf von Petra Brinkmann SPD: Wo kommen die denn her?)

Die Allgemeinen Sozialen Dienste sind damit heute deutlich besser ausgestattet als noch vor fünf Jahren. Die Besetzung der Stellen ist allerdings Sache der Bezirke. Wenn dann diese Stellen nicht besetzt werden, muss die Kritik die Bezirke treffen.

(Beifall bei der CDU – Dirk Kienschurf SPD: Richtig, die sind Schuld!)

Mindestens so wichtig wie die personelle Ausstattung sind aus meiner Sicht jedoch die Koordination der Abläufe und die Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Dienststellen.

(Dirk Kienschurf SPD: Da haben Sie ja viel Erfahrung!)

Informationen müssen so schnell wie möglich weitergeleitet werden und dürfen nicht etwa bei den Umzügen verloren gehen. Hier hat der Senat eine Reihe von Maßnahmen in die Wege geleitet, die längerfristig sicherlich ein ganz anderes Bewusstsein stärken und schaffen werden. Ich verweise exemplarisch auf die Einführung des Schulzwanges im Frühjahr dieses Jahres. Bis September wurde diese Regelung bereits 16 Mal angewandt. Wir werden zudem ab dem Schuljahr 2006/2007 ein zentrales Schülerregister einführen und den Datenaustausch mit den Familienkassen prüfen. Seit Oktober haben die Jugendämter bereits die Möglichkeit, zum Schutz des Kindeswohls auch gegen den Willen der Eltern aktiv zu werden.

(Dirk Kienschurf SPD: Sollen sie es mal machen!)

Auch die Träger sind entsprechend verpflichtet, Selbsthilfe zu leisten und das Jugendamt zu informieren. Akten, die Aufschluss über Kindeswohlgefährdung geben, müssen künftig in den Jugendämtern zehn statt bisher fünf Jahre nach der letzten Eintragung aufbewahrt werden.

(Dirk Kienschurf SPD: Das bringt es ja auch, wenn die da vergammeln!)

Zudem wird die Erreichbarkeit der Jugendämter durch die Einrichtung einer zentralen "Hotline Kinderschutz" verbessert, die 24 Stunden erreichbar ist. Auch die Kindergärten werden in das neue Schutzsystem einbezogen. Alle Kinder, die einen Kita-Gutschein aus Gründen des sozialen oder pädagogischen Bedarfs erhalten, werden in enger Vernetzung mit den Jugendämtern besonders beobachtet. Das sind nur einige Beispiele für Maßnahmen, die wir ergreifen werden, um Fälle der Vernachlässigung schneller und besser zu erfassen und den Betroffenen zu helfen. Darüber hinaus werden zum Teil schon bestehende Handlungsmöglichkeiten überarbeitet und die frühen Hilfen für Familien in Belastungssituationen weiterentwickelt.

C Nun mögen Sie sagen, meine Damen und Herren von der Opposition, dies reiche alles nicht, denn schließlich reißen die Fälle nicht ab. Am Wochenende erreichte uns wieder eine Nachricht. Dazu nur so viel.

(Dirk Kienschurf SPD: Was sagt denn Herr Fischer dazu?)

Einen absoluten Schutz gegen Verletzungen des Kindeswohls kann es meines Erachtens nicht geben.

(Beifall bei der CDU)

Selbst ein absoluter Überwachungsstaat

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wer will das schon!)

könnte dies nicht leisten. Wir müssen den Eltern ein Stück vertrauen. Wenn es Anhaltspunkte gibt, dass wir nicht mehr vertrauen können, dann gilt es in diesem Fall sofort zu handeln.

(Dirk Kienschurf SPD: Das passiert ja nicht!)

– Im Fall Wilhelmsburg ist dies erfolgt. Dass jetzt mehr Fälle auftreten, heißt nicht, dass es diese Fälle früher nicht gab. Wir sind nur, meine Damen und Herren, alle wachsamer geworden. Im größten Hamburger Jugendamt, in Wandsbek, sind die Meldungen im zweiten Quartal 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 26,7 Prozent gestiegen.

(Christiane Blömeke GAL: Aber acht unbesetzte Stellen! – Dirk Kienschurf SPD: Aber warum sind die gestiegen?)

Das ist, auch wenn es traurig macht, eine gute Nachricht, denn der Schutz der Kinder bedarf unser aller Aufmerksamkeit und je mehr Problemfälle bekannt werden, umso gezielter kann geholfen werden.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kienschurf?

Marita Meyer-Kainer (fortfahrend): – Nein. Insofern fordere ich Sie alle auf, auch meine Damen und Herren von der Opposition, zur konstruktiven Zusammenarbeit zum Schutz unserer Kinder in Hamburg.

(Beifall bei der CDU – Doris Mandel SPD: Sonntagsreden! – Dirk Kienschurf SPD: Das hat Ihnen die Senatorin aber schön aufgeschrieben!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Sarrazin.

Manuel Sarrazin GAL: Frau Meyer-Kainer, Kolleginnen und Kollegen! Zu der Frage des absoluten Schutzes. Ich meine, man kann Kinder zumindest davor beschützen, dass es nicht mehr passiert, dass Akten, die weitergegeben werden sollten, nicht mehr weitergegeben werden und Sie haben das an diesem konkreten Fall festgemacht.

(Beifall bei der GAL)

Vielleicht fragen Sie sich, warum wir uns darüber streiten und auch emotional dabei sind. Das ist genau der Punkt, dass wir nicht davon überzeugt sind, dass Fälle wie die aus der letzten Woche in Wilhelmsburg durch die Maßnahmen, die dieser Senat vorschlägt, nicht wieder passie-

- A ren würden. Wir denken, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen. Deswegen streiten wir uns hier.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn die Senatorin sagt, der Staat könne nicht oder nur schwer in das Erziehungsrecht der Eltern eingreifen, so haben wir das auch im Sonderausschuss besprochen. Sie waren auch dabei. Ich bin zwar kein Jurist, aber mir wurde da erklärt, dass Artikel 6 des Grundgesetzes das Erziehungsrecht der Eltern regelt, aber Artikel 1 ist ein anderer. Artikel 1 ist das Recht auf die körperliche Unversehrtheit und der schlägt auch alle anderen Grundrechte, weil er am höchsten steht und in jeder juristischen Abwägung am größten gewertet wird.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Ansonsten wissen auch Sie, dass Artikel 16 BGB jeder Behörde nicht nur die Möglichkeit gibt, sondern auch die Verpflichtung auferlegt, dann, wenn sie meint, dass Gefahr im Verzuge sei, einzugreifen, und zwar jeder Behörde und jedem Beamten, gegebenenfalls unter Inanspruchnahme von Amtshilfe. Von daher sind juristische Möglichkeiten aus unserer Sicht durchaus vorhanden.

Wir glauben schlichtweg, dass der Senat nicht ausreichend handelt, wenn er selber ankündigt, dass seine Maßnahmen Stückwerk sind. Der Senat sagt selber, dass gewisse Maßnahmen, die heute nicht ausreichend geregelt sind, bis Sommer 2007 nachgelegt werden. Wir sehen aber durch die Fälle, die uns immer wieder auffallen, heute einen Handlungsbedarf, dem heute entgegengetreten werden muss, um heute zu vermeiden, dass es morgen zu neuen Fällen kommen kann. Da haben wir keine Zeit, bis Sommer 2007 zu warten. Das fänden wir fahrlässig und untätig.

B

(Beifall bei der GAL und bei *Britta Ernst SPD*)

Deswegen haben wir auch Vorschläge gemacht, die ich zum Schluss noch einmal wiederholen möchte. Aus unserer Sicht fehlt vieles in Ihrem Konzept. Die ASD-Ressource ist eine Frage, aber auch die Frage des Gutachtermangels, der in Hamburg in Bezug auf Kindervernachlässigung und Kindesmisshandlung besteht. Kein Wort dazu. Aber wir haben einen konkreten Vorschlag gemacht. Wir haben gesagt, dass das Case-Management, wie es im Magdeburger Modell gehandhabt wird, in dem die Behördenspitzen konkrete Ressourcen und Arbeitsprozesse vereinbart haben, damit die Vernetzung zwischen den Behörden in Zukunft besser funktioniert, wo konkrete Arbeitsschritte vereinbart werden und so etwas wie Fallkonferenzen oder bezirkliche Fachkommissionen ganz anders geregelt werden können. Das wollen wir auch hier in Hamburg machen. Die einzige Aussage des Senats dazu war: In Hamburg ist alles toll. Das sehen wir nicht. Von daher halten wir die Maßnahmen des Senats für nicht geeignet und in diesem Fall die Senatorin leider für untätig. – Danke.

(Beifall bei der GAL und bei *Britta Ernst SPD*)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, Sie haben die Chance nicht genutzt, den Hamburgerinnen und Hamburgern zu schildern, wie Sie zukünftig mit diesem Thema umgehen wol-

len, welche Handlungen Sie jetzt konkret ergreifen wollen. Das ist schade. Sie hätten die Chance gehabt,

C

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Sie haben nicht zugehört, Herr Kienscherf!)

hier und heute der Stadt zu erklären, wie Sie zukünftig noch mehr für die Kinder in unserer Stadt machen wollen. Diese Chance haben Sie verpasst, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Senatorin, natürlich habe ich nicht gesagt, dass die Bürger keine Hinweise geben sollen. Das war doch gar nicht der Punkt, sondern Sie haben am Montag in Ihrer Pressekonferenz gesagt, dass Sie letztendlich nur handeln können, wenn Bürger Hinweise geben. Wenn wir uns den Veddeler Fall angucken, dann ist es so, dass die Vormundschaft beim ASD liegt und dass letztendlich zwei Kinder schon rausgenommen worden sind, der Staat also schon informiert war. Da können Sie doch nicht sagen, dass Sie erst dann eingreifen können, wenn der Bürger noch Bescheid sagt.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Klaus-Peter Hesse CDU:* Aber trotzdem ist das doch nicht falsch, Herr Kienscherf!)

Von daher ist das widersprüchlich. Es ist auch widersprüchlich, wenn Frau Meyer-Kainer hier darlegt – und das haben wir im letzten Sonderausschuss schon geklärt, aber ich möchte das auch noch einmal sagen –, dass es 27 Prozent mehr Fälle gab. Das ist falsch. Es gab 27 Prozent mehr Meldungen. Aber die Schulsensorin hat damals dargelegt, dass diese 27 Prozent mehr Meldungen zum Großteil darauf zurückzuführen sind, dass das REBUS-Meldesystem umgestellt worden ist und nicht, weil sich mehr Bürger gemeldet haben.

D

Insgesamt haben Sie bisher nur 7 Prozent mehr Fälle. Sie verweigern der Stadt immer noch eine PR-Kampagne. Deswegen kommen Sie auch nicht mehr an Hinweise. Sie haben genug Hinweise und müssen dort handeln, wo Sie über Informationen verfügen. Sie müssen vor allen Dingen einmal handeln. Daran mangelt es zurzeit, Frau Senatorin. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluss noch einen Gedanken hineinbringen, weil ich mich frage, warum die Senatorin immer wieder betont hat, dass die Tür zu den Haushalten geschlossen sein würde, man käme nicht mehr hinein und das Ganze würde sich zuspitzen.

Wir haben im Ausschuss mit den Abgeordneten ganz vernünftige Gespräche geführt. Ich glaube, dass es eben an einem Punkt hakt: Es hängt mit Ihrer Ideologie zusammen, mit Ihrem ideologisch veralteten Familienbild.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Das hängt mit Ihrer Ideologie zusammen!)

– Herr Hesse, ich möchte gern ausreden.

Ich sehe das fast als eine ideologische Verblendung, dass bei Ihnen das Familienbild nicht mehr stimmt. Ihr

- A klassisches Familienbild – das konnten Sie sehr gut in der Opposition bedienen – ist der Schutz der Familie, Elternrecht, Bürgerfreiheit, keinen Eingriff in die Erziehungsrechte zuzulassen. Manchmal habe ich das Gefühl, das scheint immer noch so zu sein, andererseits sind Sie aber nicht mehr in der Opposition, sondern Sie sind an der Regierung und müssen von staatlicher Seite handeln.

Sie können nicht mehr das ganz oben an hinstellen, sondern Sie müssen jetzt handeln, Herr Hesse. Das Kindeswohl muss im Mittelpunkt stehen. Ich habe das Gefühl, Sie hadern mit diesem Familienbild und möchten diesen staatlichen Eingriff nicht. Sie sind jetzt an der Regierung und Kindeswohl geht vor Elternrechten. Das sollten Sie sich immer auf die Fahne schreiben und Sie müssen Ihre Senatorin vielleicht zum Jagen tragen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung, und zwar zunächst zum gemeinsamen Antrag von SPD- und GAL-Fraktion aus der Drucksache 18/3073.

Wer stimmt einer Überweisung dieses Antrages federführend an den Gesundheitsausschuss und mitberatend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer möchte die Drucksache 18/3073 zusätzlich an den Sonderausschuss Vernachlässigte Kinder überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

- B Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/2926 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Mir liegen jetzt die Wahlergebnisse vor. Bei der Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kommission für Bodenordnung sind 113 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war ein Stimmzettel ungültig, es waren also 112 Stimmzettel gültig. Herr Henning Finck erhielt 78 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen. Damit ist Herr Finck gewählt worden.

(Beifall bei der CDU)

Ich rufe Punkt 23 auf, Drucksache 18/3068, Antrag der CDU-Fraktion: Neue Chance für die Neue Große Bergstraße/Große Bergstraße – Kulturmeile von der Jessenstraße bis nach Ottensen.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Neue Chance für die Neue Große
Bergstraße/Große Bergstraße
– Kulturmeile von der Jessenstraße bis
nach Ottensen – Drucksache 18/3068 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/3153 ein Antrag der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Künstler und Kreative für die Neue Große Bergstraße!
– Drucksache 18/3153 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Heinemann.

C

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Altonaer sind noch anwesend. Die Neue Große Bergstraße kennen sicherlich viele hier, es wurde auch schon häufiger darüber diskutiert. Sie ist bekanntlich Deutschlands älteste Fußgängerzone.

In den Siebzigerjahren war die Neue Große Bergstraße chic und modern, das Frappant war "state of the art", man ging dort einkaufen. Heute wirkt die Bausubstanz der Sechziger- und Siebzigerjahre nicht mehr zeitgemäß und attraktiv. Der Stadtteil Ottensen wurde immer stärker, es gab städtebauliche Fehler wie die Frage, wo man den Toom-Markt ansiedeln soll. Inzwischen wurde – das war der traurige Höhepunkt – infolge eines jahrzehntelangen Niedergangs das noch verbliebene Warenhaus Karstadt geschlossen. Auch wenn es inzwischen einzelne Lichtblicke gab, wie zum Beispiel kleinere Investitionen oder auch das eingeführte Quartiersmanagement mit der wirklich unermüdlichen Frau Bonacker, bleibt doch zu konstatieren, dass es zwar immer wieder viele tolle Ideen gab und gibt, aber eigentlich nichts realisiert wird.

Ich habe nicht erst seit gestern, sondern seit vielen Jahren mit der Quartiersmanagerin, mit Eigentümern, dem Oberbaudirektor, mit Professor Machule von der TU Hamburg, der dort schon Studien vorgenommen hat, mit dem Bezirksamtsleiter, den Bezirksfraktionen und vielen anderen Gespräche geführt. Das Ergebnis war immer wieder, dass die Stadt am Gebäudebestand selbst wenig tun kann, weil dieser in aller Regel privaten Eigentümern gehört.

Deshalb begrüße ich zwar auch die Anregungen von Herrn Lieven, denen wir auch zustimmen werden, aber wenn Sie sich zum Beispiel Ihre Punkte 2. und 3. ansehen, dann handelt es sich hier in aller Regel um Privateigentum. Von daher hat der Staat natürlich relativ wenig Möglichkeiten, dort entsprechend aktiv zu werden.

D

Was kann der Staat tun? Wir müssen im öffentlichen Raum aktiv werden, das heißt, wir müssen versuchen, den Raum zwischen Max-Brauer-Allee, dem Goetheplatz und der Jessenstraße so zu gestalten, dass er für die Menschen so attraktiv ist,

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

dass sie wegen des öffentlichen Raumes nicht nur am Tag, sondern insbesondere auch abends und in der Nacht dort hingehen. Wenn es dort einen entsprechend attraktiven öffentlichen Raum gibt – das ist die Aufgabe, die der Staat dort erledigen kann –, dann kann man auch Betreiber von Cafés, Szeneläden und von entsprechenden anderen Angeboten anlocken. Dann können wir dort nach und nach – das ist eine Entwicklung, die über Jahre gehen wird –, eine Trendumkehr einleiten. Vielleicht könnte der so sehr schwierige Immobilienbestand in einem solchen Umfeld – entsprechend inszeniert – ein bisschen kultig wirken, also einen dementsprechenden unverwechselbaren Charakter erhalten.

Eine zusätzliche Chance ist, dass wir dort natürlich die Möglichkeit haben, zwischen der Reeperbahn und Ottensen eine Kulturmeile zu schaffen. Ich vergleiche das ein bisschen mit dem, was zwischen Ottensen und dem Schanzenviertel rund um die Sternbrücke entstanden ist. Das ist sehr spannend. Natürlich braucht auch das Jahre,

- A aber ich glaube, es gibt die Möglichkeit, dieses zu fördern. Gelingen kann dies aber nur, wenn wir es schaffen, ganz verschiedene Disziplinen zusammenzubringen: Landschaftsplaner, Lichtkünstler und Gestaltungsexperten. Das ist es, was ich mit dem Vorbild Jungfernstieg meine. Es soll dort kein Sandsteintepich verlegt werden – auch wenn das aus dem GAL-Antrag mittlerweile herausgestrichen worden ist und wir am Jungfernstieg auch gar keinen Sandsteintepich haben –, sondern wir wollen einen Wettbewerb nach diesem Vorbild durchführen, keinen reinen Architektenwettbewerb, sondern einen interdisziplinären Wettbewerb unter Einbindung der Anlieger. Das ist mir wichtig. Mir geht es auch nicht darum, dort ein Einkaufszentrum zu bauen, sondern es soll grassrootsmäßig etwas in Bewegung gebracht werden.

Ich habe damit nicht erst gestern angefangen, sondern ich bin vor zwei Jahren schon einmal in der Bezirksversammlung Altona aktiv gewesen. Damals kam auch Ihr Argument, dass gerade ein Bebauungsplan verabschiedet wurde, der vorsieht, dass der Straßenraum schmaler wird. Das ist richtig. Aber hat sich in den letzten zwei Jahren irgendetwas getan? – Nein. Sehen wir jemanden, der den Bebauungsplan in der nächsten Zeit realisieren möchte? – Nein. Wir können uns natürlich noch lange ausruhen und sagen, dass das alles nicht gehen würde. Ein früheres Argument lautete, dass dort einmal eine U-Bahn-Trasse vorgesehen sei und man dementsprechend im Straßenraum nichts investieren dürfe. Man kann mit diesen Argumenten auch noch die nächsten 20 Jahre nichts machen. Ich glaube, die einzige Chance liegt darin, dass wir jetzt den Startschuss geben. Ich sage es einmal ganz offen: Wenn wir es durch diesen Startschuss schaffen würden, dass der Bebauungsplan umgesetzt und dort endlich investiert wird, dann ist mir das lieb und recht. Dann bin ich zur Not auch gern bereit, noch einmal Geld in die Umgestaltung des Straßenraumes zu investieren. Aber wir müssen doch erst einmal dahin kommen.

Eine der wesentlichen Chancen, die es im Moment gibt, ist das im Sommer ausgewiesene Sanierungsgebiet. Dafür bin ich dem Senat sehr dankbar. Ich glaube, dass wir zum einen mit dem Sanierungsgebiet und auf der anderen Seite durch das Quartiersmanagement eine so gute Chance wie nie zuvor haben. Die ersten Ansätze sind da – die haben Sie auch noch einmal aufgezählt –, den jahrzehntelangen Niedergang wirklich anzuhalten, eine Trendumkehr einzuleiten.

Ich glaube, wir sollten künftig nicht mehr auf chinesische Kaufhäuser und auf andere Wunder hoffen, sondern wir sollten gemeinsam unseren Beitrag, den wir vor Ort als Staat leisten können, auch leisten, damit diese Chance genutzt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat jetzt Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Belebung oder – sollte ich besser sagen – die Wiederbelebung der Neuen Großen Bergstraße beschäftigt den Bezirk und natürlich auch uns in der Bürgerschaft seit vielen Jahren, wenn nicht sogar seit Jahrzehnten.

C Dieses ehemals lebendige Einkaufszentrum wurde im Laufe der letzten Jahre immer trister und unattraktiver. Viele Geschäfte, Kaufhäuser und Dienstleistungsunternehmen gaben auf oder wanderten ab. Es vollzog sich zunächst eher schleichend, dann aber immer offener, ein Prozess der Verödung. Zurück bleibt jetzt eine trostlose und ungeliebte Fläche mitten im Herzen von Altona.

Das hatten sich vor einigen Jahrzehnten Ernst May und Werner Hebebrandt nicht vorgestellt, als sie Mitte der Fünfzigerjahre Ideen für die Gestaltung von Neu-Altona entwickelt haben. Altona ist zu mehr als 60 Prozent zerstört worden und so lag es nahe, dieses Gebiet vollständig neu zu entwickeln. Damals war die Idee noch hochmodern, dass man eine solche Einkaufsstraße mittendrin haben sollte, die tatsächlich die Menschen anzieht.

Von Lebendigkeit und Urbanität, so wie sie ehemals insbesondere von diesen beiden geplant war, kann aber heute überhaupt keine Rede mehr sein. Darum geht es, nämlich urbanes Leben, Arbeit und Wohnen wieder zurück zu gewinnen.

Vor drei Jahren gab es die Überlegung, die Fußgängerzone Große Bergstraße wieder für den privaten Pkw-Verkehr zu öffnen. Natürlich wurde um diese Idee sehr heftig gestritten. Es gab Gegner und Befürworter. Auf dem Höhepunkt dieser Diskussion bildete sich eine Planungswerkstatt. Bürgerinnen und Bürger vor Ort wollten mitreden und mitgestalten und haben dies auch getan.

In diesem Prozess hat es sich einmal mehr gezeigt, dass eine Neugestaltung eines solchen Quartiers ohne die Teilhabe der Menschen, die dort wohnen – da stimmen Sie mir zu, Herr Heinemann – überhaupt nicht funktioniert. Deswegen will ich noch einmal deutlich herausstreichen, wie wichtig es war, dass unter Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner, der Einzelhändler, Gewerbetreibenden, der Freiberufler, auch der Politikerinnen und Politiker, der Vertreter der Verwaltung und verschiedener Institutionen ein offener Dialog geführt wurde, dessen Ergebnisse im Oktober vor zwei Jahren in die umfangreichen Empfehlungen der Planungswerkstatt für das Gebiet der Neuen Großen Bergstraße in Altona mündeten.

D Es ging dabei nicht nur um Kultur, sondern auch noch um andere Punkte, die man an dieser Stelle überhaupt nicht vergessen darf. Es ging – das haben Sie auch im Sinn – um die Überplanung des öffentlichen Raumes, wie den Abbruch von Frappant, aber auch um einen Themenmarkt für den Einzelhandel und für ein Gesundheitszentrum. Darin enthalten waren auch die sozialverträgliche Modernisierung und Instandsetzung, die Forderung nach einem Neubau von Wohnungen auf allen Förderwegen sowie auch die Verbesserungen im Hinblick auf die Verkehrssituation und von Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Es ist wichtig, dieses noch einmal zu sagen, denn es ging nicht nur darum, an dieser Stelle kulturelle Einrichtungen neu anzusiedeln, die dann im öffentlichen Raum zu einer Veränderung führen könnten.

Es kann nicht nur um eine äußere Umgestaltung der Örtlichkeiten gehen. Eine Oberflächenreparatur – hierin sollten wir uns alle einig sein – reicht überhaupt nicht aus. Die Ansiedlung von Cafés und Kultureinrichtungen wird – befürchte ich – einen wirklich grundlegenden "turn around" für dieses Bezirkszentrum nicht bringen, aber das brauchen wir. Dazu brauchen wir die entwickelten Punkte aus der Planungswerkstatt, die ich eben aufge-

- A führt habe. Wir brauchen sicherlich auch Investoren, die sich dieses Gebietes tatsächlich annehmen.

Noch eine Bemerkung zum Vergleich mit dem Jungfernstieg. Ich glaube, dass der Vergleich hinkt. Man kann ihn nicht anführen. Das Einzige, wo ich Ihnen Recht gebe, ist: Wenn es einen Wettbewerb gibt, dann braucht man in diesem Wettbewerb nicht nur Architekten und Landschaftsplaner, sondern dann sollten auch Künstler und andere daran beteiligt sein, wie es beim Jungfernstieg vorteilhaft geschehen ist. Aber die Bedingungen am Jungfernstieg waren vollständig andere und sind so unvergleichbar mit der Großen Bergstraße,

(Doris Mandel SPD: Ja, das passt überhaupt nicht!)

dass man sich wirklich hüten sollte, diesen Vergleich zu sehr zu bewegen. Ich sage es noch einmal: Wenn man wirklich einen "turn around" hinkriegen will und es nicht nur darum geht, den öffentlichen Raum etwas schöner zu gestalten, dann braucht man mehr. Man braucht Investoren, die sich des Gebietes annehmen, und nicht nur die Perlenkette am Hafenrand oder am Jungfernstieg. Dann braucht man tatsächlich Verbesserungen im Wohnraum und andere Punkte, die ich schon genannt habe. Noch einmal: Eine symbolische Politik wäre diesem Zentrum und dem Diskussionsprozess nicht angemessen, den es inzwischen in Altona vor Ort gegeben hat.

Der öffentliche Raum beziehungsweise das Gebiet wird saniert; das steht fest. Nun wird es auch darum gehen, in diesem Rahmen alle Akteure und natürlich auch die Kulturschaffenden an der Gestaltung zu beteiligen. Dass im Quartier Altona-Altstadt möglichst bald etwas geschehen muss, ist unstrittig. Es ist eigentlich schon viel zu viel Zeit ins Land gegangen und Aktionismus wird da wenig hilfreich sein.

B

Ich glaube auch nicht, dass wir das Thema Leuchttürme in der Stadt überstrapazieren sollten. Das ist an dieser Stelle auch überhaupt nicht hilfreich. Es geht wirklich um einen ganz anderen Prozess und nicht um ein plötzlich hervorragendes, oder – wie Sie es genannt haben – Vorzeigeprojekt, sondern es geht darum, dass wir ein Bezirkszentrum beleben, das seit Jahren trist und öde ist und eine Umgestaltung braucht.

Es ist also wichtig, dass sich die Planer an den vorhandenen Bedürfnissen und Vorstellungen der engagierten Bewohnerinnen und Bewohner und der Akteure vor Ort orientieren, damit endlich die Revitalisierung der Großen Bergstraße beginnen kann und zu einem erfolgreichen Prozess geführt wird. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Jetzt hat Herr Lieven das Wort.

Claudius Lieven GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Heinemann, als ich Ihren Antrag gelesen habe, war ich doch einigermaßen erstaunt und habe mir vorgestellt, dass die Neue Große Bergstraße eine Kopie des Jungfernstiegs werden soll. Ich habe im Petition unter Punkt 3. erwartet, dass dort steht: Wir wollen halb Altona abreißen, um eine zweite Alster zu schaffen. Die würde man dann auch für einen Jungfernstieg in Altona benötigen. Aber das haben Sie sich verkniffen.

(Robert Heinemann CDU: Lesen bildet!)

Das ist gut. Sie haben auch tatsächlich meine Befürchtungen mit Ihrem heutigen Redebeitrag ein wenig gedämpft. Ich bin zunächst ein wenig darüber erfreut. Aber dennoch sehe ich in Ihrem Antrag erhebliche Probleme.

C

Erstens: Die planungsrechtliche Situation – darauf sind Sie eingegangen – ist so, dass es dort einen relativ aktuellen Bebauungsplan gibt, der eben vorsieht, die Neue Große Bergstraße in dem Teil, wo Sie die Umgestaltung vorschlagen, um circa ein Drittel zu verengen. Entweder will man diesen Bebauungsplan weiter umsetzen oder man legt in ad acta. Dann muss man einmal schauen, ob man entschädigungspflichtig wird und einen neuen Anlauf macht. Aber erst umgestalten und gleichzeitig den Bebauungsplan weiter vorantreiben, das ist absolut inkonsistent.

Zweitens: Im östlichen Teil der Neuen Großen Bergstraße ist so oft umgestaltet worden, dass es keinem Menschen vor Ort, auch nicht im Bezirk und nicht in der Stadt, zu vermitteln wäre, die nächste Umgestaltungswelle darüber hinweglaufen zu lassen. Das ist nicht sinnvoll. Wenn man sich in der lokalen Nachbarschaft umsieht, wie gut sich die Ottenser Hauptstraße entwickelt hat – es wurde nämlich in den Siebzigerjahren umgestaltet, denn damals befanden sich dort noch öde Flächen –, dann wurde dort in den letzten 15 Jahren gar nicht umgestaltet, alles ist konstant geblieben. Dennoch hat sich die Ottenser Hauptstraße und der ganze westliche Teil des Altonaer Zentrums hervorragend entwickelt. Ich glaube, dass liegt im Wesentlichen daran, dass er sich aus sich selbst heraus modernisiert hat, dass dort Läden, neue Trends aufgegriffen wurden. Dort wurde das Mercado gebaut – das ist richtig, keine Frage –, nachdem dort bereits viele Pionernutzungen, viele neue Shopkonzepte und Trends eingeflossen sind und das Mercado dies auch aufgegriffen hat.

D

(Robert Heinemann CDU: Vorher doch nicht!)

Deswegen macht es keinen Sinn, jetzt mit einer aufwendigen Umgestaltung anzufangen. Außerdem vermute ich, dass Ihre Zielrichtung weniger eine "Grassroots-Bewegung" ist – so haben Sie das eben gesagt –, sondern dass es doch eher darum geht, im Sinne der lebendigen Stadt – ich glaube, Sie sind für diesen Bereich der Pressepresse – die öffentlichen Räume umzugestalten, um natürlich große Investitionen rentabel zu machen. Um diese wird es irgendwann auch beim Frappant-Gebäude gehen. Das geht natürlich auch immer um den Einzelhandel.

Aber wenn man sich das Altonaer Zentrum anschaut, dann muss man sehen, dass gerade jetzt unmittelbar am Altonaer Bahnhof neue Einzelhandelsflächen geschaffen werden, die in Kürze auf den Markt kommen. Ich glaube, dort steht zurzeit noch das Bismarck-Bad. Auch am Paul-Neumann-Platz soll neu gebaut werden. Erst einmal muss doch geprüft werden, wie viel Einzelhandelsfläche dieser Standort überhaupt trägt. Macht es überhaupt Sinn, dort große Investitionen für die Umgestaltung eines öffentlichen Raumes zu tätigen, um weitere Einzelhandelsflächen rentabel zu machen, wenn dieser Standort überhaupt nicht mehr aufnahmefähig ist? Die Frage, ob auf dem früheren Frappant-Gelände Einzelhandel im größeren Maße entstehen soll, muss erst einmal sehr gründlich abgewogen werden. Dazu braucht man ein Konzept, das den westlichen Teil – und dessen Erweiterung – und den östlichen Teil des Altonaer Zentrums integriert.

A (Beifall bei der GAL)

Ich möchte noch an das erinnern, was Jean Busquet letzte Woche ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Lieven, ich möchte gern für mehr Ruhe sorgen und bitte darum, dass sich die zwei Rudel, die sich langsam auflösen, nunmehr gänzlich auflösen. Herr Lieven, bitte fahren Sie fort.

Claudius Lieven (fortfahrend): Danke, Frau Präsidentin.

Ich möchte an einen Aspekt erinnern, den Jean Busquet in der letzten Woche in seinem Vortrag im Rathaus genannt hat: Die Stadt muss ihre Potenziale dort entfalten, wo die alten Strukturen quasi hohl werden. Ich glaube, dass gerade das in der Neuen Großen Bergstraße mit den Leerständen von Büro- und Einzelhandelsflächen der Fall ist und dass das von dem Quartiersmanagement, das dort seit einiger Zeit aktiv ist, und auch von der Planungswerkstatt aufgegriffen worden ist, diesen Bereich in Richtung Kunst und Kreativität zu entwickeln. Es gibt dort eine starke Nachfrage nach Flächen und bereits viele positive Ansätze. Das ist die Richtung, mit der sich die Neue Große Bergstraße neu erfinden kann.

Es gibt auch andere Beispiele aus Deutschland, besonders aus Berlin – gerade im Ostteil der Stadt –, die ein großes Maß an ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

B **Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe** (unterbrechend): Der Appell verhallte ungehört, von der Bank dort bis dort hinten hinüber. Ich bitte jetzt eindringlich darum, Ihre Nebengespräche einzustellen, sie draußen fortzuführen oder hier zuzuhören.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das gibt Spielsperre!)

Claudius Lieven (fortfahrend): – Danke.

– Herr Hesse, ich kann verstehen, wenn Ihre Aufmerksamkeit ein bisschen nachlässt, aber versuchen Sie, sich noch einmal zusammenzunehmen; vielleicht schaffen das Ihre Kollegen auch.

Stehen Sie dem nicht im Wege, dass sich andere etwas einfallen lassen, öffnen Sie in der Neuen Großen Bergstraße die Räume für Kreativität und Kultur. Ich freue mich, wenn Sie unserem Antrag zustimmen. Entwerten Sie das nicht gleich dadurch, indem Sie sagen, dass dort private Eigentümer mitgenommen werden müssen. Diese muss man ansprechen und mit hineinziehen. Es gibt viele Beispiele in Deutschland, wo das gelungen ist. Dann kann man auch aus dieser zugegeben schwierigen Bausubstanz etwas machen. Das Wort "Grassroots" höre ich dabei sehr gerne, dennoch ist Ihr Antrag erst einmal so gestrickt, dass er den völlig anderen Ansatz verfolgt. Dem können wir nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst zum Antrag der GAL-Fraktion aus der Drucksache 18/3153. Wer möchte diesen annehmen? – Gegen-

probe. – Enthaltungen? – Der ist einstimmig angenommen. C

Wer möchte dem CDU-Antrag aus der Drucksache 18/3068 zustimmen?

– Gegenprobe.

(Heiterkeit bei der CDU)

– Enthaltungen? – Er ist mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen – so habe ich das jedenfalls verstanden –,

(Frank-Thorsten Schira CDU: Einstimmig!)

einstimmig angenommen worden.

Ich rufe den Punkt 5 auf, Drucksache 18/2937, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Tourismus und günstige Flugangebote.

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Tourismus und günstige Flugangebote
– Drucksache 18/2937 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Mattner, bitte.

Dr. Andreas Mattner CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der GAL, das war gerade eine parlamentarische Flexibilität; Klasse!

Zu einem anderen Thema. Mit zusätzlichen Zielen von Billigfliegern können wir in Hamburg mehr Arbeitsplätze und mehr Einnahmen für den Tourismus, die Gastronomie und die Wirtschaft schaffen. Wir sind dabei in einer günstigen Ausgangssituation. Hamburg ist für Touristen eine attraktive Stadt. Unsere Flughafenkapazitäten bergen Reserven für mehr Billigfluglinien oder für Billigangebote der klassischen Fluglinien. D

Die Tourismuswirtschaft in unserer Stadt boomt und ist einer der wirtschaftlichen Motoren unserer wachsenden Stadt. Dabei spielen die Billigfluglinien – oder auch "low cost carrier" – eine besondere Rolle; sie sind ein echter Impuls dafür. Bedeutsam dafür ist insbesondere der Zuwachs der Tagestouristen. Ihre Zahl hat sich seit 1993 verdoppelt. Letztes Jahr konnten wir 98,3 Millionen Kurzbesucher begrüßen. Sie gaben dabei – das ist auch wichtig – 3,96 Milliarden Euro aus. Das ist mehr als in jeder anderen Großstadt.

Dieser Tourismusboom steht im direkten Zusammenhang mit dem steigenden Passagieraufkommen am Flughafen Hamburg. Seit drei Jahren verzeichnen wir einen wachsenden Zuspruch. Das ist ganz wesentlich auf das ständig verbesserte Angebot von Billigfliegern am Hamburger Flughafen zurückzuführen. Schon 19 Prozent der Fluggäste am Hamburger Flughafen reisen inzwischen mit Billiganbietern. Mit anderen Worten: 2000 Arbeitsplätze sind direkt davon abhängig, vielleicht sind es 5000 bis 10 000 mittelbar gesicherte Arbeitsplätze und dazu kommen noch die Angebote der klassischen Fluglinien, die in diesem Segment wahrgenommen werden. Sie schaffen zusätzlich noch einmal enorme Arbeitsplätze oder sichern sie.

Bereits zehn Billigfluggesellschaften sind am Hamburger Flughafen angesiedelt. Hinzu kommen noch die Billigtickets der klassischen Airlines. Die Billigflieger haben damit gegenüber dem Vorjahr für einen Anstieg der Reisenden aus Großbritannien um 15 Prozent, bei Touristen aus Österreich um 34 Prozent gesorgt. Bei Besuchern

- A aus Irland haben wir sogar ein Plus von 55 Prozent. Daneben ist auch die Zahl der Tagesgäste aus deutschen Städten, wie zum Beispiel aus Köln und Berlin, durch das Angebot der Billigflieger deutlich gestiegen. Nur noch die Hälfte der Tagesgäste kommen aus dem Umland.

Die Flugverbindungen der Billigflieger sind daher wichtiger für die Tourismusbranche als je zuvor. Die Tourismusbranche ist für uns alle wichtig in der Stadt, sie ist einer der wichtigsten Arbeitgeber bei uns. 13 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sind direkt oder indirekt vom Tourismus abhängig und alle profitieren davon. Das macht Hamburg stark.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihnen noch einen Ausblick in die Zukunft geben. Bis 2010 können durch eine positive Entwicklung im Tourismus bis zu 40 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Daran müssen wir arbeiten, dafür müssen wir die Voraussetzungen überall in allen Segmenten der Politik schaffen. Ich sagte schon, dass 2000 Arbeitsplätze direkt davon abhängig seien. Dadurch wächst die gesamte Hamburger Dienstleistungswirtschaft, und zwar nicht nur insbesondere bei denjenigen, die direkt oder indirekt mit dem Luftverkehr verbunden sind, sondern beispielsweise auch bei den Luftfahrtzulieferern, Bodenabfertigungsdiensten, Autovermietungen und Ähnliches. Auch andere Branchen können durch die positive wirtschaftliche Entwicklung gewinnen, zum Beispiel das Hotelgewerbe, die Gastronomie, Museen oder Galerien.

- B Hamburg ist mit dem Konzept Wachsende Stadt auf dem richtigen Weg. Wir müssen jetzt allerdings dafür sorgen, dass die Menschen die Stadt gut und preisgünstig erreichen können. Mein persönlicher Eindruck ist, dass hier noch immer Kapazitäten brachliegen. Wir erreichen das nicht nur durch eine verbesserte Anbindung des Flughafens an die Innenstadt, sondern auch, indem wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich mehr Anbieter mit mehr Destination in Hamburg vermehrt ansiedeln oder dass das bereits vorhandene Angebot der klassischen Airlines – wie etwa von Lufthansa – erweitert wird.

Das Potenzial der Billigflieger für Hamburg ist noch lange nicht ausgeschöpft. Derzeit gibt es insgesamt 33 deutsche und europäische Ziele, die von ihnen angefliegen werden. Es könnten aber noch diverse weitere Direktflüge hinzukommen. Ich denke zum Beispiel an Flugverbindungen nach Athen, Genf, Lissabon, Luxemburg und Moskau. Ein wichtiger Schritt für die weitere Entwicklung des Flughafenstandortes ist, dass German Wings Hamburg zum neuen Drehkreuz in Deutschland gemacht hat. Mit neun dazu gekommenen nationalen und internationalen Strecken startet German Wings in den Winterflugplan. Das Potenzial für die Tourismusbranche ist wirklich enorm.

Damit weitere Billigflieger oder auch weitere Destinationen nach Hamburg kommen, ist der Flughafen bereits mit zahlreichen Fluggesellschaften im Gespräch. Diese Gespräche müssen wir durch gute Rahmenbedingungen fördern und unterstützen. Seit Januar dieses Jahres ist eine Entgeltordnung in Kraft, die allen Airlines zweieinhalb Jahre lang Rabatte bei den Landegebühen gewährt, wenn diese Strecken noch nicht von einer anderen Airline angefliegen werden.

Ein streckenbezogenes Wachstumsprogramm ist in Planung. Danach soll ab dem ersten Januar 2006 eine Ent-

geltrückzahlung eingeführt werden, die vom Anteil der Airlines am Wachstum abhängig ist. Derartige Angebote unterstützt die CDU-Fraktion vollends.

(Beifall bei der CDU)

Um Missverständnissen vorzubeugen: Das ist kein Plädoyer für Subventionen oder einseitige Bevorzugung von Billigfliegern, sondern für mehr Markt. Jeder, der neue Routen von und nach Hamburg einrichten möchte, ist bei uns herzlich willkommen. Dann gibt es keine Marktverschiebung, sondern zusätzliche Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Auch die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Marketing der Airlines kann noch verbessert werden. Wir brauchen ein umfassendes Billigfliegerkonzept für Hamburg. Unsere Aufgabe ist es, alle Beteiligten aus diesem Segment an einen Tisch zu holen. So können wir Wachstum in der Stadt und noch mehr Arbeitsplätze erreichen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt hat Herr Schmidt das Wort.

Jürgen Schmidt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist, wie Herr Dr. Mattner ausgeführt hat, natürlich für die Tourismusbranche erfreulich, wenn mehr Fluggäste nach Hamburg kommen, aber der Euphorie, die der Kollege mit seiner Anfrage hervorrufen will, muss Einhalt geboten werden.

D Ich will gleich zu Beginn anmerken, dass das Streben nach mehr Fluggästen auch eine andere Seite hat. Hamburg hat einen Stadtflughafen, mit der Folge, dass mehrere Hunderttausend Bewohner unter Fluglärm leiden. Auch wenn es im letzten Jahrzehnt Maßnahmen zur Lärminderung gegeben hat, ist es aus Sicht der Sozialdemokraten bei weiter steigenden Fluggastzahlen dringend erforderlich, weitere Verbesserungen in Sachen Lärmschutz voranzubringen.

(Beifall bei Dr. Mathias Petersen SPD und bei der GAL)

Hierbei denke ich besonders an eine striktere Begrenzung der Ausnahmegenehmigung für Landungen nach 23 Uhr, die besonders ärgerlich sind. Es werden jährlich mehr als 1000 Ausnahmen gestattet. Das, so ist unsere Auffassung, sollte auf jeden Fall reduziert werden. Dies ist Ländersache, betrifft also allein Hamburg. Hamburg kann und – wie wir finden – muss hier tätig werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Im Übrigen habe ich die Hoffnung, dass der zurzeit im Bund auf Eis liegende Gesetzentwurf zur generellen Fluglärmreduzierung durch die Große Koalition zum Tragen kommen wird.

(Beifall bei Dr. Mathias Petersen SPD und bei der GAL)

Ich muss natürlich bei dieser Gelegenheit die Antwort des Senates auf Ihre aktuelle Anfrage, Herr Kerstan, zur Sprache bringen, soweit es das Nicht-Überfliegen der AOL-Arena bei Veranstaltungen betrifft. Das mache ich, da ich dazu ja schon einen Schwall von Anfragen gestellt habe. Lassen Sie mich das Ergebnis so zusammenfas-

- A sen: Von solchen Äußerungen, wie sie in der Antwort des Senates zu hören waren, sollten Sie in Zukunft Abstand nehmen, denn hinter vorgehaltener Hand geben Sie ja selbst zu, dass Ihre Möglichkeiten selbst bei einwandfreien Witterungsbedingungen bisher einfach nicht ausreichen, der privaten – ich betone privaten – deutschen Flugsicherung dieses zeitliche Flugverbot abzuverlangen.

Doch zurück zu Ihrer Begeisterung für die low cost carrier. Diese von Ihnen, Herr Dr. Mattner, von Senator Uldall sowie dem Präses der Handelskammer getragene Euphorie vergisst offensichtlich, was denn das kräftige Schwarzbrot des Hamburger Flughafens ist. Wer bringt denn die Massen von auswärtigen Fluggästen? Ich hatte mich schon als Teilnehmer am Hamburger Tourismustag Ende September gewundert, wie die Herren Uldall und Dreyer doch sehr einseitig auf die Billigflieger setzten. Diese Einseitigkeit setzt sich mit dieser bestellten Großen Anfrage fort. Natürlich wissen Sie, dass am Aufkommen des Hamburger Flughafens allein die Lufthansa mit 40 Prozent bei steigender Tendenz beteiligt ist, eine Unternehmensgruppe, die im Übrigen mit mehr als 10 000 Arbeitnehmern zum größten Arbeitgeber der Metropolregion Hamburg gehört, das damit einer der ganz großen Standorte der Lufthansa ist. Deshalb ist es schon ein Tritt vors Schienbein, wenn an diesem Tourismustag in den Begrüßungsreden nur Platz für Billigflieger war.

Eine weitere Peinlichkeit: Zum Zeitpunkt dieses Tourismustages war auf der Homepage der Hamburg-Tourismus-GmbH allein die Fluggesellschaft "Air Berlin" als opener zu finden. Das ist inzwischen erfreulicherweise abgestellt worden.

- B Herr Mattner, ich will es an Ihrem Zahlenbeispiel Österreich deutlich machen: Natürlich ist es eine beachtliche Steigerung, wie Sie ja auch ausgeführt haben, wenn es jetzt bei den Verbindungen nach Österreich 30 000 Fluggäste mehr gibt. Aber Unternehmen wie Austrian Airlines oder Lufthansa, die die 60 000 transportiert haben und noch transportieren, müssen doch auch gepflegt werden. Das darf man nicht vergessen.

Ein Wort noch zur Ansiedlung der Fluglinie Emirates mit 15 Arbeitsplätzen, die es dann in Hamburg geben soll, der Gesellschaft, die aus welchem Grund auch immer ihren Jungfernflug nach Dubai immer wieder verzögert: Dieser Flug, wenn er dann zustande kommt, endet natürlich nicht in Dubai – dort soll nämlich ein Drehkreuz entstehen –, sondern geht dann weiter in Richtung Südostasien, in Richtung Indien oder China. Das heißt, es kann noch schwieriger werden mit dem immer wieder geforderten Direktflug Hamburg-Shanghai, mit welcher Linie auch immer. Darüber hinaus ist es allemal überlegenswert – trotz der mehr als 40 Flugzeuge, die diese Gesellschaft von Airbus kauft, was, kein Zweifel, sehr gut für Finkenwerder ist –, ob man im Moment Werbung für Drehkreuze außerhalb Deutschlands machen sollte und somit Arbeitsplätze für Deutschland gefährdet – da habe ich große Zweifel.

(Beifall bei der SPD)

Mit Statistik – das haben wir eben von Herrn Dr. Mattner gehört – kann man viel beweisen oder Eindruck schinden. Was wollen Sie uns sagen, wenn Sie in der Anfrage beispielsweise die Zahlen von Köln nach Ungarn erwähnen? Ein Zuwachs von 99 Prozent, wenn als Ausgangspunkt eine äußerst geringe Zahl an Fluggästen zugrundegelegt wird. Ein weiteres Beispiel – das Sie, Herr Dr. Mattner,

nicht zu vertreten haben, das aber auf dem Tourismustag genannt worden ist – ist die Steigerungsrate für Air Berlin, 300 Prozent für den Flug Hamburg–Manchester. Mit den Flügen wurde im November begonnen und dann diese Passagierzahlen mit dem gesamten nächsten Jahr verglichen. Das ist schon Rosstäuscherei.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz)

Wenn wir schon bei diesen Zahlenspielerereien sind: Ich habe Schwierigkeiten, es rechnerisch nachzuvollziehen, wenn aus der Antwort des Senates bei einer Million mehr Fluggästen 1000 Plätze mehr zu verzeichnen sind, Sie aber in Ihrer Pressemitteilung erklären, 2000 Arbeitsplätze seien direkt mehr entstanden. Anstatt statistische Spielchen zu machen, sollten Sie lieber darüber nachdenken, wie weitere Verbesserungen am Flughafen erreicht werden können. Die Taxenproblematik ist ja bereits Legende. Wie werden sich die Billigflieger zum Flughafen-Kombiticket des ÖPNV stellen? Das ist doch eine wichtige Frage.

Fazit also: Es ist gut, wenn mehr Gäste nach Hamburg kommen, auch per low cost carrier oder vulgo "Billigflieger", aber die Randbedingungen müssen stimmen. Da haben wir im Moment Zweifel. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nun meldet die CDU-Fraktion wieder einmal ein Thema aus ihrem – wie sie selbst immer behauptet – Kernkompetenzbereich an, nämlich der Wirtschaftspolitik. Ich muss feststellen, eigentlich wie fast immer herrscht gähnende Leere. Fast alle Abgeordneten verlassen fluchtartig den Saal. Wenn man diese Debatte verfolgt, versteht man auch, warum: Es drängt sich doch die Frage auf, wieso wir als Hamburger Politiker eigentlich darüber reden.

Es ist wahr, es kommen mehr Menschen mit Billigfliegern nach Hamburg, je mehr Menschen kommen, desto mehr Geld geben Sie hier aus. Davon profitieren die Hotels, der Einzelhandel und die Kultur. Die Hamburger Arbeitgeber haben bessere Reisebedingungen für ihre Beschäftigten und sparen dadurch Geld. Das ist ein Standortvorteil. Das sind alles positive Entwicklungen, die wir gar nicht in Abrede stellen wollen. Es stellt sich nur die Frage, wo denn da der Anteil der Politik ist. Haben Sie dazu beigetragen? Haben wir dazu beigetragen? Nein. Das ist eine Entwicklung, die auf dem Markt stattgefunden hat. Ob wir nun darüber reden oder nicht oder ob in China ein Stuhl umfällt, spielt überhaupt keine Rolle.

(Olaf Ohlsen CDU: Die Rahmenbedingungen!)

Darum ist es unsinnig, unter diesem Aspekt über dieses Thema zu reden. Spannend ist dabei natürlich, dass Sie mit diesen Jubelarien auf Billigflieger eins Ihrer Kernargumente entkräften, mit denen Sie – gerade Sie, Herr Mattner – einen zusätzlichen Großflughafen bei Kaltenkirchen fordern, da, wie Sie behaupten, am alten Standort kein Potenzial mehr sei. Das ist offensichtlich nicht der Fall, wie Sie selbst in der Anfrage festgestellt haben. Der Flughafen kann die zusätzlichen Gäste ohne Problem abfertigen und Fläche, Landebahnen und Terminals sind

- A kein Begrenzungsfaktor, wie der Senat auf Ihre Fragen antwortet.

Was Sie allerdings überhaupt nicht thematisieren, ist das einzig Spannende und das einzige, wo die Politik vielleicht eine Rolle spielen könnte: Wenn Billigflieger verstärkt fliegen, hat das zum Teil eventuell auch negative Auswirkungen auf die bisherigen, teuren Fluglinien. Es kann durchaus sein, dass in diesem Bereich Arbeitsplätze abgebaut werden oder durch solche der Billigflieger ersetzt werden, die im Bereich Service, Wartung und Flugpersonal für die gleiche Arbeit weniger Personen stellen, sodass es letztendlich so einfach nicht sein wird, dass 2000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sind. Verbindungen wie von Cuxhaven nach Harwich mit der Fähre fallen ganz weg. Das heißt, volkswirtschaftlich gesehen müsste man schauen, wie groß der Arbeitsplatzeffekt tatsächlich ist.

Den entscheidenden Punkt aber haben Sie nebenbei angesprochen, Herr Mattner. Sie sagten, Sie wollten diesen Bereich ja gar nicht subventionieren. Das tut die Politik aber ganz eindeutig. Alle anderen Verkehrsträger werden für den Einsatz ihrer Betriebsmittel, Öl und Benzin, besteuert. Interkontinentale Verbindungen und auch der internationale Flugverkehr zahlt diese Steuer nicht.

(Dr. Andreas Mattner CDU: Das haben wir in Hamburg gemacht!)

Sie wissen, dass dies eine Subventionierung ist. Das führt dazu ...

(Dr. Andreas Mattner CDU: Was hat das mit Hamburg zu tun?)

- B – Ich rede gerade über die Rolle der Politik bei diesem Thema, die ich bei Ihrem Beitrag überhaupt nicht erkennen konnte, Herr Mattner.

(Beifall bei der GAL)

Die Rolle der Politik wäre, sich diese Subventionierung anzuschauen, anstatt in Jubelarien auszubrechen. Warum ist es eigentlich so, dass man, wenn man in Hamburg zum Flughafen fährt, für das Taxi mittlerweile mehr ausgibt als für den Flug nach Budapest oder Istanbul? Ist das eine volkswirtschaftlich gesunde Entwicklung? Wenn man sieht, dass gerade der Flugverkehr Klimakonsequenzen hat und Flugzeuge in der Stratosphäre einen wesentlich größeren Effekt auf das Klima haben als Züge oder Schiffe, muss man sich die Frage stellen, ob Politik in diesem Bereich, anstatt einfach zu jubeln, nicht ganz andere Aufgaben habe und man sich – das ist kein Hamburger Thema, da gebe ich Ihnen Recht – nicht im Bundesrat dafür einsetze, dass die Bundesregierung – vielleicht auch die Große Koalition – es hinbekommt, den Kerosineinsatz im Flugverkehr künftig zu besteuern, so dass die Preise auch die ökologischen und weiteren Kosten widerspiegeln.

(Beifall bei der GAL)

Das ist ein Thema, das Sie nicht interessiert. Sie bejubeln, dass es immer mehr Billigflieger gibt.

(Dr. Andreas Mattner CDU: Sie stehlen sich schon wieder aus der Verantwortung!)

So einfach sollte man es sich nicht machen. Wenn ich ehrlich sein soll, fällt mir aus Hamburger Sicht zu diesem Thema nicht mehr ein. Wir sollten heute Abend auch

mehr Zeit für andere Debatten haben, die der Hamburger Politik mehr bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich nur gemeldet, um klarzustellen, dass nicht der falsche Eindruck entstehen darf, Herr Schmidt, dass es eine besondere Vorliebe für die low cost carrier gebe und nicht die gleiche Liebe zu den anderen, – wenn ich das so sagen darf – traditionellen Fluggesellschaften. Hier besteht Einigkeit: Wir sind froh über das zusätzliche Verkehrsaufkommen, das sie low cost carrier nach Hamburg bringen. Wir sind aber darauf angewiesen, dass die großen, Linienfluggesellschaften weiterhin ihre Dienste von Hamburg so abwickeln. Ich möchte das in aller Klarheit sagen. Wenn Sie die Rede von Herrn Mattner aufmerksam verfolgt haben, Herr Schmidt, werden Sie bemerkt haben, dass er diesen Punkt auch herausgestellt hat.

Wenn es einen Anlass gibt, über eine Entwicklung in Hamburg zufrieden zu sein, sollten sich Regierungs- und Oppositionsfractionen einmal richtig freuen.

(Zurufe von der GAL)

Herr Kollege, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede einige positive Dinge gesagt. Das soll nicht unterschlagen werden: Wir freuen uns über viele Touristen, die nach Hamburg kommen und zusätzliches Geschäft bringen, die zusätzliche Auslastung der tollsten Hotels bedeuten, die Einkäufe tätigen, die Taxen benutzen und die mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Ich wünsche mir viele zusätzliche Touristen in Hamburg. Ich sage ganz frei: Ich freue mich um so mehr, je mehr Geld diese hier in Hamburg ausgeben, denn dies wirkt sich direkt auf die Arbeitsplätze hier in Hamburg aus.

(Beifall bei der CDU)

Darüber sollte sich die GAL freuen, darüber sollten sich die Sozialdemokraten freuen. Die CDU-Abgeordneten freuen sich sowieso darüber.

Man sieht, dass sich der Hamburger Flughafen positiv entwickelt. Wir werden dieses Jahr wieder eine deutliche Steigerung bei den Fluggastzahlen bekommen. Dass wir einen neuen Terminal bekommen haben, Pier Süd, ist wunderbar. Wir haben Verbindungen nach Toronto und nach New York. Wir werden trotz Verschiebungen die Verbindung nach Dubai mit Emirates bekommen. Die große Sorge, die mir zu Beginn meiner Amtstätigkeit immer vorgetragen wurde, dass sich der Hamburger Flughafen zu provinziell entwickle, wird mir in den letzten zwei Jahren überhaupt nicht mehr vorgetragen.

(Bernd Reinert CDU: Ist doch gut!)

Ich bin froh, dass wir Ihnen diese Sorge genommen haben. Wir freuen uns, dass Hamburg seine Bedeutung als Luftfahrtstandort ausbaut und dass viele neue Arbeitsplätze in Hamburg entstehen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann stelle ich fest, dass die

- A Große Anfrage, Drucksache 18/2937 besprochen worden ist.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 14 auf, die Drucksache 18/3070, Bericht des Sozialausschusses: Aufbruch in der Opferschutzpolitik, und: Opferschutz ernst nehmen.

**[Bericht des Sozialausschusses über die Drucksachen
18/2096: Aufbruch in der Opferschutzpolitik
(Antrag der GAL)
18/2149: Opferschutz ernst nehmen (Antrag der SPD)
– Drucksache 18/3070 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/3150 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Gewalt verhindern, Opfer besser schützen
– Drucksache 18/3150 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Dressel, Sie haben es.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind hier ja schon fast unter uns.

Fangen wir mit dem Positiven beim Thema Opferschutz an: Nach mehrmonatiger Beratung haben wir uns im Sozialausschuss auf weiter Strecke auf eine überparteiliche Opferschutzinitiative einigen können. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, vor allem, weil es bei diesem Thema gut ist, dass wir in bestimmten Bereichen keinen Streit über Fraktionsgrenzen hinweg haben. Nichtsdestotrotz, nach monatelangem Auf-Zeit-Spielen haben Sie, Frau Spethmann, wenige Tage vor der Bundestagswahl – der Wahlkampf lässt grüßen – Ihre Fraktion auf Kurs gebracht. Ihnen persönlich nehmen wir das Engagement dort durchaus ab. Aber der Rest Ihrer Fraktion – so ist jedenfalls unsere Einschätzung – denkt, bei anständiger Kriminalitätsbekämpfung bräuchten wir keinen Opferschutz. Weit gefehlt, meine Damen und Herren.

Leider haben Sie vieles, was an Vorschlägen auf dem Tisch lag, verwässert und in folgenlose Berichts- und Prüfungsersuchen umgewandelt. Peinlich ist insbesondere Ihr Begehren, der Senat solle Finanzbedarf im Opferschutz ermitteln. Was soll das? Die Zahlen liegen alle auf dem Tisch. Wir wissen alle ganz genau, wo es Kürzungen gegeben hat. Da wäre von Ihrer Seite mutiges Gegensteuern gefragt gewesen. Es ist sehr traurig, dass Ihnen da der Mut gefehlt hat.

(Beifall bei *Jürgen Schmidt und Britta Ernst, beide SPD*)

Kommen wir zu den noch weniger lobenswerten Dingen. Insofern ist es gut, dass die Sozialsenatorin dort auf der Senatsbank Platz genommen hat, denn sie ist ja seit knapp einem Jahr für den Bereich des Opferschutzes zuständig. Sie hat die Zuständigkeit vom Justizsenator übernommen. Nun könnte man ja sagen, es sei schon einmal gut, dass nicht mehr Roger Kusch für das Thema zuständig ist, denn er hat sich überhaupt nicht um das Thema gekümmert. Aber weit gefehlt: Auch bei diesem Thema, Frau Sozialsenatorin Schnieber-Jastram, haben Sie sich bislang ein rechtes Armutszeugnis ausgestellt. Bisher haben Sie es nämlich nur geschafft, in Ihrem Bereich die ministeriellen Kompetenzen im Opferschutz zu bündeln. Davon haben aber die Opfer von Straftaten

nichts. Diese wollen an die Hand genommen werden und zu Opferhilfe-Einrichtungen weitergeleitet werden. Bei der zentralen Aufgabe, um die es geht, nämlich die Lotsenstelle für den Opferschutz mit einer 24-Stunden-Hotline zu realisieren, haben Ihre Behörde, Sie als Senatorin und Ihr Staatsrat außer Sprechblasen bisher nichts vorzuweisen gehabt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist peinlich, vor allem, wenn man sich anschaut, dass dieser Antrag auch aus Ihrer Fraktion kam. Frau Spethmann wird sich an die Drucksache noch erinnern. Sie steht dort oben bei der beantragenden Fraktion ganz vorn. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie dies gegenüber dem Senat viel deutlicher eingefordert hätten.

Die Opfer von Straftaten und die Bürger insgesamt warten auf diese Lotsenstelle. Insofern kann man bei diesem Punkt nicht gerade das Gefühl haben, dass bei Ihnen das Thema Opferschutz wirklich in den richtigen Händen ist, Frau Senatorin.

Etwas mehr Opferschutzengagement – vielleicht nicht heute, da er gerade nicht da ist – kann man beim Kollegen Nagel feststellen. Er hat jetzt das Opferschutzkommissariat gegründet. Drei Jahre hat es gebraucht, bis es im LKA Wirklichkeit geworden ist.

(*Bernd Reinert CDU*: Wie viele Jahre hat es das also nicht gegeben? 44 Jahre! – *Gegenruf von Petra Brinkmann SPD*: Das ist doch bescheuert, was Sie da sagen!)

– Darum geht es an dieser Stelle nicht, da dies eine Sache ist, die neu gebündelt wurde. Warten Sie ab, ich habe gerade sogar etwas Positives gesagt: dass Sie es jetzt endlich auf den Weg gebracht haben.

Die Frage ist, ob dieses Opferschutzkommissariat hält, was es verspricht. Dazu brauche ich gar nicht meine eigene Position vorzutragen, sondern nur, was der Bund der Deutschen Kriminalbeamten dazu gesagt hat. Dieser spricht nämlich von einer Mogelpackung. Bestimmte Sachen kann man nämlich einfach an der Organisation dieses Opferschutzkommissariats ablesen. Sie haben dort bestimmte Sachen mit einem neuen Türschild versehen, die bereits existierten. Auch an dieser Stelle sind also deutliche Differenzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit festzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Man könnte die Liste beliebig verlängern. Ihr Stillstand beim Ausbau von Zeugenbetreuungsziimmern, Ihr Knauern bei der Entschädigung nach dem Opferentschädigungsgesetz und Ihr unwürdiges Gezerre um die Zukunft der rechtsmedizinischen Untersuchungsstelle sind nur einige Beispiele und das bei steigenden Opferzahlen. Herr Ahlhaus, Sie sagen immer, wir hätten weniger Opfer in Hamburg. Das stimmt nicht. Die Opferzahlen haben zugenommen, 2004 waren es 6,4 Prozent plus. Das ist eine Zahl, die Sie gelegentlich zur Kenntnis nehmen sollten.

Dazu gehört auch – damit komme ich zu unserem Zusatzantrag –, dass wir in Hamburg die Vorreiterrolle nicht verspielen dürfen, die wir bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt innehatten, sondern sie verteidigen müssen. Deshalb haben wir einen Zusatzantrag eingebracht, der das Thema Gewaltschutz noch einmal in den Mittelpunkt rückt. Wir wollen damit Lücken, die zwischen dem Ge-

- A waltenschutzgesetz des Bundes und dem Hamburger Polizeirecht bestehen, nach dem Vorbild Rheinland-Pfalz schließen. Auch wenn wir das im Rahmen des Polizeirechtes schon einmal diskutiert haben – das ist richtig –, setzen wir dies so lange wieder auf die Tagesordnung, bis bei Ihnen der Groschen gefallen ist. Sie sollen sich noch einmal mit der Sache auseinandersetzen, denn die Zahlen sprechen für sich: Hamburgweit gab es im Jahr 2004 knapp 900 polizeiliche Wegweisungen eines Gewalttäters auf Basis des Polizeigesetzes. Allerdings stellten nur 238 Opfer im gleichen Zeitraum einen Antrag nach dem Gewaltschutzgesetz. Hier muss das Opfer selbst aktiv werden. Dem Opfer wird auferlegt, selbst zum Zivilgericht zu gehen und diesen durchaus aufwändigen Antrag zu stellen. Wir sollten erwägen, ob wir dies nicht durch Instrumente im Polizeigesetz ergänzen, nämlich mit dem Kontakt- und Näherungsverbot, das im Gewaltschutzgesetz steht. Wir würden der Polizei noch zusätzliche Möglichkeiten gegen Schläger und andere Gewalttäter an die Hand geben, wenn wir dieses im Polizeigesetz implementieren würden.

Zu dem anderen Punkt möchte ich nichts weiter sagen. Das Berichtersuchen spricht für sich. Nur zu den Zahlen möchte ich etwas sagen: 50 Prozent der Gewalttaten in Hamburg spielen sich im Familien- und Bekanntenkreis ab. Wir wollen mit unserem Berichtersuchen umfassend Klarheit erhalten, wo wir in Verhältnissen sozialer Nähe ansetzen können, um präventiv etwas zu tun. Was passiert, was kann noch getan werden? Wir können uns vielleicht alle hinter dem Motto versammeln "Null Toleranz für Gewalt in der Familie". – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

B

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort bekommt die Abgeordnete Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Dressel, ich finde es erstaunlich, dass Sie bei medienwirksamen Auftritten dabei sind, die eigentliche Arbeit aber Ihre Frauen in der Fraktion machen müssen. Ich finde das ziemlich bezeichnend.

(Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD:* Wir kommen auch noch, keine Panik!)

Bei der richtigen Arbeit, bei den einzelnen Initiativen und Opferschutzeinrichtungen habe ich Sie noch nie gesehen. Dort sehe ich immer nur Ihre Kolleginnen. Sie sind immer nur dort, wenn es um eine Pressemeldung geht oder darum, als erster zu reden. Die Fleißarbeit im Hintergrund aber machen Ihre Damen. Das finde ich bezeichnend für Ihre Einstellung zur Politik.

(*Dr. Till Steffen GAL:* Der Komplex scheint ja tief zu sitzen!)

So ist auch der Opferschutz, den Sie betreiben. Opferschutz ist für Sie Medienarbeit, aber nicht mehr. Für uns ist es ein konstantes Arbeiten. In diesem Parlament arbeiten wir alle daran. Wir wollen mehr Opferschutz. Wir sind hier gar nicht unterschiedlicher Auffassung. Lassen Sie deshalb doch diese Effekthascherei, kommen Sie lieber zu den sachlichen Punkten.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in den letzten Jahren häufig über dieses Thema beraten. Wir haben im Ausschuss lange und ausgiebig beraten. Wir haben sehr viel von den Behörden erfah-

ren. Der Senat hat in den letzten Jahren eine Vielzahl von Punkten umgesetzt, auch der rotgrüne Senat. Frau Peschel-Gutzeit hat auch bundesweit als Vorreiterin viel getan. Dieser Senat hat diese Arbeit fortgesetzt. Die CDU-Fraktion unterstützt diese Arbeit. Es gibt Punkte, die man noch verbessern kann. Ich komme aber auch auf vieles, das erfolgreich ist.

Erstens, in der Justiz: Das Opfer wird im Strafverfahren erheblich mehr geschützt als noch vor ein paar Jahren. Ich erinnere mich an Diskussionen vor zehn, 15 Jahren, da war das Opfer wirklich Opfer. Heute ist es Teil des Strafverfahrens. Es gibt den Opferanwalt. Es gibt die Videovernehmung. Es hapert vielleicht manchmal bei dem einen oder anderen Richter in der Umsetzung, da sie nicht verstehen, wie man so etwas technisch und menschlich am besten umsetzt. Es gibt die Zeugenbetreuung. Diese Zeugenbetreuung in Hamburg ist bundesweit einmalig. Wenn Sie dort von einem Ausbau sprechen, Herr Dr. Dressel, muss man sich fragen, ob es sich lohne, in einem Außengericht eine solche Vielzahl von Mitarbeitern vorzuhalten, wie Sie es fordern, oder ob das System nicht besser ist, das hier läuft. Im Bedarfsfall werden bei manchem kleinen Außengericht die Zeugenbetreuer erscheinen, aber nicht dauerhaft vorrätig gehalten werden. Ich halte diese Lösung für richtig und für kompatibel. Als Anwältin weiß ich, dass sie auch umsetzbar ist, da man jederzeit so etwas nach vorheriger Absprache machen kann. Gerichtsverhandlungen finden nicht spontan statt, sondern sind meistens planbar.

Es gibt Forderungen, über die man noch nachdenken kann: was die Nebenklage in Jugendverfahren angeht oder den Opferanwalt bei schweren Delikten. Ich weiß, da bin ich teilweise mit der GAL nicht einer Meinung, sonst sind wir dort oft einer Meinung.

Zur Innenpolitik: Was Sie hier zum Thema Opferschutzreferat vorgebracht haben,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* -kommissariat!)

– zum Opferschutzkommissariat,

ist eine große Ungerechtigkeit. Dieses Opferkommissariat besteht aus drei Sachgebieten, aber das Entscheidende ist das Referat Opferschutz. Es hat sechs Stellen. Davon ist eine nicht besetzt. Das ist die zukünftige Stelle des Leiters dieses Kommissariats. Es soll natürlich nicht ständig für Opfer zur Verfügung stehen, sondern die Mitarbeiter der Polizei schulen. Was gibt es Besseres, als wenn alle Mitarbeiter für Opfer sensibilisiert sind? Das ist doch das Entscheidende.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Dagegen spricht ja überhaupt nichts!)

– Dann unterstützen Sie das Ganze doch. Was Sie hier immer verbreiten, sind einfach Lügenmärchen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Dann hat der Bund der Kriminalbeamten also gelogen! – Unmutsbekundungen bei der SPD)

Als nächstes: die Koordinierungsstelle bei der Behörde für Soziales. Die CDU hat dieses Referat gefordert. Es ist mit Senatsmitteln umgesetzt worden. Wir sind sehr froh darüber. Ein solches Opferschutzreferat ist einmalig in Deutschland. Wir danken dem Senat, dass es gelungen ist, dieses Projekt zu initiieren.

(Beifall bei der CDU)

C

D

- A Dieses Opferschutzreferat hat nicht die Aufgabe, jede einzelne Aufgabe im Opferschutz zu lösen. Es soll auf rein ministerieller Ebene alles zusammenfassen. Es muss für den Senat eine Meinung bilden. Es war deshalb sehr wichtig. Dort findet sich Fachkompetenz. Die Mitarbeiter haben sich in vielen Opferprojekten bewährt, sind am Runden Tisch und an Arbeitskreisen beteiligt und sind im Arbeitskreis Stalking, aber auch bundesweit beteiligt. Es sind exzellente Mitarbeiter, die dort hervorragende Arbeit leisten können und alles zusammenfassen. Deshalb ist es auch richtig, diese Stelle in der Sozialbehörde anzusiedeln, weil dort die meisten Projekte laufen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das bestreitet ja auch niemand!)

- Sie haben es bestritten, Herr Dr. Dressel. Sie haben gesagt, es sei dem Justizsenator entzogen worden. Bei ihm sei es nicht richtig gewesen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ich habe gesagt, dass es in der Sozialbehörde gut aufgehoben ist!)

- Sie haben es aber unter einem anderen Gesichtspunkt gesagt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist richtig!)

- Eben. Und ich will diesen Gesichtspunkt ändern.

Es passt fachlich in die Sozialbehörde. Dort ist es richtig und dort wird es hervorragend betreut.

(Beifall bei der CDU)

- B Es gibt Bereiche, die dort jetzt geklärt werden. Das kann im Laufe der Zeit und so schnell nicht geschehen, da diese Stelle erst installiert worden ist. Es wird Punkte geben, bei denen einiges geregelt werden muss, wie bei den Frauenhäusern, wo wir zum Anfang nächsten Jahres auf eine Lösung und ein Konzept warten, die uns vorgelegt werden sollen.

Zur Telefon-Hotline, die Sie angesprochen haben: Wir wünschen eine solche Hotline. Wie das geregelt wird, muss genau geprüft werden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie haben doch gesagt, im August sei diese schon eingeweiht!)

- Herr Dr. Dressel, das hängt maßgeblich davon ab, ob das Konzept finanziell tragbar ist. Das kann möglicherweise bei einer Interventionsstelle liegen oder auch bei der Polizei. Es kann sinnvoll sein, dass die Polizei etwas tut. Es kann aber auch anders sein.

Hiermit komme ich zur Interventionsstelle: Die Interventionsstelle hat ein Modellprojekt, das auch von der CDU-Fraktion initiiert worden ist. Dass unter dieser Haushaltslage neue Projekte von der CDU-Fraktion und dem Senat installiert wurden, ist unglaublich. Darüber sagen Sie gar nichts.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dann haben Sie ein Frauenhaus geschlossen!)

Das ist heute bundesweit einmalig. So etwas gibt es kaum.

Die Interventionsstelle wird jetzt evaluiert. Wir müssen abwarten, was dabei herauskommt.

Es ist möglich, dass dieser Träger diese Arbeit weitermacht, es kann aber auch sein, dass jemand anderes sie fortführt. Davon hängt die Zukunft der Hotline ab. Insoweit

denke ich, dass wir diese Entscheidung abwarten sollten, weil nur ein Träger, der diese Hotline auch rund um die Uhr betreuen kann, ein sinnvoller Träger ist.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Es soll also nicht in der Behörde passieren!)

Ich bin hierfür offen, aber ich wäre durchaus dafür, dass es ein Träger ist, der entsprechende Mitarbeiter hat, die das umsetzen können.

Dann zu dem Thema "Gewaltschutzgesetz". Dieses Gewaltschutzgesetz ist von allen Parteien umgesetzt worden. Durch die CDU-Regierung und durch die CDU-Mehrheit ist inzwischen das SOG geändert worden. Es gibt Meldepflichten der Amtsgerichte. Seitdem wissen die zuständigen Kommissariate vor Ort genau, welche einzelnen Maßnahmen für die einzelnen Haushalte durchgeführt worden sind. Hiermit kann der einzelne Polizeibeamte in seinem Einsatz richtig agieren.

Die CDU-Fraktion fordert hier mit dem Antrag auch einen Landesaktionsplan. Ein Landesaktionsplan ist nicht unbedingt etwas Großes und Neuartiges. Wir halten ihn aber insoweit für wichtig, um die Öffentlichkeit zu schärfen.

Nichts ist wichtiger, als dass die Öffentlichkeit mitbekommt, dass es Opfer gibt und was man für Opfer unternehmen muss. Das Opfer wird nur dadurch bekannt und erhält dann Hilfe, wenn eine Anzeige vorliegt oder die Polizei beziehungsweise eine Opferhilfeeinrichtung überhaupt angesprochen wird. Das geschieht nicht allein von der Polizei, sondern normalerweise durch Nachbarn, Freunde oder Familienmitglieder, die hier die Polizei anrufen.

Insoweit finde ich das auch etwas falsch, was Sie hier vorgebracht haben, Herr Dr. Dressel. So, wie Sie hier irgendwelche Berichtspflichten fordern – uns ist viel berichtet worden und wird auch weiterhin berichtet werden –, ist Ihr Antrag wiederum nur reine Effekthascherei.

Was Sie aber zu dem Thema "Stalking" hinsichtlich Ihrer Gesetzesänderung hier vorbringen, haben wir schon ausführlich im SOG diskutiert.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Zu dem Thema Stalking steht da überhaupt nichts drin. Sie haben es überhaupt nicht gelesen, Frau Spethmann!)

Sie haben hier zum Gewaltschutzgesetz einen Gesetzesantrag gemacht. Dieser ist insoweit falsch. Und hier muss ich Sie auch einmal juristisch belehren. Das Gewaltschutzgesetz im Vergleich zum SOG ist Lex specialis, um hier einmal juristisch zu werden. Das SOG wäre also immer nachrangig, Herr Dr. Dressel. Das war juristisch falsch und insoweit werden wir Ihrem Antrag in der Hinsicht auch nicht zustimmen.

Ich denke mal, eine Sache, die wir auch im Ausschuss intensiv angesprochen haben, ist der Bereich "Kinder als Opfer mittelbarer Gewalt". Auch hier sieht die CDU-Fraktion einen Handlungsbedarf. 60 Prozent der hilfesuchenden Mütter bei der Interventionsstelle haben Kinder. Diese Kinder sind Opfer mittelbarer Gewalt und es gibt bisher keine ausreichenden Opferhilfeeinrichtungen, die sich um diese Kinder kümmern. Das sind die Täter von morgen. Hier sehen wir einen Handlungsbedarf und denken, dass wir hier gemeinsam daran arbeiten müssen. Wir machen keine Effekthascherei, sondern sehen hier effektive Arbeit.

- A Ich glaube, das alles zeigt, dass es noch einiges zu tun gibt. Es ist viel geschehen. Hamburg ist Vorreiter im Opferschutz. Wir werden weitere Verbesserungen ohne Effekthascherei vornehmen. Lassen Sie uns daher an diesem Thema ruhig und konstant weiter arbeiten. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL: Vielen Dank. Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch auf die Gefahr hin, dass Sie vielleicht denken, ich sei harmoniesüchtig oder etwas Ähnliches, will ich einmal versuchen, die Wogen etwas zu glätten, weil ich glaube, dass wir hier in der Tat ein Thema haben, das sich lohnt, sehr positiv in Bezug auf das, was in der Vergangenheit schon getan worden ist und auch in Bezug auf das, was wir hier doch im Zusammenspiel von Opposition und Regierung vielleicht auch für die Zukunft hinbekommen werden, zu betrachten.

(Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Frau Dr. Lappe, darf ich Sie einmal kurz unterbrechen. Es ist wirklich eine solche Unruhe hier, das geht so nicht. Dann gehen Sie bitte hinaus. – Vielen Dank.

- B **Dr. Verena Lappe** (fortfahrend): Herr Dr. Dressel hat es gesagt und im Grunde genommen kann man das nicht oft genug sagen: Die Initiative zu dem, was jetzt CDU und der Senat wünschen, ist von Ihnen und uns ausgegangen. Es hat einen langen Prozess gegeben. Das habe ich nicht so negativ bewertet wie Sie, weil ich glaube, dass es letztlich ein Erfolg für Sie und uns ist, dass unsere Anregungen auch ernsthaft diskutiert und in einigen Teilen auch übernommen worden sind. Dass wir hieran weiter arbeiten müssen, ist keine Frage und wir werden dieses Spiel zwischen Opposition, Regierungsfraktion und Senat gern weitermachen, wenn es sachdienlich weiter läuft und vielleicht auch mit den Erfolgen, die wir bis jetzt schon erreicht haben.

Ich denke in der Tat auch, dass es wichtige Schritte in die richtige Richtung gewesen sind, die schon eingeleitet worden sind und hoffentlich auch fortgesetzt werden. Auf einige Schritte haben Sie schon angespielt. Ich möchte noch ergänzen, dass in Zukunft ein besserer Datenaustausch zwischen Behörden, Polizei und Gerichten vorhanden sein wird, damit man auch bei der Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes nachverfolgen kann, wo schon Schutzanweisungen und Ähnliches ausgesprochen sind, damit die Polizei vor Ort in Gefahrensituationen bessere Handlungsmöglichkeiten hat. Auch eine verbesserte Datenerfassung bei Polizei und Gerichten ist vorteilhaft, damit auch der Erkenntnisstand über die Struktur des Phänomens Gewalt in der Familie im sozialen Nahraum mehr erweitert wird. Das ist auch ein wichtiger Schritt in die Zukunft. Das betrifft auch die Umstrukturierung des Landeskriminalamts und für mich ist es in der Tat nur eine Umstrukturierung mit einer leichten Akzentverschiebung, weil für mich das bisherige LKA 151 im Prinzip auch so etwas wie eine Art Opferreferat war. Sie haben es umbenannt und wollen mehr Personal hineinstecken. Das heißt, es gibt eine höhere Bewertung dieser

C Arbeit innerhalb der Polizei. Ich glaube, dass das auch wünschenswert ist, insbesondere in der Kombination mit den Beamten, die sich dann vor Ort in den einzelnen Polizeirevieren diesem Thema widmen werden. Ich glaube, dass das wirklich sinnvoll ist, genauso wie auch die Zusammenfassung im Opferschutzreferat in der Behörde für Soziales und Familie.

Bei dem beabsichtigten Landesaktionsplan, kann man nur konstatieren, dass das eine gute Sache ist, die wir auch gewollt haben. Wir werden sehen, wie schnell und mit welchen Inhalten Sie tatsächlich zu Ergebnissen kommen. Daran werden Sie in naher Zukunft gemessen werden müssen.

(Beifall bei der GAL)

Eine Sache, die mich etwas verstimmt hat, möchte ich doch noch einmal geraderücken, Frau Spethmann. Die Initiative zur Interventionsstelle "pro-aktiv" ist nicht von Ihnen gekommen, sondern von uns, und Sie haben sie dann umgesetzt. Das ist löblich und gut. Sie haben es zwar nicht so umgesetzt, wie wir es gern gehabt hätten, aber es ist trotzdem eine Einrichtung, die, wie wir nun wissen, funktioniert und arbeitet sowie auch schon eine Reihe von Erkenntnissen produziert hat.

Kritisch bleibt anzumerken, dass Sie sich bisher verschlossen haben, eine relativ einfache Verbesserung der psychologischen Versorgungslage von Kindern und Jugendlichen vorzunehmen, die Gewaltopfer werden. Das haben Sie selbst auch erwähnt. Hier hätte man schon mit einer Bundesratsinitiative etwas unternehmen können, um den Deckungsgrad mit Kinder- und Jugendpsychotherapeuten und -therapeuten in Hamburg zu verbessern, ohne dass es etwas kostet. Das wäre schon mal ein relativ leichter Schritt gewesen, aber diesen Weg sind Sie nicht gegangen.

D Das Wort Täterarbeit gibt es bei Ihnen nach wie vor nicht. Die finanzielle Situation bei den Hilfeeinrichtungen, die in freier Trägerschaft sind, ist zwar in Ihrem Petition enthalten, aber das erscheint mir bisher auch nur ein Feigenblatt zu sein, angesichts dessen, wie Sie sich in der Vergangenheit gerade bei diesen Trägern mit Kürzungen engagiert haben.

Ich hoffe, dass Sie hier eine Einsicht haben und vor allen Dingen auch sehen, dass mit der Art Lotsenfunktion, die "pro-aktiv" besitzt und die letztlich sowohl beim Opfer-schutzreferat als auch bei der Dienststelle im LKA vorhanden ist, eher noch mehr Klientinnen für diese Hilfeeinrichtung produziert werden. Hier können Sie nicht tatenlos zusehen, sondern es muss eine Lösung gefunden werden.

(Glocke – Karen Koop CDU: Richtig!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Frau Abgeordnete, darf ich Sie nochmals unterbrechen. Ich finde es der Rednerin gegenüber sehr unhöflich, was Sie hier machen. Ich hatte schon vorhin um etwas mehr Ruhe gebeten.

Dr. Verena Lappe (fortfahrend): Danke, Frau Präsidentin. – Ein weiterer Punkt ist die Situation für Frauen in Hamburg zum Thema häusliche Gewalt, die von einem Migrationshintergrund herrühren. Dieser Punkt ist in allen Anträgen nicht enthalten. Ich muss ehrlich sagen, dass wir meiner Meinung nach früher diesen Punkt in unseren

- A Antrag auch nicht aufgenommen haben. Ich muss mich korrigieren, unser Antrag enthält doch etwas zum Thema Zwangsehe. Das müssen wir uns jetzt natürlich noch einmal näher anschauen, insbesondere, seitdem der Zwischenbericht von "pro-aktiv" vorliegt.

Die Ergebnisse zeigen sehr deutlich, dass gemessen am Anteil der Hamburger Bevölkerung sehr viel mehr Migrantinnen das Angebot von "pro-aktiv" nutzen und gleichzeitig auch sehr viel mehr von ihnen durch die Hilfe nicht erreicht werden. Das sind die ersten Ergebnisse. Hier müssen wir uns etwas einfallen lassen, aber aus Ihrer Behörde, die dieselbe Behörde ist, werden alle Angebote an Beratungen für Migrantinnen gestrichen. Hierüber werden wir nächste Woche im Sozialausschuss reden, wenn wir uns mit den Integrationscentern beschäftigen. Dort muss dann auch noch einmal deutlich diese Frage angesprochen werden, inwieweit wir hier präventiv und unterstützend für Frauen mit Migrationshintergrund in Hamburg aktiv werden können.

Das betrifft auch das Thema Stalking, welches wir auch im Sozialausschuss erörtern werden. Hier hat sich gezeigt, dass sich der Senat mit der Prüfung der Beratungsangebote für Stalking-Opfer hier in Hamburg sehr zurückhaltend, auch gegenüber einem Antrag aus Ihren Reihen, verhält. Das Ergebnis konnte man sich fast denken: Es gibt eigentlich keinen Handlungsbedarf, denn es ist alles bestens.

In Wahrheit aber ist es doch so, dass im LKA eine einzige Frau mit einer halben Stelle sitzt, die Stalking-Opfer in Hamburg beraten soll. Das ist doch unvorstellbar. Eine Lotsenfunktion kann sie auch nicht wahrnehmen, weil es keine entsprechenden Angebote außer bis zu einem gewissen Grad bei "pro-aktiv" gibt. Es gibt keine entsprechende finanzielle Ausstattung und keine Überlegungen in dieser Stadt, diese Angebote zu erweitern. Hier muss noch vieles getan werden.

B

Um es zusammenzufassen, man muss ein bisschen aufpassen, dass wir nicht bei den administrativen und repressiven Ansätzen hängen bleiben, sondern auch an die gesellschaftspolitischen und sozialen Aspekte von Gewalt und insbesondere häuslicher Gewalt in unserer Gesellschaft näher herankommen.

Meine Kritik richtet sich ein wenig an Ihren Antrag, Herr Dressel, weil ich der Überzeugung bin, dass eine Verschärfung des SOG, wie Sie sie vorschlagen, nicht wirklich hilfreich ist. Ich bin der Meinung, dass die Dinge, die Sie der Polizei übertragen wollen, eigentlich in richterliche Hände gehören und Sie öffnen das nicht nur zum Thema häusliche Gewalt, sondern auch für andere Gewalttaten. Hinsichtlich Befristung, Kontakt und Näherungsverbote ist alles viel zu offen, was aus meiner Sicht so nicht in Ordnung ist. Das ist eine Aufgabe, die ein Richter oder eine Richterin zu entscheiden hat und nicht die Polizei. Daher werden wir diesem Teil Ihres Antrags auf gar keinen Fall folgen.

Die Berichtersuchen in Teil 1 Ihres Antrags kann man so durchführen, aber auch hier sehe ich, dass Sie eher einen Schwerpunkt auf repressive, polizeiliche Maßnahmen legen und der Anteil an Ideen zu sozialpolitischen Maßnahmen überaus gering ist. Ich finde, in dem Bereich müssen wir uns alle gemeinsam noch ganz heftig anstrengen, insbesondere natürlich der Senat, wenn er nicht will, dass das, was auf den Weg gebracht worden ist, nur

als Strohfeuer verpufft, sondern tatsächlich auch ein Dauerbrenner wird.

C

Gemessen werden Sie mit Sicherheit schon sehr bald, wenn Sie Ende des Jahres oder Anfang des nächsten Jahres Ihr Konzept zu den Frauenhäusern vorlegen. Hier wird sich dann zeigen, wenn Sie Vorschläge zur Frauensituation unterbreiten, ob es Ihnen tatsächlich mit den Maßnahmen zur Hilfe der Opfer ernst ist und es möglicherweise nicht nur einseitig um Verfolgung von Tätern geht. Dann wird sich auch zeigen, ob es geeignete Kapazitäten, Finanzierungen und Qualität für Beratung und Unterbringung der Opfer von häuslicher Gewalt gibt und ob man auch den spezifischen Erfordernissen von Migrantinnen gerecht wird. Das sind genau die Fragen, bei denen Sie bisher noch keine ausreichenden Akzente gesetzt haben.

Ich glaube auch, dass man Opfer nicht noch zu Opfern von Sparzwängen machen kann. Das sollte man unter gar keinen Umständen tun und ich fordere Sie auf, auch auf dieser Ebene endlich Taten folgen zu lassen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Brinkmann.

Petra Brinkmann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Spethmann, jetzt kommen die Frauen der Fraktion. Wir haben hier eine ganz klare Arbeitsteilung. Die rechtliche Position hat Herr Dr. Dressel vertreten und ich führe die sozialpolitische Diskussion. So war das von vornherein völlig klar abgegrenzt.

D

Ich denke, Sie haben auch Recht, Frau Spethmann, wenn Sie sagen, dass es viele Punkte gibt, in denen wir uns einig sind und dass in der letzten Zeit auch einiges passiert ist. Aber es bleiben für unsere Fraktion nach wie vor kritische Punkte und auch Anmerkungen.

Und ich kann es nicht unterlassen, dass ich zu dem Punkt Interventionsstellen noch etwas ergänzen muss, Frau Lappe. Sie haben zwar Recht, die Interventionsstelle ist nicht auf Forderung der Regierungsfraktion oder freiwillig und gern durch den Senat entstanden, sondern es gab ein Bundesgesetz der rotgrünen Bundesregierung, das so genannte Opferschutzgesetz. Danach waren die Länder einfach verpflichtet, diese Interventionsstellen einzurichten. Sie haben diese Stellen von den Frauenhäusern finanziert, indem Sie ihnen 200 000 Euro genommen haben. Dass Sie sich hiermit schmücken, finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Es mag sein, dass wir vielleicht nicht genügend Ausdauer haben, aber uns gefällt es überhaupt nicht, wie die Arbeit in dem Ausschuss verlaufen ist. "Der Berg kreierte und er gebar eine Maus". So kann man die Arbeit in den letzten Monaten zu diesem Thema im Sozialausschuss beschreiben.

Schon während der ganzen Legislaturperiode haben die Oppositionsparteien den Senat und die Regierungsfraktion mit Anträgen zum Opferschutz konfrontiert. Seit April haben wir das Thema im Sozialausschuss gehabt. Dreimal haben wir das Thema auf Wunsch der CDU-Fraktion mit der Ankündigung verschoben, einen haushaltsrelevanten Antrag zu erhalten, der in der Fraktion intensiv

- A beraten und natürlich mit dem Senat abgestimmt werden musste.

Der so entstandene und lange angekündigte Antrag der CDU bringt als Ergebnis überhaupt nichts Neues. Es werden Forderungen aus den Anträgen der SPD und GAL genannt und der von der Opposition vorgeschlagene Landesaktionsplan, über den Sie vorhin auch noch einmal berichtet haben, wird dem Senat zur Umsetzung empfohlen. Die darin aufgeführten Punkte sind wiederum alles Forderungen der Opposition.

Wir begrüßen es natürlich, dass auch Sie sich endlich Gedanken zur Betreuung und Versorgung von Kindern machen, die mittelbar an den Gewalthandlungen beteiligt sind und häufig dadurch lebenslange traumatische Schäden erleiden müssen.

Aber, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, war es nicht Ihr Senat, der in den Frauenhäusern alle Psychologenstellen gestrichen und eingespart hat? Und ist es nicht die CDU-Fraktion, die die Bearbeitung des Themas psychisch kranker Kinder in den Ausschüssen jetzt seit Monaten, seit Mai, vertagt und immer weiter schiebt?

(Dirk Kienscherf SPD: So sind sie!)

Hier ist die Polizei schon ein ganzes Stückchen weiter. Die Polizei hat zum Opferschutztag eingeladen und schreibt dann in ihrer Einladung, die ich gerade heute erhalten habe und Ihnen gern vorlesen möchte:

- B "Ergänzend dazu meldet die Polizei regelhaft Sachverhalte an die Jugendämter, wenn bei einem Einsatz bei häuslicher Gewalt Kinder im Haushalt leben, denn was leider häufig vergessen wird, ist die Tatsache, dass Kinder Leidtragende von häuslicher Gewalt sind, da sie die Gewalt zwischen Eltern alltäglich erleben müssen."

Das sollten Sie sich einmal hinter die Ohren schreiben und dann sollten wir endlich einmal in diesem Punkt zu Potts kommen.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Verena Lappe GAL)

Es macht schon sehr nachdenklich, wenn Sie jetzt nach drei Jahren der Diskussionen und Kürzungen in diesem Bereich den Senat auffordern, den Finanzierungsbedarf zu ermitteln und zu prüfen, wie dieser gedeckt werden kann.

Sie sprechen in Ihrem Antrag auch das Modell der Stiftung an. Das hat die SPD-Fraktion schon 2002 in zwei Anträgen eingebracht und wir haben hierüber eine ausführliche Debatte geführt, in der Sie die Möglichkeiten der Finanzierung durch eine Stiftung vehement abgelehnt haben.

Schön, dass auch Sie die Chance erkannt haben und auf unseren Vorschlag zurückkommen. Schade, dass dieser Senat die seinerzeit vorhandenen Mittel aus der Gewinnabschöpfung heute in den allgemeinen Haushalt zurückfließen lässt und dass Ihnen heute hierfür gar kein Geld mehr zur Verfügung steht. Das ist auch schade für den Opferschutz in Hamburg, für den wir dringend eine gesicherte und verlässliche Finanzierung gebrauchen können.

Und ein letztes Wort an die Frau Senatorin. Heute hat das Spendenparlament Anträge beschlossen und in der Zeitung veröffentlicht. Es müsste Ihnen eigentlich zu

denken geben, dass über 90 Prozent der Anträge an Frauenberatungsstellen und an Frauenprojekte gehen, also überall an solche Projekte, an denen Sie massiv gespart haben.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Verena Lappe GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/3150. Diesen möchte die GAL-Fraktion ziffernweise abstimmen lassen.

Wer möchte Ziffer 1 des SPD-Antrages annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt Ziffer 2 des SPD-Antrages zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nun zum Bericht des Sozialausschusses aus der Drucksache 18/3070. Hierzu hat die SPD-Fraktion eine ziffernweise Abstimmung beantragt.

Wer möchte Ziffer 1 der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wer stimmt Ziffer 2 der Ausschussempfehlung zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte Ziffer 3 a der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer stimmt Ziffer 3 b der Ausschussempfehlung zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei vielen Enthaltungen so beschlossen.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 19, Drucksache 18/3006, Antrag der GAL-Fraktion: Konsensuale Streitschlichtung fördern, Gerichte entlasten, Rechtsfrieden stärken – Gerichtliche Mediation in Hamburg einführen!

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Konsensuale Streitschlichtung fördern, Gerichte entlasten, Rechtsfrieden stärken – Gerichtliche Mediation in Hamburg einführen! – Drucksache 18/3006 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Rechtsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Gerichtliche Mediation – das ist mit einem Fremdwort verbunden. Was bedeutet Mediation eigentlich? Und damit Herr Müller-Kallweit nicht an der Sprachbarriere scheitert, will ich das Thema mit einer kleinen Geschichte einführen, und zwar mit dem Wiesbadener Lampenstreit. Einige von Ihnen wissen, dass ich aus Wiesbaden komme. Dort hat sich in den letzten Jahren eine sehr interessante Geschichte zugetragen,

A (Wolfhard Ploog CDU: Werden Sie da eigentlich vermisst?)

und zwar in einer Bungalow-Einfamilienhaus-Siedlung, die in den Siebzigerjahren entstanden ist, wo sich die Nachbarn lange Jahre kannten und einer von dem anderen wusste, was er tut. Dann zog ein neuer Nachbar ein. Der neue Nachbar war ein junger Beamter des Bundeskriminalamtes. Das Haus gehörte seinem Vater. Dem jungen BKA-Beamten fiel nichts Besseres ein, als zuerst einmal den Garten kräftig auszulichten. Das stieß bei den Nachbarn natürlich auf ein gewisses Erstaunen und auf einen gewissen Widerstand. Sein direkte Nachbar war ein Amtsrichter.

(Wolfhard Ploog CDU: Zivilrichter oder Strafrichter?)

– Ein Zivilrichter, was wirklich wichtig für die Geschichte ist.

Dieser junge BKA-Beamte kam auf die Idee, an seinem Hauseingang eine Lampe mit 60 Watt zu installieren, wie es von der Polizei empfohlen wird. Von diesem Moment an war der Frieden in dieser Siedlung gestört. Der Nachbar fand keinen Schlaf mehr, weil ihm die Lampe direkt in sein Schlafzimmer und auf sein Gesicht strahlte.

(Wolfhard Ploog CDU: Die Kripo empfiehlt ja auch Außenrollläden!)

Was passierte also dann? Der Richter erhob Klage, was auch zu ganz großen Verwicklungen führte, weil seine Kollegin, die mit ihm im dienstlichen Umgang per Du ist, darüber entscheiden musste. Der Befangenheitsantrag, den sie gestellt hatte, wurde abgelehnt. Sie hat dann entschieden, dass 40 Watt ein Vorschlag wäre, mit dem man leben könnte. Hiermit war der Kläger nicht zufrieden und er ist in die Berufung gegangen. Die Berufungsinstanz, das Landgericht, hat dann entschieden, dass die Lampe entfernt werden muss.

B

Der Vater des BKA-Beamten hat das Urteil so hingenommen, es sich aber nicht nehmen lassen, die Demonstage der Lampe, worüber so lange gestritten wurde, als kleine Mediengaudi zu veranstalten. Sie können sich vorstellen, dass das wiederum zu weiteren Verwicklungen führte, wie Dienstaufsichtsbeschwerde et cetera. Schließlich fing sich der Richter auch noch eine Strafanzeige wegen Beleidigung ein, weil er es gewagt hatte, im Rahmen dieser Dienstaufsichtsbeschwerde die Probleme mit seinem Nachbarn auf dessen Herkunft zurückzuführen. Die Revision läuft noch. Sie können also sehen, eine kleine Lampe mit 60 Watt reicht aus, um insgesamt fünf Gerichte zu beschäftigen und einen tatsächlich ganz langen Streit auszulösen.

Bei Mediation geht es also um die Kultur. Ich habe bewusst dieses Beispiel gewählt, dass nicht in Hamburg spielt, damit wir hier nicht irgendwelche Stadtteile wieder im schlechten Licht stehen lassen müssen.

(Wolfhard Ploog CDU: Das ist sehr fair!)

Es geht aber um die Kultur, die wir hier in Deutschland entwickelt haben, die Kultur der Streithanseln und -greteln, Leute, die sich tatsächlich absolut im Recht fühlen und sich selbst durch erfolgreiche Gerichtsentscheidungen nicht stoppen lassen.

Wir haben jetzt im Vorfeld gehört, dass die CDU diesem Antrag leider nicht zustimmen wird. Es ist weiterhin signa-

liert worden, dass die CDU nicht einmal bereit ist, diesen Antrag in den Ausschuss zu überweisen. Ehrlich gesagt, ich finde es gerade bei diesem Thema besonders lustig, denn diese Haltung erinnert eigentlich genau an diese sture Haltung der Streithanseln, die uns in diesem Land so viele Nerven kosten.

C

(Beifall bei der GAL)

Wie funktioniert also eine gerichtliche Mediation? Die gerichtliche Mediation funktioniert so, dass in einem Fall, wo jemand Klage erhebt – das kann ein Nachbarschaftsstreit, ein familiärer Streit oder aber auch eine belastete geschäftliche Beziehung sein – der Richter, der für die Streitentscheidung zuständig ist, zu prüfen hat, ob sich dieser Fall nicht für die gerichtliche Mediation eignet. Wenn er das bejaht und die Parteien zustimmen, dass man sich auf ein solches Verfahren einlässt, dann wird dieser Fall auf einen Richter übertragen, der für die Mediation ausgebildet ist.

Es wird hierbei immer auf die angrenzenden Probleme geachtet. Das heißt, wo hat dieser Streit, wenn es beispielsweise um eine Lampe geht, seine Ursache oder welche Probleme müssen gelöst werden, damit auf Dauer auch Frieden in diesem nachbarschaftlichen, familiären Verhältnis oder auch in dieser geschäftlichen Beziehung einkehrt.

Es passiert tatsächlich häufig, dass eine Sache oder Frage, die zwischen Nachbarn umstritten ist, vor Gericht getragen wird und das Nachbarschaftsverhältnis ist damit auf Dauer ruiniert. Noch schlimmer ist das natürlich bei familiären Beziehungen. Es entsteht durch diese wenig konsensuale Kultur der Streitschlichtung, die wir in Deutschland haben, auch ein hoher wirtschaftlicher Schaden.

D

Ganz wichtig ist auch, dass diese gerichtliche Mediation nicht im Konkurrenzverhältnis zur außergerichtlichen Mediation steht, sondern dass es eine wichtige Ergänzung darstellt und die Erfahrungen vielfach sind, dass die Akzeptanz für außergerichtliche Mediation steigt, wenn die Gerichte eine solche Betonung auf die Mediation als Streitlösungsverfahren legen. Das hat eine ganz große Auswirkung auf den Bereich der außergerichtlichen Mediation, die natürlich auch schneller geht und daher in vielen Fällen eine noch bessere Lösung darstellt.

Jetzt haben neun von 16 Bundesländern bereits die gerichtliche Mediation in unterschiedlichem Umfang eingeführt. Das sind in aller Regel Modellversuche von unterschiedlicher Größe. Unter diesen neun Bundesländern, die diese gerichtliche Mediation durchführen, sind auch SPD- und CDU-geführte Bundesländer. Das ist also keineswegs ein Thema, was jetzt parteipolitisch eindeutig festgelegt ist.

Gerade vor dem Hintergrund, dass das einfach eine Sache ist, die sich als sinnvoll und vernünftig herausgestellt hat, ist es so verwunderlich, dass die CDU sich hier total stur stellt.

(Beifall bei der GAL)

Am interessantesten ist hierbei das Land Niedersachsen, die schon, angestoßen durch den SPD-Justizminister, aber auch fortgeführt unter der jetzigen CDU-geführten Regierung, am weitesten sind. Dort gibt es eine ganz beachtliche Quote von Erfolgen. 1500 Verfahren wurden in diese Mediationsprojekte eingeführt und insgesamt

- A sind landesweit bei den verschiedenen Gerichten 75 Prozent der Fälle mit einer Einigung abgeschlossen worden. Das sind also von diesen 1500 Fällen 75 Prozent. Das ist sehr beachtlich. Es zeigt sich auch, dass es an den einzelnen Gerichten wohl unterschiedlich gute Konzepte gibt, die hier beteiligt sind. Das Landgericht Göttingen hat sogar eine Einigungsquote von 87 Prozent erreicht. Das ist sehr beachtlich, auch angesichts der großen Bandbreite, die dort in dieses Verfahren überwiesen wurde.

Wenn man hochrechnet, dass Richter, die in der Mediation arbeiten, viel effizienter sind und viel mehr Fälle auf einer Stelle erledigen können, dann ergibt sich ein Einsparpotenzial von 35 Prozent im Hinblick auf die richterliche Arbeitskraft. Das heißt, gerichtliche Mediation ist nicht nur ein Beitrag für eine andere Streitkultur, sondern auch ein echter Einsparbeitrag, jedenfalls ein Beitrag, der die Justiz in ihrer Effizienz erheblich steigern kann.

(Beifall bei der GAL)

Wie ist es zu erklären, dass Sie diesen Antrag ablehnen wollen? Man kann eigentlich nur auf absurde Ideen kommen und Sie fragen, finden Sie, dass Richter in Hamburg nicht genug zu tun haben, oder meinen Sie, dass Gerichte in Hamburg zu schnell arbeiten, oder wollen Sie, dass sich die Menschen in Hamburg möglichst lange vor Gericht streiten?

Ich finde, dass Sie diese Fragen beantworten müssen, bevor Sie diesen Antrag ablehnen können.

(Beifall bei der GAL und bei *Michael Neumann SPD*)

- B **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Langhein.

Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es kann der liebste Mensch nicht in Frieden leben, wenn es dem lieben Nachbarn nicht gefällt. Das belegt das Beispiel aus Wiesbaden, das der Kollege Steffen hier vorgetragen hat.

Der Gesetzgeber hat mit der Zivilprozessrechtsreform nochmals sehr deutlich den Auftrag an die Zivilgerichte gegeben, auf die einvernehmliche Bereinigung eines Streites zwischen den Parteien hinzuwirken. Dieser Auftrag wird bereits von vielen Richterinnen und Richtern ernst genommen. Dies führt vor einer Entscheidung durch das Gericht mehr und mehr zu einem Vergleich, zu einer Klagrücknahme oder zu einem Anerkenntnis.

Im vorgerichtlichen Stadium wendet sich eine Partei in der Regel an den Rechtsanwalt. Der Rechtsanwalt ist als Organ der Rechtspflege aufgerufen, seinen Auftraggeber über dessen Rechte zu informieren und Auskunft über die Durchsetzungsmöglichkeiten seiner Rechte zu geben. An genau dieser Stelle setzen wir an und da hat der Rechtsanwalt seinen Auftraggeber auf die Möglichkeit zur außergerichtlichen Durchsetzung seiner Rechte hinzuweisen. An dieser Stelle sollte auch eine Kultur der außergerichtlichen Streitbeilegung in der Gesellschaft entwickelt werden und das ist das Problem, woran viele noch scheitern, auch viele Rechtsanwälte. Sie müssen diese Kultur entwickeln und wir im Parlament haben eine Appellfunktion dazu.

Der vorliegende Antrag zielt aber darauf ab, eine Streitbeilegung erst nach Anrufung eines Gerichtes durchzu-

führen. Eine Streitbeilegung vor Gericht ist vor einer streitigen Gerichtsentscheidung schon jetzt im Gesetz vorgeschrieben. Gelingt es den Parteien in diesem Stadium nicht, den Rechtsstreit durch Vergleich, Klagrücknahme oder Anerkenntnis zu beenden, ist die gerichtliche Entscheidung geboten. In dem Wiesbadener Fall wird das belegt.

Im vorgerichtlichen Stadium hat der Gesetzgeber jedem Rechtsanwalt auch eine höhere Gebühr für eine vorgerichtliche Erledigung des Rechtsstreits in Aussicht gestellt. Dieser Anreiz und eine neue Einstellung zur tatsächlichen Inanspruchnahme der vorgerichtlichen Streitbeilegung müssen das Ziel sein und nicht erst eine Streitbeilegung nach Anrufen der Gerichte.

Im vorgerichtlichen Bereich hat sich auch bereits eine Mediationskultur entwickelt. Das ist eine Art Streitschlichtungsinstitution, die von den Berufskammern auch immer mehr befürwortet wird. Im Bereich der vorgerichtlichen Streitschlichtung ist auch eine Streitbeilegung durch ein Schiedsgericht möglich. Die CDU-Fraktion sieht in der vorgerichtlichen Streitbeilegung das anzustrebende Ziel. In Hamburg sind genügend Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte vorhanden

(*Dr. Willfried Maier GAL: Zu viel!*)

– vielleicht sogar zu viel –, die sich dieser Aufgabe widmen wollen und können.

Im Anwaltsverein sowie in den Berufskammern – ich sagte es bereits – wird auf Schulungen für die außergerichtliche Mediation hingewiesen. Wir müssen auch hier darauf hinweisen. Jede Rechtsanwältin und jeder Rechtsanwalt hat aufgrund der Ausbildung die Befähigung zum Richteramt, sodass es nicht unbedingt einer Richterin oder eines Richters bedarf, um Streitfälle im vorgerichtlichen Bereich zu einer einvernehmlichen Lösung zu führen. Die Erfahrung zeigt zwar, dass das Richteramt einen größeren Eindruck auf die Streitparteien hervorruft. Hier gilt es aber, das Recht suchende Publikum darüber aufzuklären, dass jede Rechtsanwältin und jeder Rechtsanwalt die Befähigung zum Richteramt hat und genauso gut einen Rechtsstreit zu einem einvernehmlichen Abschluss bringen kann.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Ich fordere Sie deshalb auf, sich dafür einzusetzen, ein Signal für die vorgerichtliche Streitbeilegung durch Aufklärung zum Durchbruch zu verhelfen. Dies schont staatliche Ressourcen und kann zum selben Ergebnis und zum besseren Verständnis in der Gesellschaft untereinander führen. Im vorliegenden Antrag wird der Rechtsfrieden erst nach Anrufen des Gerichtes erreicht. Der Antrag der GAL-Fraktion wird deshalb von der CDU-Fraktion abgelehnt werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt hat Frau Mandel das Wort.

Doris Mandel SPD: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu vorgerückter Stunde möchte ich das Wort Mediation, das versöhnende oder Frieden stiftende Vermittlung entfalten zu können bedeutet, nutzen ...

C

D

A (Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Ich bitte eindringlich alle Abgeordneten um Ruhe. Bitte, fahren Sie fort, Frau Mandel.

Doris Mandel (fortfahrend): Vielen Dank. Die Mediation sollte auch uns dazu bringen, uns ein wenig versöhnend zuzuhören. Ich weiß, dass die Aufmerksamkeit heute schon sehr stark strapaziert worden ist. Fast alle sind sehr müde. Deswegen möchte ich auch darauf verzichten, noch einmal zu erläutern, was Herr Dr. Steffen und auch Herr Dr. Langhein sehr ausführlich dargestellt haben, zwar aus unterschiedler Sichtweise.

Es wäre schön, Herr Dr. Langhein, wenn die Rechtsanwälte tatsächlich ihre Geschäftsinteressen dem Wunsch, Frieden zu stiften, hinten anstellen würden. Dann hätten wir mit Sicherheit auch weniger Prozesse in den Gerichten, die dort von Richtern, hoch bezahlt und teuer, von uns allen finanziert, verhandelt werden müssen. Dem ist aber leider mitnichten so, Herr Dr. Langhein.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Deswegen bitte ich Sie, doch noch einmal in sich zu gehen und Ihre Entscheidung zu überprüfen, ob es denn so verkehrt sein kann, wenn in Bayern, in Baden-Württemberg, in Niedersachsen sehr erfolgreich – auch unter dem Aspekt von Entbürokratisierung im Bereich der Justiz, was Sie hier so oft und gerne im Munde führen – damit gearbeitet wird. Ich bitte Sie, diesen Antrag zumindest in den Rechtsausschuss zu überweisen, damit wir uns die erfolgreiche Arbeit aus Bayern, aus Baden-Württemberg, aus Niedersachsen einmal angucken können. – Vielen Dank.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Dr. Steffen hat das Wort.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Langhein, Sie haben es im Kern nicht verstanden, was der Ansatz der gerichtlichen Mediation ist, denn es gibt natürlich in Hamburg, es gibt in allen diesen neun Bundesländern, die die gerichtliche Mediation eingeführt haben, diese breite Palette, sowohl von staatlichen Schlichtungsstellen als auch in Mediation ausgebildeten Anwälten. Es gibt ein breites Angebot für außergerichtliche Mediation. Das haben Sie auch richtig gesagt. Es ist in der Tat so, dass es sich für Anwälte lohnt, sich zu einigen. Das ist ein sehr kluger Schachzug des Gesetzgebers gewesen, hier mit wirtschaftlichen Anreizen zu arbeiten. Aber trotzdem bestehen viele Kläger darauf, dass ihr Anliegen zum Gericht getragen wird und das auch gegen den Rat des Anwalts. Im Zweifelsfall entsteht bei vielen Leuten der Eindruck, der Anwalt versucht, das irgendwie schnell beizulegen und das sei dann nicht der richtige Anwalt. Das Denken der Menschen, die wir häufig in Medienberichten als "Streithanseln", "Streitgreteln" kennen, ist da in dem Verhalten sehr prägend. Deswegen kommen nach wie vor, obwohl es dieses breite Angebot gibt, viele Fälle vor Gericht und deswegen ist auch der Ansatz gemacht worden, gerichtliche Mediation einzuführen. Diese gerichtliche Mediation soll auch dazu führen, dass das Verfahren etabliert wird, dass die Methode akzeptiert wird, dass die Leute lernen, dass es eine sinnvolle Sache sein kann.

Aber was Sie übersehen, ist, dass Mediation nicht das Gleiche ist wie die Suche des Richters im streitigen Verfahren nach einem Vergleich, denn Mediation ist deutlich mehr. Mediation ist wirklich die systematische Bestandsaufnahme, welche Dinge alle streitig zwischen den Parteien sind und das kann ein Richter, der für die streitige Entscheidung zuständig ist, im Rahmen des Vergleichs nicht leisten. Genau das wäre wirklich der entscheidende Schritt, der entscheidende Durchbruch, damit Mediation als Streitschlichtungsverfahren in Hamburg mehr Bedeutung bekommt und genau diesem Durchbruch verweigern Sie sich und das ist schade.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/3006 an den Rechtsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den GAL-Antrag aus der Drucksache 18/3006 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich habe keine weiteren Punkte auf der Tagesordnung. Damit ist die Sitzung geschlossen und wir sehen uns morgen wieder. Einen Schönen Abend noch.

D

Schluss: 19.42 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Michael Fuchs, Lutz Kretschmann-Johannsen, Hans Lafrenz, Dr. Heike Opitz und Dr. Diethelm Stehr.